

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes 118 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats***Vormittagssitzung vom 26. September 1957****Séance du 26 septembre 1957, matin**Vorsitz – Présidence: Herr *Condrau***7438. Nutzbarmachung des Spöls.
Vereinbarung mit Italien****Utilisation de la force hydraulique du Spöl.
Convention avec l'Italie**Botschaft und Beschlussentwurf vom 28. Juni 1957
(BBl II, 1)

Message et projet d'arrêté du 28 juin 1957 (FF II, 1)

Antrag der Kommission

Eintreten.

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung – Rapports généraux

Studer-Burgdorf, Berichterstatter: Da es sich hier um eine sehr wichtige, aber auch um eine umstrittene Vorlage handelt, indem unser Nationalpark tangiert wird, hat Ihre Kommission im Beisein von Herrn Bundesrat Lepori und der zuständigen Chefbeamten des Eidgenössischen Amtes für Wasserwirtschaft eine Besichtigung des Staugebietes im Nationalpark und der Standorte der zu erstellenden Staumauern vorgenommen. Sie hat auch die Fassungsgebiete des Spöls und die Staubecken auf italienischem Gebiet besichtigt. Zur Besichtigung des in Frage stehenden Nationalparkgebietes wurden auch der Präsident und der Sekretär der eidgenössischen Nationalparkkommission eingeladen, so dass wir durch Sachverständige eingehend orientiert wurden, was uns die Eintretensdebatte auf die Vorlage wesentlich erleichterte. Ich liess mich ebenfalls vom Präsidenten und zwei Mitgliedern des Initiativkomitees zur Erhaltung des Nationalparks über die lancierte Volksinitiative eingehend orientieren. Ich nehme an, dass diese Initiative im Laufe der Eintretensdebatte zur Diskussion gestellt wird, so dass ich vorläufig darauf nicht einzutreten brauche und mich mit der Botschaft des Bundesrates befassen kann.

Die Idee, die Wasserkraft im Einzugsgebiet des Spöls nutzbar zu machen, ist nicht etwas Neues, etwas, das erst seit der Schaffung des Nationalparks in Aussicht genommen worden wäre. Gerade in die Zeit der Errichtung des schweizerischen Nationalparks im Jahre 1914 fällt die Bekanntgabe eines generellen Ausbauplanes am Spöl, und zwar im Rahmen der amtlichen Veröffentlichung über „Die Wasserkräfte der Schweiz.“ Es ist dies ein Umstand, den man bei der Würdigung der Aus-

gangslage nicht ausser acht lassen sollte. Erst als das Projekt von Salis im Jahre 1919 für ein Spöl/Inn-Kraftwerk mit einem Stausee Praspöl bekannt wurde und in den zwanziger Jahren weitere Nutzungsmöglichkeiten im Einzugsgebiet des Spöls studiert wurden, entstand in Kreisen des Schweizerischen Bundes für Naturschutz eine gewisse Beunruhigung, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Auf das Projekt von Salis mit Stausee Praspöl ist es zurückzuführen, dass sich der Zusatz des Jahres 1920 zum Dienstbarkeitsvertrag der Jahre 1913/14 zwischen der Eidgenossenschaft und der Gemeinde Zernez ausdrücklich mit der Wasserkraftnutzung befasst, während der erste Dienstbarkeitsvertrag von 1913/14 sowie der Bundesbeschluss von 1924 davon nichts erwähnten. In diesem Zusatzvertrag, welcher die Erweiterung des Nationalparks zwecks Ansiedlung von Steinwild durch Angliederung des Gebietes von Falcùn brachte, stimmte die Eidgenossenschaft der Stauung des Spöls im Parkgebiet zwecks Nutzung der Wasserkräfte zu. Diese Zustimmung war also, wie gesagt, auf das Projekt von Salis mit Stausee Praspöl zurückzuführen, und sie war von der Gemeinde Zernez zu einer *conditio sine qua non* für den Vertragsabschluss gemacht worden. Nach dem damaligen Stand des Ausbaues der Wasserkräfte wäre das von von Salis geplante Werk das zweitgrösste der Schweiz geworden und würde auch nach heutigen Begriffen ein sehr respektables Werk darstellen. Dies muss hervorgehoben werden, weil im Kampfe gegen die in den letzten Jahren aufgestellten Projekte zur Wasserkraftnutzung des Spöls fälschlicher- und irreführenderweise behauptet worden ist, es hätte sich beim Projekt von Salis nur um ein kleines Gemeindewerk gehandelt. Wie erwähnt, entstand in Naturschutzkreisen eine Beunruhigung, die aber ihrerseits in der Gemeinde Zernez Befürchtungen hervorrief, sie könnte in ihren Rechten betreffend Wasserkraftnutzung geschmälert werden. Die Nationalparkkommission erklärte jedoch am 29. August 1926 der Gemeinde Zernez gegenüber, sie sei verpflichtet, sich an den von der Eidgenossenschaft mit Zernez abgeschlossenen Zusatzvertrag von 1920 zu halten.

Auf eine „Kleine Anfrage“ von Herrn Nationalrat Gelpke von 1926 erwiderte der Bundesrat unter anderem, dass auf einstimmigen Antrag der Nationalparkkommission im Zusatzvertrag von 1920 die Erklärung abgegeben worden sei, „dass der Stauung des Spöls keine Opposition gemacht werde, in der Meinung, dass darin eine Verletzung des Bundesbeschlusses von 1914 nicht zu finden sei.“ Die Frage, ob die Erteilung einer Konzession für die Ausnutzung der Spöl-Wasserkräfte mit dem Bundesbeschluss von 1914 vereinbar sei, war wieder umstritten, als die neuen Projektierungsarbeiten, mit deren Ergebnis wir uns heute zu befassen haben, durchgeführt wurden. Nachdem sich eine Reihe von Gutachten, die sich weitgehend widersprechen, damit befasst hatten, wurde das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement vom Bundesrat beauftragt, die Frage des Verhältnisses des Zusatzvertrages aus dem Jahre 1920 zum Bundesbeschluss von 1914 zu begutachten. Das Justiz- und Polizeidepartement kam mit seinem Gutachten zu folgenden zwei wichtigen Schlüssen:

Inhalt und Umfang der Rechte des Bundes bestimmen sich ausschliesslich nach den vertraglichen Vereinbarungen mit der Gemeinde. Der Bundesbeschluss von 1914 gibt dem Bundesrat keine darüber hinausgehenden Rechte gegenüber der Gemeinde und enthält auch keine allgemein verbindliche Vorschrift. Er hat insofern keine selbständige Bedeutung. Soweit aber eine Verpflichtung der Gemeinde, die Gewässer des Spöls nicht auszunutzen, in Frage steht, liegt eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung der Gemeinde vor, die als gültig zu behandeln sei. Infolgedessen sei die Bewilligung der Konzession zu verweigern, soweit sie mit diesen Vereinbarungen nicht im Einklang stehe. Dagegen dürfe der Bundesrat der Konzession nicht unter Berufung auf den Dienstbarkeitsvertrag von 1913/1914 oder auf den Bundesbeschluss von 1914 Opposition machen, falls die Voraussetzungen erfüllt sind, unter denen der Bundesrat das Versprechen im Zusatzvertrag von 1920 gegeben hat. Das heisst also, das in Frage stehende Projekt darf die Zwecke des Parkes nicht in stärkerem Masse beeinträchtigen, als das Projekt von Salis es getan hätte. Diese rechtlichen Feststellungen genügen nach unserer Auffassung, so dass weitere rechtliche Erörterungen betreffend den Nationalpark nicht nötig sind.

In der Botschaft des Bundesrates vom 28. Juni 1957 wird gezeigt (und Ihre Kommission hat dies im Gelände einwandfrei feststellen können), dass das heute in Frage stehende Projekt mit Stausee Praspöl die Zwecke des Parkes tatsächlich weit weniger beeinträchtigt als das seinerzeitige Projekt von Salis. Hinsichtlich der Stauung des Spöls stimmt das heutige Projekt für die obere Innstauung mit dem seinerzeitigen Projekt von Salis genau überein. Das heutige Projekt verzichtet zudem überhaupt auf eine Nutzung des Cluozzabaches, während dessen Fassung im Projekt von Salis vorgesehen war.

Wichtig ist noch, besonders zu betonen, dass der weitaus grösste Teil des Parkes überhaupt nicht berührt wird und der wissenschaftlichen Forschung uneingeschränkt erhalten bleibt. In allgemein wasserrechtlicher Beziehung wurde noch geprüft, ob allfällig die Spölstauung gegen Artikel 22 des eidgenössischen Wasserrechtsgesetzes betreffend die Wahrung von Naturschönheiten verstosse, also in einer Beziehung, die nicht mit den Rechtsgrundlagen des Parkes verbunden ist. Wie in der Botschaft auf Seite 21 dargelegt wird, können dem Konzessionär die entsprechenden Verpflichtungen zur Wahrung der Naturschönheiten auferlegt werden. Die nach Projekt von Salis verbleibenden Beeinträchtigungen können nun wirklich nicht als schwerwiegend genug eingeschätzt werden, um beim Entscheid über die Wasserkraftnutzung den Ausschlag zu geben. Ingenieur von Salis stellte sein Projekt als Gesellschafter des damaligen „Konsortiums für die Verwertung der Wasserkräfte Engadin/Bergell“ auf. Im Jahre 1943 begann dann ein neues „Konsortium für Engadiner Kraftwerkprojekte“ mit der Aufstellung eines Gesamtplanes für den Ausbau der Engadiner Kraftwerke. Die seitherige, langwierige, in der Botschaft geschilderte Entwicklung führte dann schlussendlich zur Gründung der „Engadiner Kraftwerke AG“, an der ausschliesslich Personen des schweizerischen Rechtes

beteiligt sind, und zu den heutigen Projekten der EKW, für welche sie im kantonalen Bereich bereits die meisten erforderlichen Gemeindekonzessionen erhalten haben, sowie zum Projekt der „Azienda elettrica municipale di Milano“ (AEM) für eine Nutzung von Wasser des obern, in Italien gelegenen Spöls in ihrem Werk Premadio und zur Unterzeichnung des den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegten Abkommens mit Italien. Es wurde damit eine klare Abstimmung der Projekte aufeinander und eine klare Trennung der schweizerischen und italienischen Interessenssphären erreicht.

Die heutigen Ausbaupläne sind in der Botschaft und deren Anhang, Beilage I, eingehend beschrieben und unsere Kommission hat sich über dieselben in der Natur und nach einem Modell Rechenschaft geben können. Wir möchten hier speziell noch folgendes hervorheben. Es ist sehr wichtig, dass man klar trennt, was Sache des Bundes und was Sache des Kantons und der Gemeinden ist. Beim Gesamtausbauplan müssen in diesem Sinne sorgfältig drei Teile unterschieden werden (vgl. Abb. 1, nach S. 47).

Beim ersten Teil handelt es sich um die Projekte der EKW für den kantonalen Ausbau des Inn und seinen Seitenbächen mit den Kraftwerken S-chanf, Pradella mit dem Stausee Praspöl (obere Innstufe), Martina (untere Innstufe) und Tasna auf der linken Seite des Inn. Diese kantonalen Werke bilden nicht Gegenstand des uns zur Genehmigung vorgelegten Abkommens mit Italien; sie betreffen lediglich den nationalen Aspekt der Spölfrage. An diesem nationalen Aspekt interessiert uns aber doch folgendes:

Die obere Innstufe mit dem Stausee Praspöl greift in den Nationalpark hinein, ist also direkt mit der Nationalparkfrage verbunden. Es handelt sich bei ihr um die wirtschaftlich interessanteste, auf jeden Fall eine sich selbsttragende Stufe. Da sie die andern kantonalen Werke mitträgt, hängen auch letztere, wenn auch nur indirekt, mit der Frage des Nationalparks und mit der Frage der Ermöglichung einer Verständigungslösung zusammen.

Es muss aber ausdrücklich betont werden, dass sich die EKW konzessionsmässig auf jeden Fall zur Verwirklichung der beiden Innstufen mit Stausee Praspöl verpflichtet haben, selbst wenn das uns zur Genehmigung vorgelegte Abkommen mit Italien nicht ratifiziert werden sollte.

Zur Konzessionserteilung dieser kantonalen Stufen sind die Territorialgemeinden und der Kanton allein zuständig, wobei allerdings die Gültigkeit der Konzession davon abhängt, ob der Ausbau der zweckmässigen Nutzbarmachung der Wasserkräfte entspreche. Die durch das Eidgenössische Amt für Wasserwirtschaft durchgeführte Prüfung hat ergeben, dass diese Voraussetzung erfüllt ist und demnach diese Seite der Angelegenheit in Ordnung geht. Der Bund kann diesem kantonalen Ausbau nicht etwa wegen der Frage des Nationalparks entgegen-treten; denn, wie wir bereits festgestellt haben, werden durch die kantonalen Werke die Voraussetzungen des Zusatzvertrages von 1920 mehr als erfüllt.

Für den Fall aber, dass das Abkommen mit Italien in Kraft tritt und auch im übrigen der rechtliche Weg für die Nutzbarmachung des Spöls offen steht, haben sich die EKW verpflichtet, das Projekt für die obere Innstufe zu ändern und auf den Stau-

see Praspöl zu verzichten zugunsten einer Lösung mit einem Ausgleichsbecken Ova Spin. Die beteiligten Gemeinden haben sich mit dieser Projektänderung sehr einverstanden erklärt und deshalb auch die Zusicherung abgegeben, neue Gebiete zur Erweiterung des Nationalparkes zur Verfügung zu stellen. Diese Zusagen der Gemeinden haben die Unterstützung des Kantons und der Nationalparkkommission gefunden (vgl. Beilagen 2-7 der Botschaft). Es ist dies die vielgepriesene Verständigungslösung.

Der zweite Teil des Gesamtausbauplanes umfasst das Projekt für den internationalen Ausbau des Spöls mit dem grossen Stausee Livigno von 180 Millionen Kubikmeter Inhalt und der Zentrale Punt dal Gall (Abb. 1). Der internationale Aspekt dieses Werkes ist dadurch gegeben, dass in ein- und derselben Werkeinheit Gewässerstrecken nutzbar gemacht werden sollen, die zugleich unter der Hoheit der Schweiz und Italiens stehen. Die Internationalität besteht auch darin, dass der Stauraum zur Hauptsache auf italienischem Gebiet, die Staumauer rittlings auf der Landesgrenze und die Zentrale auf Schweizer Gebiet bei Punt dal Gall zu liegen kommen. Diese drei Hauptprojekte befinden sich, wenn auch in unmittelbarer Nähe, so doch ausserhalb des Nationalparkes.

Im Gegensatz zur kantonalen „obere Innstufe“ mit dem Stausee Praspöl ist das Livignowerk für sich allein wirtschaftlich nicht ausführbar. Es kann nur wirtschaftlich werden, wenn sich die unterliegenden kantonalen Werke (Stufen) anschliessen und aus dem grossen Stausee Nutzen ziehen können. Dieser Nutzen liegt hauptsächlich darin, dass in den unterhalb liegenden beiden Innstufen ein erheblicher Teil Sommerenergie in hochwertigere Winterenergie umgewandelt wird.

Nun bietet Italien zum Bau des Speicherwerkes Livigno nur dann Hand, wenn die Schweiz dem Projekt für den italienischen Ausbau des Spöls zustimmt. Damit kommen wir zum dritten Teil des Gesamtausbauplanes, zur Nutzung des Wassers aus dem oberen Spölgebiet im italienischen Kraftwerk Premadio (vgl. Abb. 1).

Dieser Ausbau bildet einen wichtigen Teil des Ausbauplanes der „Azienda elettrica municipale di Milano (AEM) für die Erschliessung der noch verfügbaren Wasserkraft des benachbarten Flussgebietes der Adda. Der im letzten Jahr abgeschlossenen ersten Bauphase des Kraftwerkes Premadio soll nun eine zweite folgen, welche darin besteht, die neue Staumauer und den Nutzinhalt des im obersten Gebiet der Adda gelegenen Stausees Cancano II zu erhöhen. Dazu braucht es ein System von Überleitungen aus dem Gebiet des sogenannten „alto Spöl“. Dadurch würden dem Spölgebiet durchschnittlich 97 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr entzogen und zusammen mit Wasser aus dem Flussgebiet der Adda, in der neuen, für eine entsprechende Erweiterung bereits eingerichteten Zentrale in Bormio genutzt. Ihre Kommission hat sich an Ort und Stelle über diese Verhältnisse Rechenschaft geben können.

Der internationale Aspekt dieses dritten Teiles ist nun durch folgendes gegeben: Der Einfluss, den dieser Wasserentzug auf die schweizerischen Möglichkeiten der Wasserkraftnutzung ausübt, könnte

nicht ohne eine Kompensation seitens Italiens hingenommen werden. Italien ist aber nach langen und langwierigen Verhandlungen bereit, den Stauraum von Livigno ganz zugunsten der Schweiz nutzen zu lassen. Unter dieser Voraussetzung und unter Einrechnung gegenseitiger Rechte und Pflichten der Schweiz und Italiens, welche zur Genehmigung vorliegenden Abkommens vorgesehen sind, erscheint eine Ableitung im vorgesehenen Ausmass als tragbar.

Es ist zu dieser Wasserableitung nach Italien noch folgendes zu bemerken: Ursprünglich lag ein Projekt der Engadiner Kraftwerke ohne Ableitung von Wasser nach Italien vor. Die Gesellschaft Montecatini reichte dann ein Konkurrenzprojekt mit einer Ableitung nach Süden ein. Diese Idee einer Ableitung von Wasser nicht nur aus dem Spöl, sondern auch aus dem Inngebiet nach italienischen Flussgebieten gewann dann in Italien immer mehr an Boden. Zugunsten des Ableitungsprojektes schien auf italienischer Seite auch das Moment zu sprechen, dass in diesem Falle keine Bauten in den Nationalpark zu liegen kämen, so dass die Schwierigkeiten, die sich dem internationalen Spölkraftwerk in der Schweiz aus Gründen des Nationalparkes entgegenstellten, leichter überwunden werden könnten. Es ging um ganz massive Mengen, denn es lag ein Vorschlag für eine Ableitung von rund 625 Millionen Kubikmeter Wasser, d. h. rund ein Drittel der jährlichen Wasserführung des Inn bei Martina, vor. In den folgenden Verhandlungen war Italien von der Idee einer Wasserableitung nicht mehr abzubringen. Die geforderten Mengen konnten aber, wenn auch mühselig und nur schrittweise, gewaltig reduziert und nur auf einen Entzug aus dem italienischen Gebiet des „alto Spöl“ festgelegt werden. Es sind dies Wassermengen im freien Lauf, also ohne Pumpen, die dem italienischen Stausee Cancano zugeleitet werden können. Damit ergab sich eine eindeutig, sozusagen „natürlich“ definierte Abgrenzung für die Ableitung. Die Wasserfassungen für die Ableitungen liegen 10-20 km von der schweizerischen Landesgrenze bei Punt dal Gall entfernt, ganz auf italienischem Territorium.

Und nun noch einige Worte zum Abkommen mit Italien: Die Wasserkraftnutzung, welche durch den geschilderten zweiten und dritten Teil des Gesamtausbaues umfasst wird, bildet nun Gegenstand des uns zur Genehmigung vorgelegten Abkommens mit Italien; es handelt sich also um die Werke Livigno und Premadio. Die Erteilung der schweizerischen Konzessionen für diese internationalen Wasserkraftnutzungen steht dem Bundesrate zu, wobei die Konzessionäre auch in Italien je eine Konzession zu erwerben haben.

Dass es der Schweiz zusteht, auch für den dritten Teil, die Wasserkraftnutzung im italienischen Werk Premadio, eine Konzession zu erteilen, liegt darin begründet, dass sich der Wasserentzug auf die Möglichkeiten der rein schweizerischen Wasserkraftnutzung auf den unterhalb liegenden Strecken auswirkt. Bei dieser Sachlage konnte es sich deshalb nur um eine zusätzliche, zur italienischen Konzession hinzutretende schweizerische Konzession handeln. Es war aber nicht leicht, dies zu erreichen. Die zum Abschluss gebrachten Verhandlungen gehören wohl zu den schwierigsten, welche die

Schweiz bisher im Bereiche der Wasserkraftnutzung internationaler Gewässerstrecken mit einem ihrer Nachbarn geführt hat; denn italienischerseits wurde lange Zeit der Standpunkt eingenommen, dass es als Oberlieger diese Gewässer des „alto Spöl“ ableiten könne, ohne dass darin auch eine Wasserkraftnutzung von Gewässerstrecken zu erblicken sei, die ganz auf Schweizer Gebiet liege. Italien ging vom sogenannten „Territorialprinzip“ aus, wonach jeder Staat kraft seiner Souveränität berechtigt ist, „auf seinem Gebiet mit seinen Gewässern so zu verfahren, wie es für ihn wirtschaftlich am zweckmässigsten ist, wobei es nur durch bestehende Verträge beschränkt ist“. Schweizerischerseits konnte dieser Oberliegerstandpunkt nicht anerkannt werden. Wir konnten uns aber bei unserer geographischen Lage wohlweislich auch nicht dem entgegengesetzten Standpunkt verschreiben, wonach der Oberliegerstaat am Flusslauf keine Veränderungen vornehmen darf, die den Unterlieger nachteilig beeinflussen. Nachdem sich in bezug auf das Verhältnis des oberliegenden zum unterliegenden Staat keine sichern völkerrechtlichen Grundsätze feststellen lassen, Italien im Falle des Spöl aber bereit ist, die nachteiligen Folgen der Wasserableitung durch Überlassung des Staubeckens Livigno zu kompensieren, war es für die Schweiz sicher das Richtige, zu einer staatsvertraglichen Regelung der Wasserableitung Hand zu bieten.

Es darf mit Überzeugung erwähnt werden, dass das Abkommen die Bezeichnung eines für beide Teile günstigen, wohlhabgewogenen Verständigungswerkes verdient.

Die Hauptvorteile Italiens liegen darin:

dass es seine Wasserkraftanlagen im Oberlauf der Adda erweitern und betreiben kann, wie wenn die dabei in Anspruch genommene Wasserkraft ausschliesslich italienischer Hoheit unterstände;

dass das abgeleitete Wasser nicht bloss im Werk Premadio, sondern auch in den unterliegenden Werken bis zum Comersee genutzt werden kann;

dass es auch unterhalb des Comersees der Bewässerung dienstbar gemacht werden kann.

Die Hauptvorteile für die Schweiz sind folgende:

Wir können das internationale Livignowerk so realisieren, wie wenn es ausschliesslich schweizerisch wäre. Der Vorteil dieses Werkes liegt in der Hauptsache im Ausgleich für den Wasserentzug infolge der italienischen Ableitung. Diesem Wasserentzug steht der Nutzen gegenüber, den die unterliegenden kantonalen Werke von Pradella und Martina aus dem in Livigno gespeicherten Wassers ziehen werden. Diese werden die Produktion der wertvolleren Winterenergie erheblich erhöhen, ohne andererseits eine wesentliche Einbusse an der jährlichen Gesamtproduktion zu erleiden.

Von der Speicherung werden ferner ein künftiges schweizerisch-österreichisches Grenzkraftwerk Martina-Prutz sowie die weiter innabwärts bestehenden oder noch geplanten österreichischen Kraftwerke profitieren und so ebenfalls einen billigen Ausgleich für den vom Oberliegerstaat Italien vorgenommenen Wasserentzug erhalten. Es war dies ein Gesichtspunkt, der von der Schweiz in bezug auf ihre Beziehungen zu Österreich sorgfältig zu beachten war.

Das Abkommen schliesst endgültig die Eventuallösung der Schaffung eines rein italienischen Stau-

sees im Livignotal unmittelbar oberhalb Punt dal Gall aus.

Es schafft den sicheren Ausgangspunkt zu der schon mehrfach erwähnten Verständigungslösung.

Und nun noch einige Worte zu dieser Verständigungslösung.

Bekanntlich hat sich der Bundesrat anlässlich der Beantwortung der Interpellation von Herrn Nationalrat Dietschi-Solothurn zugunsten einer Verständigung ausgesprochen. In diesem Sinne ermächtigte er das Departement des Innern, „eine Aussprache zwischen dem Kleinen Rat des Kantons Graubünden und einer Delegation des Bundesrates zu vereinbaren über die Frage, ob und wie der Nationalpark trotz der beabsichtigten Wasserkraftnutzung erhalten werden kann“.

In dieser Aussprache wurde mit allem Nachdruck versucht, die Gemeinden und den Kanton zum Verzicht auf die Wasserkraftnutzung gegen Entschädigung zu bewegen. Diese lehnten aber eine derartige Lösung entschieden ab. Sie hielten an der Wasserkraftnutzung fest, entsprechend der Zusage der Eidgenossenschaft im Zusatzvertrag von 1920. Dafür bestätigten sie ihre früher schon bekundete Bereitschaft, zu einer Erweiterung des Nationalparks um weit grössere Gebiete, als das durch die Wasserkraftnutzung berührte, Hand zu bieten. Es wurde dann die Frage aufgeworfen, ob der Stausee Praspöl nicht überflüssig würde, wenn das Livignowerk später doch gebaut werden sollte, und ob mit Italien darüber noch verhandelt werden könne. Zu diesem Punkte wurde festgestellt:

dass Italien die Ausnutzung des Spöls nicht aufgegeben habe und dass die schweizerisch-italienischen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien;

dass im Falle der Errichtung des Livignospicherwerkes man sich mit einem Ausgleichsbecken bei Ova Spin an Stelle des Stausees Praspöl begnügen könnte.

So schienen die Möglichkeiten einer Verständigung noch nicht erschöpft, und es wurde vereinbart, zur Abklärung der näheren Fragen eine paritätische Kommission, bestehend aus Vertretern der Gemeinden und der Nationalparkkommission, mit den weiteren Verhandlungen zu betrauen.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Verständigungskommission fanden auch Besprechungen zwischen Vertretern der Bundes- und Kantonsbehörden und der Nationalparkkommission statt. Das Amt für Wasserwirtschaft führte die Vertreter der Nationalparkkommission mit der Engadiner Kraftwerk AG zusammen. Aus allen diesen Besprechungen hat sich in der Folge eine im Sinne bestmöglicher Berücksichtigung des Nationalparkzweckes gelegene Lösungsmöglichkeit ergeben.

Die Errichtung des Livignospicherbeckens ermöglicht, auf den Stausee Praspöl mit 28 Millionen Kubikmeter Speicherinhalt zu verzichten und sich mit einem Ausgleichsbecken Ova Spin mit nur 6,5 Millionen Kubikmeter Inhalt zu begnügen. Allerdings muss zwischen dem Ausgleichsbecken Ova Spin und der Speicheranlage Livigno eine Verbindung hergestellt werden, denn die Wassermengen, welche bei der Wasserableitung gemäss dem italienischen Ausbau dem Stausee Livigno noch zufließen, genügen zu dessen Füllung nicht mehr; es

muss Wasser aus dem unterliegenden Einzugsgebiet hinaufgepumpt werden. Die Zentrale des Livigno-werkes muss deshalb von Punt dal Gall in die Nähe der Staumauer Ova Spin hinunter verlegt werden, wie dies in der der Botschaft beigelegten Projektbeschreibung dargelegt wird.

Aus der Gegenüberstellung der Situationspläne der Lösungen Praspöl und Ova Spin, wie auch aus dem Modell, das unserer Kommission vorgelegt wurde, geht eindeutig hervor, dass der Nationalpark bei Verwirklichung der Lösung Ova Spin bedeutend weniger berührt würde. Ihre Kommission konnte an Ort und Stelle feststellen, dass nur noch relativ kleine Bodenflächen im Spöltal unter Wasser zu liegen kommen, dass die Staumauer viel kleiner, 40 m weniger hoch, und von der Ofenpassstrasse aus nicht sichtbar ist, dass der Druckstollen vom Stausee Livigno nach der ausserhalb des Nationalparks gelegenen Kavernenzentrale bei Ova Spin an der Erdoberfläche nicht in Erscheinung treten wird.

Man versicherte uns auch, und dies wird auch in der Botschaft festgehalten, dass im Spöl auf der Strecke Punt dal Gall-Ova Spin eine Mindestwassermenge verbleiben und zusammen mit den ungeschmälernten Zuflüssen der dortigen Seitenbäche eine für die Zwecke des Nationalparks genügende Wasserführung sichern wird.

Infolgedessen bleibt die Lösung Ova Spin im Rahmen des Nachtragsvertrages von 1920.

Andererseits führt sie zu der erwähnten Ausdehnung der Zuständigkeit des Bundesrates zur Konzessionserteilung auf die Strecke des Spöls von Punt dal Gall bis Ova Spin. Der Bund kommt dadurch in eine stärkere Position als beim internationalen Speicherwerk Livigno-Punt dal Gall. Die Kompetenz, die Bedingungen und Auflagen zur Schonung der Nationalparkinteressen im Räume zwischen Punt dal Gall und Ova Spin auf dem Wege der Konzession festzusetzen, wird in einer Hand vereinigt und liegt beim Bundesrat. Die Befugnis hierzu wird ihm im Abkommen mit Italien ausdrücklich vorbehalten.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei dieser Verständigungslösung ist die Möglichkeit der Erweiterung des Nationalparks.

Schon der Verzicht auf den Stausee Praspöl, verbunden mit der Verpflichtung der Kraftwerkinteressenten zur Ausführung der den Nationalpark am wenigsten berührenden Lösung Ova Spin, stellt einen namhaften Beitrag zugunsten einer allseitigen Verständigung dar. Einzelne an den Park angrenzende Gemeinden haben sich zudem bereit erklärt, weitere Teile ihres Grundeigentums für Zwecke des Nationalparks zur Verfügung zu stellen. In Betracht kommen insbesondere: die linke Talseite des Val Trupchun auf Gebiet der Gemeinde S-chanf; die Alpen Buffalora oder Ivraina auf Gebiet der Gemeinde Zernez; die heutige Reservation im S-charl-Tal auf Gebiet der Gemeinde Scuol/Schuls.

Die rechtliche Grundlage der S-charl-Reservation ist nicht die gleiche wie die des Nationalparks. Diese Reservation beruht immer noch auf einem 25jährigen, auf 1962 kündbaren Pachtvertrag zwischen der Gemeinde Schuls und dem Schweizerischen Bund für Naturschutz. Heute bietet sich die Gelegenheit, dieses Gebiet, das von jeher als eines der wertvollsten für Zwecke des Nationalpar-

kes begehrt wurde, zum Gegenstand eines dem Bundesbeschluss von 1914 entsprechenden Dienstbarkeitsvertrages zu machen.

Es wird sich kaum wieder einmal Gelegenheit bieten, das Gebiet des Nationalparks in diesem Umfange zu erweitern, wie das jetzt der Fall ist. Der kleine Einbruch im Tal des Spöls durch Erstellung des Ausgleichsbeckens Ova Spin ist mehr als abgegolten. Aus diesem Grunde hat sowohl die Verständigungs- wie die Nationalparkkommission diesem neuen Projekt auch einstimmig zugestimmt.

Ihre Kommission hat in einer vierstündigen Eintretensdebatte die Vor- und Nachteile dieser Vorlage eingehend diskutiert und kam zum Schluss, dass die Vorteile für die Schweiz so gross und wichtig sind, dass die relativ geringen Nachteile in Kauf genommen werden müssen. Ich möchte nochmals festhalten, dass, wenn wir das mit der Italienischen Republik abgeschlossene Abkommen nicht ratifizieren, die Engadiner Kraftwerke AG den Stausee Praspöl (nach Projekt von Salis) sowie die Werke am Inn dennoch ausführen können und werden, und was die Italiener dann vorkehren, wissen wir heute nicht! – Auf jeden Fall werden sie auf das Wasser des Spöls auf italienischem Gebiet nicht verzichten, nachdem sie bereits die Vorarbeiten für die Fassungen getroffen haben und die Installationen für die Erhöhung der Staumauer Cancano seit einem Jahr auf die Inbetriebnahme warten.

Aus allen den erwähnten Gründen hat Ihre Kommission mit allen gegen eine Stimme, bei einer Enthaltung, beschlossen, auf die Vorlage einzutreten und empfiehlt dem Nationalrat, dem Bundesbeschluss zuzustimmen.

M. Bringolf-La Tour-de-Peilz, rapporteur: Le problème posé par la convention entre la Confédération suisse et la République italienne au sujet de l'utilisation de la force hydraulique du Spöl compte parmi ceux qui passent sans histoire le cap parlementaire ou qui, au contraire, sont susceptibles de soulever les passions. Nous souhaitons que la première alternative soit celle qui a été choisie par notre Conseil.

Il n'est pas inutile, pensons-nous, de rappeler que cette convention a pu être conclue parce que les dispositions de l'article 24bis de la Constitution fédérale en ont donné la base. Cet article, admis par le peuple et les cantons en 1908, place l'utilisation des forces hydrauliques sous la haute surveillance de la Confédération. C'est pourquoi, l'Assemblée fédérale a pu voter, le 22 décembre 1916, la loi fédérale sur l'utilisation des forces hydrauliques dont l'article 22 a été déterminant pour la sauvegarde du Parc national.

Il faut aussi rappeler que la loi susmentionnée détermine les compétences données aux communautés cantonales, de district, communales ou corporatives qui ont le droit de disposer de la force des cours d'eau publics. La loi précise que la communauté qui dispose de la force d'un cours d'eau peut l'utiliser elle-même ou en concéder l'utilisation à des tiers.

Le rappel de ces principes est nécessaire à la clarté du débat car même en cas de refus par l'Assemblée fédérale d'autoriser la ratification de la convention en cause, les adversaires de cette ratifi-

cation ne changeraient en rien la situation juridique actuelle. En effet, selon le droit fédéral applicable, les communes intéressées à la rivière Spöl et le canton des Grisons auraient toujours la faculté d'utiliser la force de ce cours d'eau sans tenir compte des oppositions qui pourraient surgir. La situation nous paraît claire et dès lors pourquoi s'opposer à accorder l'autorisation de ratifier la convention italo-suisse? Contester l'accord avec la République italienne en invoquant l'atteinte à l'intégrité du Parc national nous semble téméraire car rien dans le contrat de servitude passé avec la commune de Zernez, ensuite de l'arrêté fédéral du 3 avril 1914 créant le Parc national, empêcherait cette commune, par exemple, de passer tranquillement à l'exécution d'un lac d'accumulation sur son seul territoire, ce qui nuirait davantage aux beautés du Parc national.

En ratifiant la convention avec l'Italie, nous atteindrons deux buts essentiels: tout d'abord nous contribuerons à renforcer les liens de bon voisinage avec un pays ami, ensuite nous aiderons à résoudre certains problèmes économiques touchant en particulier à la Basse-Engadine. La solution pour laquelle le Conseil fédéral sollicite l'autorisation de ratifier tient compte de l'intérêt du Parc national et répond au souci qu'ont les autorités du canton des Grisons et des communes de la Basse-Engadine de développer leur économie. Nous devons encore rappeler que le contrat avec Zernez stipule en faveur de cette commune toutes sortes de droits pouvant aller jusqu'à la construction d'un chemin de fer, par exemple. Le canton des Grisons pourrait aussi, quand il le voudrait, exercer son droit sur la pêche et la chasse. C'est dire que les restrictions ne sont pas aussi étendues que les farouches protecteurs du Parc national semblent le croire.

Pour comprendre l'importance que revêt le problème en discussion, il n'est pas inutile que nous vous donnions quelques données techniques concernant l'aménagement des forces hydrauliques de l'Inn et de ses affluents, dont le Spöl. Soulignons que la réalisation des plans d'utilisation de la force de ces eaux serait susceptible d'apporter chaque année, tant au canton qu'aux communes, la somme appréciable de plus de 6 millions de francs, constituée par les impôts, les salaires, les droits assurés par les concessions, etc.

Le plan général d'aménagement actuel comprend trois groupes de projets à savoir:

1. Les projets de la Société anonyme des usines électriques de l'Engadine pour l'aménagement cantonal de l'Inn et de ses affluents.

Ces projets concernent les quatre usines de S-chanf, Pradella, Martina et Tasnan avec les deux bassins d'accumulation de Chamuera et de Praspöl.

2. Le projet de la même Société pour l'aménagement international du Spöl (usine de Livigno) comportant principalement le grand bassin d'accumulation de Livigno avec centrale à Punt dal Gall.

3. Enfin le projet du Service électrique de la ville de Milan pour l'aménagement du Spöl, englobant les installations nécessaires pour dériver les eaux de la région du Spöl supérieur (alto Spöl) vers le bassin de l'Adda ainsi que pour accumuler et utiliser ces eaux dans la Valteline.

1. Aménagement cantonal.

a) Usine de S-chanf. Cette usine à accumulation constitue le premier palier de l'aménagement cantonal. Elle utilisera, sous une chute de 400 m. environ, 55 millions de mètres cubes d'eau accumulée dans une retenue à créer dans le val de Chamuera, à la cote maximum 2093. L'eau ainsi utilisée sera restituée directement dans la galerie à écoulement libre S-chanf-Praspöl de l'usine d'aval S-chanf-Pradella.

b) S-chanf Pradella. Cette deuxième partie de l'aménagement cantonal constitue le palier supérieur de l'Inn. Voici sa disposition générale: captage de l'Inn à S-chanf et refoulement par pompage de ces eaux de l'Inn ainsi que de celles qui sont restituées par le palier amont de S-chanf dans le bassin dit de Praspöl sur le Spöl; de ce bassin, galerie d'amenée vers la centrale sise à Pradella, c'est-à-dire en aval de la région des sources de Schuls-Tarasp. Outre l'Inn et le Spöl, un certain nombre d'affluents de l'Inn seraient aussi utilisés dans cette usine. Par contre, aucun affluent du Spöl ne serait capté, cela afin de réduire au minimum absolument indispensable les ouvrages à construire dans le Parc national, comme aussi les modifications au régime naturel des cours d'eau qui le parcourent.

En ce qui concerne la retenue de Praspöl, les auteurs du projet sont donc revenus à l'idée de l'ingénieur von Salis qui avait trouvé son expression en 1920 dans l'avenant au contrat de servitude conclu en 1913/1914 entre la Confédération et la commune de Zernez au sujet du Parc national. Les caractéristiques de ce palier qui, avec le barrage de Livigno, constituent un élément essentiel de l'aménagement d'ensemble, consiste donc en la création d'une retenue sur le Spöl d'une capacité de 28 millions de mètres cube, ce qui correspond sensiblement à celle des bassins bien connus de Rätherichsboden dans l'Oberhasli ou du Lucendro près du col du St-Gothard. Le bassin de Praspöl s'étendrait jusqu'à 1,1 km. en aval de la frontière italo-suisse à Punt dal Gall. A son niveau maximum (1668 m.s.m.), il aurait une superficie de 1,2 km², dont 83% à l'intérieur du Parc national. Quant au barrage de Praspöl lui-même, seule une moitié serait située dans le parc, le Spöl formant précisément la frontière à l'emplacement de cet ouvrage.

c) Usine Pradella-Martina. Cette usine, qui constitue le palier inférieur de l'Inn, utiliserait la chute résiduelle de 113 m. comprise entre la centrale de Pradella et la frontière austro-suisse à Martina (altitude 1030 m.). Dans une centrale souterraine située près de cette dernière localité seraient mises en valeur les eaux provenant du palier amont ainsi que celles qui sont captées dans l'Inn à Pradella et dans deux affluents de la rive droite.

d) Usine au fil de l'eau de Tasnan. Celle-ci utiliserait les eaux de cinq torrents, affluents de la rive gauche de l'Inn dans la région comprise entre Susch et Ardez. La centrale étant située près de l'embouchure du Tasnan dans l'Inn, c'est-à-dire en amont de la région des sources de Schuls-Tarasp, les eaux utilisées dans cette usine seraient restituées à l'Inn avant que celui-ci atteigne cette région.

2. Aménagement international du Spöl.

L'ouvrage essentiel de cet aménagement est formé par un grand bassin d'accumulation d'une capacité de 180 millions de mètres cubes (capacité

égale à celles de Rossens ou de Mauvoisin) situé dans la partie inférieure des vals de Livigno et del Gallo, donc en très grande partie sur territoire italien. Quant au barrage, implanté à cheval sur la frontière italo-suisse au lieu dit Punt dal Gall, il se trouverait donc à un endroit où la rive suisse du Spöl ne fait pas encore partie du Parc national. Centrale au pied du barrage avec galerie de fuite se terminant à l'extrémité amont du bassin de Praspöl à 1400 m. environ en aval du barrage, le débouché de cette galerie constituerait donc le seul ouvrage de cet aménagement situé dans le Parc national.

Etant donné la dérivation de l'alto Spöl (nous reviendrons sur cette question plus loin), les apports du bassin de réception restant ne suffiraient pas pour remplir l'accumulation de Livigno pendant l'été. L'eau faisant défaut devrait donc être prélevée dans le bassin de Praspöl et refoulée dans celui de Livigno, ce qui nécessiterait l'installation de pompes dans la centrale de pied de barrage de Punt dal Gall.

3. Aménagement italien du Spöl.

Cet aménagement fait partie d'un plan établi par les Service électrique de la ville de Milan pour faire face au développement rapide des besoins en énergie de la métropole lombarde. La clé de voûte de ce plan consiste à faire passer de 24 millions à 240 millions de mètres cubes, donc à décupler, la capacité du bassin d'accumulation de Cancano situé sur la haute Adda dans le val de Fraele. Dans ce but, un nouveau barrage appelé Cancano II, beaucoup plus élevé que le barrage existant, sera érigé à l'aval de ce dernier. De même qu'à la Grande Dixence en Valais, la nouvelle accumulation noiera le premier barrage et englobera l'accumulation initiale. Comme les eaux non encore utilisées de la Haute-Valtelline ne suffiront pas pour remplir cette nouvelle accumulation, nos voisins du Sud ont prévu d'y conduire encore 97 millions de mètres cubes du haut Spöl, soit précisément les 97 millions de mètres cubes qui font l'objet de la convention italo-suisse en discussion.

Actuellement, la ville de Milan termine la première tranche de ce programme. En bref, elle a consisté dans l'exécution des travaux nécessaires pour pouvoir capter, conduire, accumuler et utiliser sous une chute de près de 700 m., les eaux encore disponibles dans le haut bassin de l'Adda. C'est ainsi qu'une première phase du nouveau barrage de Cancano II et de la nouvelle usine de Premadio est terminée.

Quant à la deuxième tranche, elle consistera avant tout à réaliser les travaux nécessaires pour pouvoir accumuler, puis mettre en valeur les eaux que le Service électrique de Milan désire prélever dans le bassin supérieur du Spöl. Dans leurs grandes lignes, ces travaux seront les suivants:

a) Construction d'un collecteur situé entièrement en Italie à une distance de 10 à 20 km. environ de la frontière italo-suisse à Punt dal Gall pour dériver les eaux du haut bassin du Spöl (105 km²) vers celui de l'Adda.

b) Achèvement du barrage de Cancano II, afin de porter la capacité du bassin de sa valeur actuelle provisoire de 112 millions de mètres cubes à sa valeur définitive de 240 millions de mètres cubes.

c) Agrandissement de l'usine de Premadio pour porter sa puissance totale à 375 000 kWh., soit un demi-million de CV.

4. Solution d'entente d'Ova Spin.

La différence essentielle entre cette solution et celle qui vient d'être exposée consiste dans le remplacement du bassin d'accumulation de Praspöl sur le Spöl, d'une capacité de 28 millions de mètres cubes, par un bassin de compensation de 6,5 millions de mètres cubes seulement. Le barrage est prévu au même endroit que dans la solution Praspöl mais sa hauteur sera inférieure de 40 m. de sorte qu'il ne sera plus visible depuis la route de l'Ofen. Quant à la surface du lac ainsi formé, elle n'atteindrait plus que 0,35 km² au lieu de 1,2 km² dans la solution Praspöl, ce qui naturellement réduirait dans une forte mesure l'empiètement sur le Parc national.

Cette disposition permettra d'éviter le pompage des eaux de l'Inn à S-chanf. Par contre, il faudra, dans ce cas aussi, pomper de l'eau en provenance de l'Engadine pour remplir le bassin de Livigno; la centrale et la station de pompage du palier international seront donc construites non plus au pied du barrage de Livigno mais près de celui d'Ova Spin. Une galerie en charge de 7 km. de longueur environ sera nécessaire pour relier le bassin de Livigno à la centrale et usine de pompage d'Ova Spin mais cette galerie traversera le Parc national en souterrain sans comporter aucune fenêtre intermédiaire. Au reste, comme dans le cas de Praspöl, la rive droite du Spöl à Ova Spin ne fait pas partie du parc; la centrale souterraine d'Ova Spin prévue sur cette même rive ainsi que la route d'accès se trouveront donc à l'extérieur de celui-ci.

A noter enfin que le secteur du Spöl sur lequel les débits seront influencés par l'aménagement international sera plus long dans cette solution d'entente que dans la solution de Praspöl. Mais, au débit réservé qui, ici également, sera maintenu dans le lit du Spöl à partir du barrage de Livigno, viendront s'ajouter les apports des torrents du val de l'Acqua et du val de la Föglia.

5. Production d'énergie.

La production annuelle totale d'énergie des deux aménagements cantonal et international sera pratiquement la même, qu'il s'agisse de la solution Praspöl ou de la solution Ova Spin, savoir 1,5 milliard de kilowattheures en chiffre rond, ce qui représente un dixième environ de notre consommation actuelle ou encore un dixième de nos forces hydrauliques non encore exploitées. Cependant, comme le volume d'eau total pouvant être accumulé serait un peu moins important dans la solution d'entente, la part d'énergie d'hiver serait aussi un peu plus faible dans ce cas: 46,5% au lieu de 48,2%.

Conformément à l'échange d'énergie et de puissance prévu au protocole additionnel de la convention, toute l'énergie produite par ces deux aménagements reviendra à la Suisse. En outre, un solde de 91,5 millions de kilowattheures par année restera encore en faveur de notre pays dans l'usine de Premadio.

Cette partie technique vous aura certainement permis de constater que la convention italo-suisse est la solution qui tient le mieux compte de l'intérêt du Parc national tout en valant pour notre pays une augmentation sensible d'énergie électrique, élément non négligeable pour notre économie nationale!

Votre commission s'est rendue sur place. Elle a consciencieusement parcouru la région touchée par

le projet faisant l'objet de la convention soumise à nos délibérations. Elle a pu constater que le grand barrage se construira, en dehors des limites du Parc national, sur le territoire italien, donc en un endroit où juridiquement nous n'avons aucun pouvoir et que l'aménagement projeté dans les sites du parc ne portera en rien préjudice au but recherché par les initiateurs de cette réserve naturelle si appréciée de tous ceux qui la visitent. Il n'y a donc aucune raison de ne pas autoriser la ratification.

Avant de conclure, nous voudrions encore souligner que l'opposition à l'aménagement projeté est certainement le fait de personnes sincères. Les responsables de la commission du Parc national, qui ont accompagné vos commissaires dans leur visite, ont pu se rallier au plan d'aménagement.

Cette attitude est due à la compréhension montrée par les personnes qui savent que les représentants des communes directement intéressées ont admis de se prêter à l'agrandissement du Parc national par la cession de superficies bien supérieures à celles que l'exploitation des forces motrices mettra à contribution. Cependant, il demeure des adversaires irréductibles. A ceux-ci nous disons qu'ils doivent revenir à la réalité et qu'à vouloir se tenir à tout prix à une idée généreuse mais inconciliable avec les intérêts bien entendus du canton des Grisons et des communes de la Basse-Engadine, ils risquent de nuire à la cause du Parc national. Les oppositions peuvent jouer au moment voulu un rôle important en obligeant les techniciens à ne pas voir uniquement une réalisation technique mais à tenir compte aussi de la protection des sites. Le résultat de la confrontation des arguments pour et contre un projet est généralement excellent, il permet des réalisations qui ne déparent pas la nature.

La commission unanime, contre une voix et une abstention, vous propose d'autoriser le Conseil fédéral à ratifier la convention entre la Confédération suisse et la République italienne au sujet de l'utilisation des forces hydrauliques du Spöl, du 27 mai 1957.

Allgemeine Beratung - Discussion générale

Dietschi-Solothurn: Vielleicht ist es mir noch nie so schwer gefallen, das Wort zu ergreifen wie bei dieser Vorlage; denn ich stehe in schwerer Gewissensnot. Gerade darum aber fühle ich mich zu einer Erklärung verpflichtet.

Im März 1948 habe ich eine Interpellation eingereicht und 1950 begründet, worin ich den Bundesrat ersuchte, bei Verhandlungen mit Italien über den Spöl kein Präjudiz zu schaffen, das die Respektierung des Bundesbeschlusses über den Nationalpark verunmögliche, und auf alle Fälle die Rechte der Bundesversammlung und des Volkes zu wahren. Dies ist nun freilich bei der heutigen Vorlage geschehen, indem sie nicht nur den Räten unterbreitet, sondern auch mit der Referendums Klausel versehen wird. Hingegen kommt der Bundesrat leider zu anderen Schlüssen als meine damalige Interpellationsbegründung, wo ich mit Nachdruck die unversehrte Erhaltung des Nationalparkes verlangte. Durch die heutige Vorlage wird nun der Nationalpark in Mitleidenschaft gezogen, noch schwerer freilich das wundervolle Engadin. Ich bedaure dies sehr, und ich fürchte auch für das Romanentum,

das durch die Einwanderung fremder, deutsch-sprechender und italienischer Elemente geschwächt werden könnte.

Andererseits muss ich anerkennen, dass der Bund in vierfacher Zwangslage war und ist. Da sind einmal die Forderungen Italiens als Oberlieger, trotzdem ich das Recht auf Ableitung in keiner Weise anerkennen kann. Da ist weiter der verhängnisvolle Zusatzvertrag von 1920, der zwar gegen den Bundesbeschluss über den Nationalpark verstösst und deshalb meines Erachtens nicht zu respektieren wäre, auf den sich aber der Bundesrat als Nachfolger des damaligen Bundesrates als Vertragspartner verpflichtet fühlt. Da ist der Strommangel, grösser als er damals vor zehn Jahren vorauszusehen war. Und da ist nicht zuletzt schliesslich die Staatshoheit des Kantons Graubünden und die Gemeindehoheit der Gemeinden, in denen leider nicht die heroische, geschichtliche Grösse zeigende Haltung der Leute von Lauenen durchgebrochen ist, so dass wohl auch durch Verfassungsänderungen die Innwerke vom Bund aus nicht verhindert werden könnten. Nur der Wille der Talleute selber, sozusagen wie einst in der alten Eidgenossenschaft, könnte das Tal in seiner vollen Herrlichkeit retten. Darauf haben wir vergebens gewartet.

Darum ist die Verständigungslösung begreiflich. Sie bringt ganz wesentliche Fortschritte gegenüber dem Projekt von 1948, das meine Interpellation ausgelöst hat. Ich habe dort eine Anzahl Schäden aufgeführt, von denen nun glücklicherweise viele in Wegfall kommen. Überdies kämen nun dazu als Wiedergutmachung für die verbleibenden Schäden neue Naturschutzgebiete und die Sicherung alter Gebiete.

Hier möchte ich nun doch etwas Grundsätzliches feststellen. In weiten Kreisen ist man gewohnt, über die unbequemen, schwärmerischen, ja fanatischen Naturschützer zu lästern und zu spotten. Die heutigen Ergebnisse wären aber wohl nie zustande gekommen ohne die unermüdlichen Kämpfe und Widerstände des Naturschutzes und insbesondere des viel gelästerten Naturschutzbundes. Der Fanatismus der Naturschützer ist eben das notwendige Gegengewicht gegenüber der Rücksichtslosigkeit der Technik und dem unbarmherzigen Automatismus, der immer dynamischer werdenden privaten wie kollektiven Wirtschaftsmächte. Die Aufrüttelung der Gewissen durch das Kämpfertum hingebender Idealisten zwingt dann doch zu bessern Lösungen; dies hat auch hier gewisse Früchte getragen.

Dass auch der Naturschutz Opfer bringen muss, ist verständlich. Dennoch bleibt die Betrübnis, dass es nicht möglich war, wenigstens den Nationalpark, dessen Idee eben die Kompromisslosigkeit zum Grunde hat, unversehrt, das heisst in seinem höchsten Sinne zu erhalten.

Zum Praktischen stellt sich noch die Frage, ob, wenn der Staatsvertrag angenommen wird, dann die Verträge mit den Gemeinden wirklich zustande kommen. Ich möchte den Bundesrat dringend ersuchen, die formelle Erklärung abzugeben, dass er die Ratifikation nur vornehmen wird, wenn die Verträge perfekt geworden sind. Weil der Bund über die Schlüsselposition des Spöls verfügt gegenüber dem Kanton Graubünden und den Gemeinden, möchte ich den Bundesrat aber auch dringend er-

suchen, bei den kantonalen Werken des Inns rechtzeitig eine Wasserführung zu verlangen, die dem Naturschutzartikel des Wasserrechtsgesetzes viel stärker entgegenkommt und ihn berücksichtigt, als das bei anderen rein kantonalen Werken der Fall ist, wo die Mitsprache des Bundes oft problematisch bleibt, weil durch die kantonale Hoheit und die Anwendung des Gesetzes durch die Kantone diese eben in kantonalen Händen liegt und der Bund in seiner Aufsicht nicht den gleichen Einfluss hat, wie wenn er selber den Vollzug durchführt. Wenn ich davon absehe, im Zusammenhang mit dieser Ratifikation ausdrücklich entsprechende formelle Anträge zu stellen, dann deshalb, weil ich das Vertrauen zu Herrn Bundesrat Lepori, meinem alten verehrten Mitarbeiter in der Natur- und Heimatschutzkommission habe, aber auch zu Herrn Bundesrat Etter, dass die Nationalparkkommission, wie die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission, rechtzeitig vorher auch zur Beurteilung der Innwerke zwecks möglichst zumutbarer Schonung von Nationalpark und Engadin beigezogen werden, und dass der Bundesrat von den Werken die äussersten Opfer verlangt.

Es ist das problematische Los der Politiker, zwischen idealem Streben und materiellem Leben, zwischen sittlicher Forderung und Staatsräson in ständiger Spannung wirken zu müssen. Aus dem Überbrückungswillen über eine weite Spanne und Spannung ist auch diese Vorlage entstanden. Ich möchte ihr deshalb keine Opposition machen, so schwer es mir fällt. Aber ich kann ihr auch nicht die Stimme geben, nachdem mir die unversehrte Erhaltung des Nationalparkes im Zusammenhang mit der wunderbaren romanischen Landschaft des Engadins zu einem Anliegen meines Herzens geworden ist.

Schliesslich möchte ich hoffen, dass der Natur- und Heimatschutzartikel der Bundesverfassung, der durch eine Motion in diesem Rate in Arbeit genommen wurde, möglichst bald zur Beratung kommen wird, und Bundesrat und Bundesversammlung das Verständnis vieler Natur- und Heimatschützer für die materiellen Bedürfnisse des Landes mit ebensolchem Verständnis für die ideellen Forderungen des Natur- und Heimatschutzes auf einen wirkungsvolleren Schutz des Bundes vergelten werden. Auch der ideelle Schutz unserer Heimat gehört zu den Existenznotwendigkeiten unseres Landes und unseres Staates. Dies kann nicht genug, nie genug gesagt werden, um in alle Gewissen einzugehen.

Grendelmeier: In der Kommission habe ich mich der Stimme enthalten. In der Zwischenzeit hat die Fraktion des Landesringes mit entschiedenem Mehr beschlossen, dem Beschluss zuzustimmen. Meine Fraktionsfreunde werden es mir aber nicht verargen, wenn ich anderer Meinung bin. Ich kann nicht anders, obwohl ich weiss, wie schwer es ist, gegen den Strom, zumal gegen den „elektrischen Strom“ zu schwimmen. Zwar bin auch ich wie alle jene, die sich für den Schutz der Natur einsetzen, keineswegs Gegner der Technik. Aber um mit Professor Egli von der Neuen Helvetischen Gesellschaft zu sprechen: die Technik hat angefangen, einen Totalitätsanspruch zu erheben, wobei sie aber keineswegs Anspruch erheben kann, unsere wich-

tigste Lebensgrundlage zu sein. – Wir dürfen die Hierarchie der Werte nicht auf den Kopf stellen und Zweitrangiges in den ersten Rang stellen. Wir lassen uns allzu rasch von den Leistungen der Technik in Erstaunen und Bewunderung versetzen und vergessen die eigentlichen menschlichen Werte. Dabei sollten doch Natur, Leben und Gesundheit im Vordergrund stehen. Das Heimtückische an allen diesen technischen Eingriffen in die Natur liegt darin, dass sie nicht allesamt auf einmal erfolgen, sondern stets nur einzeln nacheinander. Es wird nicht das ganze Land aufs Mal aufs Korn genommen. Die Verschandelung und Zerstörung der Natur erfolgt immer nur stückweise. Jedes Mal beschwichtigt man uns und erklärt, es sei nicht gerechtfertigt, wegen diesem oder jenem einzuschreiten. So vollzieht sich ganz langsam schrittweise die Übernutzung unserer Natur.

Bis heute besitzen wir ungefähr 300 Kraftwerke in der Schweiz. Noch stehen 23 Werke im Bau. Im übrigen liegen sechs dieser 23 Werke im Kanton Graubünden, so dass man nicht behaupten kann, wir seien ausgerechnet immer dem armen Kanton Graubünden in den Weg getreten, wenn er seine Wasserrechte ausnutzen wolle. Bei dieser Entwicklung muss man sich fragen, wo all das schliesslich enden soll. Wieviele Flüsse und Täler in unserem Land sind schon bisher völlig trockengelegt worden! Ganze Flussysteme hat man auf den Kopf gestellt. Ich erinnere nur an die Trockenlegung der Maggia. Sie wären nicht imstande eine Katze dort zu ersäufen, weil es am Wasser fehlt. Ferner erinnere ich Sie an die Oberläufe der Aare und der Reuss sowie an die Sihl. Unfehlbar wird sich eines Tages die Natur gegen einen solchen Raubzug und gegen eine solche Übernutzung wehren und sie wird sich rächen, wie sie es in Frankreich und Spanien als Folge der Kahlschläge getan hat. Auch in diesen Ländern hat man seinerzeit für den Nutzen des Augenblickes die Zukunft geopfert. Dabei darf man bei den Übernutzungen im Gefolge des Elektrofiebers nicht übersehen, dass Hunderte von Millionen guter Schweizerfranken an ausländische Arbeiter ausbezahlt werden und damit ins Ausland abfliessen. Es kommt noch hinzu, dass es uns nach und nach an den Mitteln fehlt, solche Mammutwerke zu finanzieren. Ich darf Sie an die Kalamität beim Grande-Dixence-Werk erinnern, wo, wie man hört, zirka 50 Millionen Franken fehlen.

Nun das Projekt. Der Augenschein der Kommission hat gezeigt, dass die Eingriffe keineswegs gering sind. Was den Nationalpark betrifft, so soll folgendes geschehen und ich bitte Sie, sich das vor Augen zu halten: Erstellung einer 125 m hohen Staumauer bei Punt dal Gall und damit die schroffe Abriegelung des Nationalparkes. Dort soll die Welt aufhören. Weiter: Erstellung eines Ausgleichbeckens von zirka 6 Millionen Kubikmeter Inhalt im Spöltal, das heisst mitten im Nationalpark, wiederum mit einer Mauer von zirka 60 m Höhe. Dabei gebe ich zu, wie vorhin gesagt wurde, dass man von der Ofenstrasse aus vermutlich diese Mauer nicht sehen wird. Sodann wird der Wasserlauf des Spöls um einen Drittel dadurch reduziert, dass Italien durch den Vertrag erlaubt wird, zirka 97 Millionen Kubikmeter Wasser statt dem Spöl, der Adda auf der italienischen Seite zuzuleiten.

Dazu aber wird der Spöllauf durch den Liviniosee und das Ausgleichsbecken Ova-Spin ein weiteres Mal ungefähr auf einen Siebentel des bisherigen Inhalts abgedrosselt, und der Spöl wird als ein armseliges Wasserlein Zernez zufließen. Dazu kommt noch, dass in den Staumauern des Liviniosees und des Ova-Spin-Sees Mauerwerke eingebaut werden.

Alle diese massiven Eingriffe geschehen aber in Verletzung des Bundesbeschlusses von 1914, durch welchen seinerzeit der Nationalpark geschaffen wurde. In diesem Bundesbeschluss sowie auch im Dienstbarkeitsvertrag von 1913 ist ausdrücklich festgelegt, es werde ein Nationalpark errichtet, in welchem die gesamte Tier- und Pflanzenwelt ganz ihrer freien natürlichen Entwicklung überlassen und vor jedem nicht im Zwecke des Nationalparks liegenden menschlichen Eingriff geschützt werde. Damit sollte zweifellos auch die Erstellung eines Elektrizitätswerkes im Nationalpark ausgeschlossen sein. Daran ändert nichts, wenn der Bundesrat im Jahre 1920 in einem Nachtrag zu diesem Dienstbarkeitsvertrag erklärt hat, die Eidgenossenschaft werde gegen die Stauung des Spöls im Parkgebiet für ein Elektrizitätswerk keinen Einspruch erheben. Denn einmal war der Bundesrat damals zu einer solchen Erweiterung des dem Referendum unterstellt gewesenen Nationalparkbeschlusses von 1914 rechtlich nicht befugt. Seine Erklärungen von 1920 sind daher nichtig. Zum ändern aber war mit jener Stauung lediglich ein kleines Werk für die Gemeinde Zernez gemeint, also nicht das Glied eines internationalen Grosswerkes.

Sie erinnern sich, was man in Sachen Rheinau hier an dieser Tribüne alles ausgeführt hat. Man hat erklärt, die Schweiz müsse die Verträge dem Ausland gegenüber innehalten. Wollen wir nun nicht aber auch Bundesbeschlüsse dem eigenen Lande gegenüber achten?

Zu den Beeinträchtigungen des Nationalparkes kommt nun aber noch die Beeinträchtigung des Inntales. Mit der Genehmigung des Livigno-Vertrages wird gleichzeitig die Innlandschaft geopfert. Mit dem Spöl- und mit dem Livigno-Werk wird eine ganze Kette weiterer Werke im Inntal präjudiziert.

Halten Sie sich auch hier vor Augen: Es soll vom Inn auf einer Strecke von 60 Kilometern in einem Kanal von etwa 5 m Durchmesser bis 85% seines Wassers unterirdisch abgeleitet und den verschiedenen Werken zugeführt werden. Das kommt praktisch beinahe einer Trockenlegung eines grossen Tales gleich. Dass dabei auch das Landschaftsbild empfindlich leiden wird, wird wohl kaum mehr bestritten werden können.

Solche schwerwiegenden Eingriffe und Übernutzungen sowie solche Beutezüge auf die Natur werden nicht ohne Folgen bleiben. Wenn nicht heute, so wird sich die Natur später rächen. Wir haben nicht das Recht, zu behaupten, was nach uns komme, sei uns gleich. Auch hier erinnere ich an die Spätfolgen der Kahlschläge in Spanien, in Frankreich, im Libanon, an die Versteppung in Amerika und dergleichen. Wir müssen uns davor hüten, dass bei uns ähnliches geschieht.

Dass auf die finanzielle Lage der Bevölkerung der Inngemeinden Rücksicht genommen werden soll, ist meines Erachtens nur ein Schlagwort.

Man braucht sich nur die Namen derer zu merken, die hinter den Projekten stehen. Wer ist Aktionär der Engadiner Kraftwerke AG? Es sind Banken wie die Kreditanstalt und der Bankverein. Dann sind es die grossen Elektrogesellschaften wie Motor-Columbus, Elektrowatt usw. Es ist nicht die Bergbevölkerung, die einst die Dividenden einziehen wird. Es ist nicht die Bergbevölkerung, der man nun mit diesem Werk zu helfen in der Lage sein wird. Es sind die Banken und die Grossindustrien, die die Dividenden einkassieren werden.

Und nun die Folgen einer allfälligen Nichtgenehmigung des Vertrages mit Italien? In der Kommission und auch schon vorher habe ich mich leider durch die Drohungen beeindrucken lassen, Italien würde im Falle der Ablehnung dieses Vertrages zur Selbsthilfe greifen, und das Livignotal allein aufstauen und das Wasser nach Italien ableiten; wir hätten dann das Nachsehen. Ich lasse mich heute durch solche Drohungen nicht mehr beeindrucken; denn ich halte diese Möglichkeit für ausgeschlossen. Auch unser italienischer Nachbar ist ein Rechtsstaat. Auch Italien wird die Normen, die für die Oberlieger gelten, halten. Nicht zuletzt müsste Italien auch damit rechnen, dass wir als Oberlieger hier und dort in gleicher Münze zurückzahlen könnten. Im Falle der Ablehnung des gegenwärtigen Vertrages wird Italien zweifellos in rechtsstaatlicher Weise für eine andere, für unser Land tragbare, Lösung zu haben sein.

Was nun die wirtschaftliche Lage der Inngemeinden betrifft, so wird den letztern durch die Abänderung des Nationalpark-Statuts eine gerechtere und eine zeitgemässere Entschädigung geboten werden müssen. Denn hat das Schweizervolk schon einmal die Schaffung eines Nationalparks beschlossen, so muss ihm dieses Werk auch wert sein, den Inngemeinden, die das Land zum Park hingegeben haben, eine gerechte Entschädigung zu bieten.

Es ist heute noch darauf hingewiesen worden, es könnte der Kanton Graubünden das ursprüngliche Projekt Praspöl ausführen, ohne das wir in der Lage wären, Einwendungen zu machen. Auch diese Drohung ist nicht ernst zu nehmen. Sie wissen: Es läuft zur Zeit eine Nationalpark-Initiative, die den Park durch Bundesverfassungsänderung als unantastbar erklären will. Wenn diese Initiative angenommen sein wird; dann wird auch die Gefahr der Übernutzung durch die Gemeinden des Inntales ausgeschlossen sein. Und im übrigen glaube ich, dass sich mit der Zeit die Einstellung auch bei den Inngemeinden ändern wird; denn was heute als „offizielle Meinung der Gemeinden“ propagiert wird, ist nicht die wirkliche Meinung der Gemeinden.

Zusammengefasst geht es um die Erhaltung unseres Nationalparks und unseres schönen Unterengadins. Beide würden durch die Genehmigung des Vertrages mit Italien schwerstens gefährdet. Ich werde daher, entgegen meiner eigenen Fraktion, gegen den Abschluss dieses Vertrages stimmen, und ich bitte Sie, mir, wenn es Ihnen möglich ist, zu folgen.

Lejeune: Es geht mir genau wie meinen beiden Vorrednern. Ich spreche eigentlich nur zur Gewissenserleichterung, und Sie werden vielleicht sogar das Gefühl haben, die Rednertribüne des National-

rats werde zu dieser Gewissenserleichterung missbraucht. Ich glaube aber doch, dass einige Worte des Bedenkens zur Vorlage, die vor uns liegt, gerechtfertigt sind. Es ist dabei sicher richtig, wie sich auch Herr Kollega Dietschi geäußert hat, dass jener, der den Nationalpark schützen will, heute in einer absolut nicht beneidenswerten Lage ist, und dass er *volens volens* den Widerstand in vielen Punkten aufgeben muss, wenn er die Vorteile und Nachteile des Abkommens mit Italien abwägt. Es ist aber doch so, dass die eventuellen Vorteile es nicht rechtfertigen, dass man alles bemänteln und zu übertünchen versucht, was doch hier gesagt sein sollte.

Ich möchte vorerst zum Abkommen mit Italien eine Frage stellen: Im Ingress des Abkommens wird im Absatz 4 gesagt: „Die beiden Staaten“ (also die Eidgenossenschaft und Italien) „haben infolgedessen vereinbart, dass beide Staaten dafür besorgt sein sollen, im gegenseitigen Einverständnis den italienischen und den schweizerischen Bewerbern die zur Ausnützung der Wasserkraft erforderlichen Wasserrechtsverleihungen zu erteilen...“ Ich möchte die Frage stellen, ob für die Eidgenossenschaft gegenüber Italien eine Verpflichtung besteht, dass auch sie die Konzession, wie sie vorgesehen ist, erteilen muss. Wir wären also dann durch das Abkommen direkt verpflichtet, eine solche Konzession zu erteilen. Ich glaube, dass diese Überlegung für das Abkommen eine gewisse Belastung darstellt. – Einen ganz unbestreitbaren Vorteil hat das Abkommen, nämlich dass der Spöl nur oberhalb der Kote 1960 in Santa Maria Livigno nach Italien abgeleitet werden darf, während ja nach den früheren Absichten Italiens der Spöl kurz oberhalb von Punt dal Gall hätte gestaut werden können, nicht unterhalb des Zollhauses wie heute. Es wäre für den Spöl im Nationalpark praktisch nur noch die Aqua del Gallo übriggeblieben. Diese Drohung ist abgewendet, und das ist ganz bestimmt ein Vorteil des Abkommens.

Besteht nun aber infolge dieses Abkommens die Verpflichtung zur Erteilung der Konzession? Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf das Zusatzprotokoll vom 27. Mai 1957 hinweisen, wo aus Ziffer II abgeleitet werden könnte, dass der Sinn des Abkommens lediglich darin bestehe, dass die gewonnene elektrische Energie verteilt, oder also die Energie, welche aus dem Kraftwerk Premadio in der Schweiz übergeleitet und andererseits aus der Schweiz aus den Anlagen, die in der Schweiz erstellt werden, nach Italien übergeleitet werden soll, kompensiert werden könne. Meine Auffassung geht dahin, dass dem Abkommen Genüge geleistet ist, wenn die Kompensation so durchgeführt wird, dass Italien dann die Energie, welche es aus der Schweiz hätte beziehen können, einfach aus dem Kraftwerk Premadio bezieht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Auslegung des Abkommens in diesem Punkte von ganz erheblicher Bedeutung ist. Es handelt sich um einen Staatsvertrag, welcher dem Referendum untersteht; einen Staatsvertrag, der verschiedene unbestreitbare Vorteile bringt. Er sollte deshalb nicht mit innerschweizerischen Auseinandersetzungen belastet werden, welche nach der heutigen Situation fast notwendigerweise zu einem Referendum führen müssen. Meines Erach-

tens fährt vor allem auch der Naturschutz besser, wenn wir versuchen, die entstehenden Probleme unter uns Schweizern selbst zu erledigen. Es wäre ein grosser Schaden, wenn alle diese Streitigkeiten praktisch auf dem Rücken dieses Staatsvertrages ausgetragen werden müssten; das sollte verhindert werden. Ich möchte deshalb um Auskunft, bzw. eine klare Feststellung bitten: Sind wir durch den Vertrag zur Erstellung der Kraftwerke im Tal des Spöl verpflichtet oder nicht?

In zweiter Linie eine Feststellung in bezug auf die Verträge, welche mit der Gemeinde Zernez abgeschlossen wurden. Ich glaube, dass man hier in der Auslegung falsche Wege gegangen ist, insbesondere in der Frage des Zusatzvertrages von 1920. Wenn Sie eine Karte des Nationalparkes betrachten, so ist das Gebiet von Falcùn, welches damals noch zum Nationalpark geschlagen wurde, im Verhältnis zum gesamten Nationalpark fast unbedeutend, wenigstens flächenmässig gesprochen. Es ist deshalb unverständlich, dass in diesem Zusatzvertrag Zusagen über die Wasserkraftnutzung gemacht werden, welche auch den Bundesbeschluss von 1914 beeinträchtigen sollen. Ich verstehe die Schlussfolgerung, welche hier immer wieder gezogen wurde, rein rechtlich nicht. Vor allem möchte ich darauf hinweisen, dass im Dienstbarkeitsvertrag vom 29. November 1913 (im Dienstbarkeitsvertrag zwischen der Eidgenossenschaft und der Gemeinde Zernez) ganz ausdrücklich die Vorbehalte aufgezählt wurden, welche die Gemeinde Zernez noch zu machen hat gegenüber der Verwendung dieses Gebietes als Nationalpark. Unter diesen, in Ziffer III, Litera a–e, aufgezählten Vorbehalten fehlt die Wasserkraftnutzung in jeder Beziehung. Es ist mir deshalb unverständlich, wie man einen Beschluss, welcher dem Referendum unterstellt wurde, nachher durch einen einfachen Vertrag mit der Gemeinde Zernez ändern will. Diese Feststellung ist aber – ich möchte das sehr betonen – rein rechtlicher Art. Wir denken nämlich bei der ganzen Diskussion (und ich glaube, diesen Vorwurf muss man vielleicht auch einem Teil der Naturschutzkreise machen) zu wenig an die Unterengadiner Gemeinden. Es ist doch ganz klar, dass in diesem Vertrag, mit der sehr mageren Entschädigung, die Entschädigung für die Wasserkraftnutzung in keiner Art und Weise inbegriffen sein kann und es immer noch darum gehen muss, die Entschädigung für diese Nutzung festzusetzen. Wir müssen uns doch vergegenwärtigen, dass diese Gemeinden, wenn sie die Konzessionen zur Ausnutzung ihrer Wasserkraft erteilt haben, dies in einer finanziell derart gespannten Lage tun mussten, dass man ruhig sagen kann: sie haben diese Verträge unterschrieben, derweil sie Daumenschrauben anhaben.

Ich glaube, das kann mit diesem Bild am allerbesten dargetan werden. Ich möchte daran erinnern, dass gerade in dieser Woche bei der Behandlung des Eisenbahngesetzes auch die Eisenbahntarife im Kanton Graubünden diskutiert wurden. Daraus dürfte hervorgegangen sein, dass diese Gemeinden in derart vielfältiger Weise benachteiligt sind, dass man es verstehen kann, wenn sie hier nun auf ihre Rechte pochen. Man könnte aber diese Rechte durch eine Entschädigung abgelten, und diese Pflicht zur Entschädigung besteht, sie ist

durch die Verträge über den Nationalpark nicht abgegolten.

Noch eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung des Bundesbeschlusses von 1914: Ich finde es in jeder Beziehung unmöglich, dass man heute sagt, über die Wasserkraft sei bei Anlass des Abschlusses der Verträge über den Nationalpark nicht entschieden worden, das gehöre praktisch nicht zum Nationalpark. Wir hatten uns in den letzten Jahren verschiedentlich mit Wasserfragen zu befassen. Wir wissen doch, was heute an einer ganzen Landschaft an Schaden verursacht wird, wenn das Wasser verschmutzt ist, was es bedeutet, wenn das Grundwasser verschmutzt wird, und wir haben auch da und dort gesehen, was es rein landschaftlich, aber auch in weiterer, wirtschaftlicher Beziehung bedeutet, wenn ein Fluss einfach abgeleitet wird. Hier nun im Zusammenhang mit dem Nationalpark behaupten zu wollen, das Wasser spiele praktisch keine Rolle, ist eine glatte Unmöglichkeit. – Aber das gilt, wie gesagt, nicht für die Entschädigung der Gemeinden, die im Geiste des Dienstbarkeitsvertrages zu regeln ist.

Zur Verständigungslösung: Ich glaube, es bestehen Gründe, an dieser Verständigungslösung Gutes zu sehen, auch wenn man sie vielleicht aus prinzipiellen Erwägungen nicht befürworten will. Sie erweitert einen Zustand, der nach meiner Meinung heute schon besteht. Die Ofenpassstrasse durchschneidet ja mit ihrem Verkehr und seinen Folgeerscheinungen den Park in einer Art und Weise, die den Nationalpark beeinträchtigt. Nun spricht man in diesem Zusammenhang von einer Ausdehnung, einer Erweiterung des Parkes. Ich glaube, dass das tatsächlich ein Vorteil ist. Aber „Erweiterung“ ist ein absolut falscher, ich möchte sagen euphemistischer Ausdruck. Sie sprechen von einer Erweiterung des Parkes, auch die bundesrätliche Botschaft tut dies. Dabei geht es nicht um eine Erweiterung, sondern darum, dass ein Verlust für den Park ausgeglichen werden soll. Wir wollen das doch ganz klar und deutlich sagen: Es geht darum, dass der Park praktisch in zwei Teile zerlegt wird, dass er in der Mitte auseinandergedrückt und südlich und nördlich ein Stück angehängt wird. Sprechen Sie also bitte nicht von einer Erweiterung, sondern von einem gewissen Realersatz; das ist meines Erachtens richtiger. Die südliche Erweiterung ist bestimmt von wesentlicher Bedeutung; denn es wird von vielen guten Kennern des Nationalparkes versichert, dass der heutige Wildreichtum vor allem auf dem Val Cluozza und Val Tantermozza beruht. Wenn das Val Trupchun dazukäme, so wäre das ganz bestimmt ein Gewinn für den Park. Ich glaube, dass dies – wenn man schon die heutige Entzweischneidung des Parkes durch die Ofenpassstrasse betrachtet – unbedingt als ein gewisser Realersatz bezeichnet werden kann. Ebenso wäre es natürlich ein dauernder Gewinn, wenn die Scarlreservation gewonnen werden könnte. Hingegen glaube ich, dass die beiden andern möglichen Erweiterungen irgendwie zweifelhafter Natur sind; denn sie liegen an dieser Achse der Ofenpassstrasse, die ja durch den Bau des Werkes ganz ungeheuer erweitert wird. – Es ist klar, dass die Mindestwasserführung, auch wenn man sie vorschreibt, niemals als Ausgleich für den heutigen Zustand genügen

wird. Es ist weiter ganz klar, dass das Spölgebiet praktisch während der Zeit des Baues derart unerhörte Wunden erhalten wird, dass es auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr das Tal sein wird, wie wir es heute vor Augen haben. Für diese Schäden würde aber also gewisser Ersatz geleistet. Wir müssen aber doch feststellen, dass es auch für die Gemeinden im Unterengadin hier um einen wahrhaften Ausverkauf an Naturschönheiten geht, einen Ausverkauf, der ihnen vielleicht einige augenblickliche Vorteile bringt, die man ihnen aber vielleicht auch auf andere Weise hätte geben können.

Ich möchte zur Illustration nur noch folgendes beifügen. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, dass in einem früheren Stadium davon gesprochen wurde, den Inn bereits ab La Punt auszunützen. Er wäre dort in einen offenen Kanal geleitet und dann in einer Zentrale in Schanf erstmals ausgenützt worden. Die Gemeinde Zuoz hat sich dagegen mit Händen und Füßen gewehrt, und zwar aus ganz einfachen Gründen. Sie hat erkannt, dass ihre Situation als Fremdenkurort ganz wesentlich beeinträchtigt würde. Daher hat sie die Erteilung der Konzession abgelehnt. Alle Gemeinden im Unterengadin werden in sehr unangenehmer Weise erfahren, dass ihre Lage als Fremdenverkehrsorte durch den Bau jedes Werkes sehr beeinträchtigt sein wird.

Wir müssen hier auch betonen, dass von dem Nutzen zugunsten der Bergbevölkerung nicht viel übrigbleibt. In der Botschaft des Bundesrates werden auf Seite 25 in ein paar kurzen Worten diese Vorteile erwähnt: „Der Ausbau der Engadiner Wasserkräfte stellt eine auf die Dauer wirksame Massnahme im Sinne einer Hilfe an die Gebirgsbevölkerung dieses entlegenen Landesteiles dar. Bau, Betrieb und Unterhalt der Werke bringen eine wichtige wirtschaftliche Belegung, ohne dass, auf die Dauer gesehen, eine Überfremdung eintreten würde.“ Sie haben da und dort Gelegenheit zu prüfen, ob diese Worte tatsächlich für den Bau von Grosskraftwerken zutreffen: Sie treffen nicht zu.

Ich hatte kürzlich wieder Gelegenheit, im Hinterrheintal einige Beobachtungen anzustellen. Wie wirkt sich zum Beispiel die Bauzeit auf die Bergbauern aus? Sie sehen, was die Bauarbeiter während einer gewissen Zeit an Löhnen und Zulagen verdienen, und sie werden sich selber um Arbeit in diesen Werken bemühen und sind, wenn sie einige Jahre in diesen Werken gearbeitet haben, mit ihrem Los als Bergbauern ganz bestimmt unzufriedener als je. Ich behaupte, dass der Bau der Innkraftwerke auch für die Bergbauern im Engadin eine wesentliche Beeinträchtigung darstellen wird, so dass es nicht richtig ist, von den Vorteilen und von der Hilfe an die Bergbevölkerung zu sprechen. Was die Befruchtung von Handel und Gewerbe betrifft, so konnte ich im Hinterrheintal feststellen, dass die Arbeiterschaft, die hier arbeitet, in Baracken untergebracht ist und in Kantinen verpflegt wird, dass sie mit der Dorfbevölkerung, mit den Wirtschaften, Läden usw., kaum in Berührung kommt. Das ist durchaus verständlich, denn diese Bauarbeiter kommen nicht aus Italien, aus andern Ländern oder aus der Schweiz ins Engadin oder in ein anderes Hochtal, um der Gebirgsbevölkerung zu helfen, sondern lediglich, um gut zu verdienen, möglichst wenig auszugeben und mit möglichst viel Geld nach

Hause zurückzukehren. Auch in dieser Beziehung ist also die Feststellung in der Botschaft durchaus falsch. Hingegen ist festzuhalten, dass die grosse Gefahr der Überfremdung besteht. Wir können dies heute beispielsweise in dem Verkehr sehr aufgeschlossenen Bündner Tälern feststellen, wie im Domleschg und am Heinzenberg. Wir stellen fest, dass dort die romanische Sprache beinahe verschwunden ist. Es ist nach meinem Erachten auch im Scham, im Hinterrheintal, eine Frage kurzer Zeit, ob nicht im Zuge des Baus der Hinterrheinkraftwerke das Romanische ganz entscheidende Schäden erleiden wird. Ich stelle fest, dass der Bündner Bergbauer in seiner kulturellen Eigenart und seinen wirtschaftlichen Bestrebungen durch Kraftwerke kaum irgendwie gefördert wird. Von neuen Industrien soll man, solange die Tarifffrage der Rhätischen Bahn nicht gelöst ist, überhaupt nicht sprechen. Man kann diese schwere Behinderung mit billigen elektrischen Tarifen kaum ausgleichen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt erwähnen, der mir im Zusammenhang mit dem Bau der Hinterrheinwerke sehr zu denken gegeben hat. Es ist dort für ein Ausgleichsbecken eine Rodung des Waldes bewilligt worden. Die Gemeinde Andeer hat diese Rodung ausgeführt. Sie muss aber irgendwie Realersatz leisten. Wir konnten feststellen, dass als Ersatz ein Maiensäss, welches vor Jahrhunderten dem Boden abgerungen wurde, wieder aufgeforstet werden muss. Sicher ein Beispiel für die Untergrabung bergbäuerlicher Existenz.

Ich schliesse mit einer Feststellung von Herrn Bundesrat Etter. Er hat in Beantwortung einer Interpellation von Herrn Ständerat Dr. Altwegg festgestellt: „Es gibt kein Nebeneinander von Grosskraftwerk und Nationalpark.“ Ich glaube, dass diese Feststellung zutrifft und auch für die Bergbauern gilt und dass man heute als Freund des Nationalparkes nur mit einer gewissen Resignation wünschen kann, es möchten die Schäden, die mit diesen Kraftwerkbauten verbunden sind, möglichst gering ausfallen. Auf keinen Fall darf man sie verschweigen.

Obrecht: „Hart im Raume stossen sich die Dinge.“ Wieder einmal haben wir den Fall vor uns, dass sich bedeutende Interessen widerstreiten. Auf der einen Seite haben wir die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues unserer Wasserkräfte, und wir stehen vor den wirtschaftlichen Interessen des Kantons Graubündens und des Unterengadins; auf der andern Seite haben wir das grosse ideelle Interesse an der unversehrten Erhaltung des Nationalparkes sowie an der Erhaltung der Schönheit der Innlandschaft. Wieder einmal müssen wir erkennen, dass wir uns aus diesem Dilemma nicht mit absoluten Forderungen, mit einseitigen Lösungen befreien können, sondern nur mit einer vernünftigen Abwägung der Interessen, mit einem loyalen Ausgleich.

Ich habe die Überzeugung, dass noch nie so sehr um diesen Ausgleich gerungen wurde wie im Falle, der uns beschäftigt, dass man aber auch noch nie so glücklich diesen Ausgleich gefunden hat. Früher hat man oft mit einem gewissen Recht der Technik vorgeworfen, sie sei einseitig, sie sehe nur die materia-

listischen Interessen. Aber wir dürfen wohl feststellen, dass die Technik inzwischen einiges gelernt hat. Gerade dieser Fall zeigt, dass die Technik auch andere Interessen sieht, dass die Technik zugunsten ideeller Werte verzichten kann, dass sie verzichten konnte auf die Stauung des Spöls im Nationalpark, auf die völlige Trockenlegung des Spöls, in letzter Stunde auf den Stausee Praspöl, ferner im Rahmen des kantonalen Projektes auf den Einbezug verschiedener Gewässer im Raume Schuls. Ich glaube, der Technik kann man heute mit Grund den Vorwurf der Einseitigkeit nicht mehr machen. Der Vorwurf der Einseitigkeit muss nun eher an die andere Seite gerichtet werden. Es sind allerdings nicht die massgebenden Leute des schweizerischen Naturschutzes, die heute nicht das Ganze sehen und nicht die in diesem Fall notwendige Abwägung der Interessen finden würden. Wir erkennen dies daraus, dass die berufenen Hüter unseres Nationalparkes, die Mitglieder der Nationalparkkommission, dieser heutigen Lösung einhellig zustimmen. Es gibt aber noch viele Leute im Lande herum, so zum Beispiel auch eine Lia Naira im Kanton Graubünden – sie hat sich neu gebildet –, die meines Erachtens den Vorwurf der einseitigen Betrachtungsweise verdienen, die man früher mit Recht der Technik gemacht hat. Es hat einer der führenden Leute dieser Lia Naira der Redaktion einer schweizerischen Tageszeitung kürzlich geschrieben, er sei stolz darauf, ein Fanatiker zu sein. Ich möchte diesen Herrn mit seinem Stolz stehen lassen. Aber ich glaube, den wahren Dienst am Lande haben noch nie die Fanatiker und die Eiferer geleistet, sondern diejenigen, die mit dem Gegner reden und die Interessen auszugleichen verstehen.

Es ist von jener Seite der Fanatiker, wenn ich sie so nennen darf, gelegentlich zum Ausdruck gebracht worden, der Bau weiterer Kraftwerke sollte grundsätzlich verhindert werden, denn überall stosse man sich nun mit den Interessen des Naturschutzes. Es wird von diesen Leuten – ich habe diesen Ton auch heute wieder von dieser Tribüne gehört – der Eindruck erweckt, als ob es beim Ausbau der Wasserkräfte nur um reines Profitstreben gehe, dem man alle ideellen Interessen opfere.

Ich glaube, es ist notwendig, dass wir hier die Gewichte wieder einmal richtigsetzen und wieder einmal darauf hinweisen, dass der weitere Ausbau unserer Wasserkräfte eine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit für unser Land ist. Wenn wir uns einmal überlegen, wie unsere Energiebilanz in der Schweiz aussieht, so können wir von diesen Zahlen sicher nicht ohne Bedenken Kenntnis nehmen. Der gesamte Rohenergieverbrauch der Schweiz im Jahre 1956 betrug rund 72 Milliarden Kilowattstunden und verteilte sich wie folgt auf die verschiedenen Energieträger: flüssige Brennstoffe 40%, Kohle 28,7%, Elektrizität, vorwiegend aus Wasserkraft gewonnen, nur 20,3%, Holz und Torf 7,4%, Gas 3,6%. Für mehr als 70% unseres Rohenergieverbrauches sind wir ausschliesslich von der Einfuhr aus dem Ausland abhängig. Wir sind in unserer Energieversorgung ausserordentlich verwundbar. Ich glaube, die Tage der Suezkrise haben uns das wieder einmal sehr deutlich vor Augen geführt.

Auf der andern Seite stehen wir der Tatsache gegenüber, dass der Verbrauch an elektrischer

Energie ständig im Zunehmen begriffen ist. Diese Zunahme hat in den letzten Jahren durchschnittlich über 7% im Jahr betragen. Trotzdem wir im Augenblick Kraftwerke in einem Ausmasse bauen wie nie zuvor, können diese neuen Kraftwerke diesen Steigerungsbedarf kaum decken. Wir gelten als das klassische Land der Elektrizität. Aber als klassisches Land der Elektrizität können wir heute unsern Bedarf an elektrischer Energie nicht mehr selber decken. Wir benötigen jedes Jahr grosse Einfuhren aus dem Ausland, vor allem in der Winterszeit, um den Bedarf unseres Landes decken zu können.

Herr Grendelmeier hat darauf hingewiesen, dass nicht mehr sehr viele Werke ausgebaut werden können. Das ist richtig. Man rechnet damit, dass bis in 25 Jahren alle wirtschaftlich nutzbaren Wasserkräfte in der Schweiz ausgebaut sein werden. Aber ich glaube, diesen Ausbau müssen wir noch vornehmen, wenn wir wirtschaftlich nicht in ganz schwierige Situationen kommen wollen.

Man hofft gerade in Kreisen des Naturschutzes sehr stark auf die Atomenergie, die diesen Zuwachsbedarf decken sollte. Aber es wird noch lange dauern, bis wir in der Schweiz die Atomenergie wirtschaftlich erzeugen können. Es wird nach dem massgebenden Urteil der Fachleute höchstens möglich sein, einigermaßen wirtschaftlich die Lücken zu decken, die heute mit der Einfuhr oder mit der thermischen Energie geschlossen werden. Aber kostenmässig wird sich die Atomenergie in absehbarer Zeit nie mit der Energie aus Wasserkraft vergleichen lassen. Wir müssen uns klar sein, dass wir auch bei der Gewinnung von Atomenergie wiederum für die Beschaffung der Rohstoffe auf das Ausland angewiesen sind und sich damit unsere Energiebilanz weiter verschlechtern wird.

Wenn wir den weiteren Ausbau der Wasserkräfte also verhindern wollen oder wenn wir auch nur wollen, was der Bundesrat in seinen Richtlinien zur Begrenzung der Investitionstätigkeit gesagt hat, dass man nämlich eine zeitliche Streckung der Finanzierung und des Ausbaues der Kraftwerke in Kauf nehmen müsse, oder wenn wir Herrn Professor Böhler folgen wollen, der vor wenigen Tagen in einem Vortrag in Basel erklärt hat, man werde einmal froh sein über nichtgebaute Kraftwerke, dann sollte man so ehrlich sein, dem Volke auch die Konsequenzen einer solchen Haltung offen darzulegen: Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass wir dann den Zuwachsbedarf an elektrischer Energie nicht mehr werden decken können und dass unser Volk in den nächsten 10–20 Jahren regelmässig mit Einschränkungen des Energieverbrauches während der Winterszeit wird rechnen müssen. Das mag für den Verbrauch im Haushalt kein grosses Unglück bedeuten, wenn man zum Beispiel den Boiler nur am Samstag und am Sonntag einschalten darf. Aber für unsere Wirtschaft hat es ganz gewaltige Folgen, gewaltige wirtschaftliche und gewaltige soziale Folgen. Es bedeutet eine grosse Einbusse an Produktion, und es bedeutet unter Umständen Arbeitslosigkeit im Winter in sehr namhaftem Ausmasse. Es ist mir bekannt, dass zum Beispiel eine grosse schweizerische Industrie, die für unsere Wirtschaft als Basisindustrie sehr wichtig ist, für den nächsten Winter bei weitem noch nicht weiss, wie sie ihren Energiebedarf

decken soll. Wenn sie ihn nicht decken kann, werden Arbeitslosigkeit und Stockungen in der Versorgung anderer Industrien die Folge sein.

Ich glaube, bei Betrachtung dieser Situation können wir es uns wirtschaftlich nicht leisten, auf den Ausbau grosser Wasserkräfte zu verzichten, grosser Wasserkräfte, wie sie dieses Innprojekt nun darstellt, das eine Produktion von 1,5 Milliarden Kilowatt erreichen soll. Das ist siebenmal die Produktion des Werkes Rheinau – über das ja in diesem Saale auch viel gesprochen worden ist –, es ist eine grössere Produktion als sie das gewaltige Werk der Grande Dixence erreichen wird, es ist genau die gleiche Produktion, wie sie das grösste Flusskraftwerk erreichen wird, das heute in Europa im Bau ist, das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug an der Donau. Es ist wahrscheinlich das grösste Werk, das in der Schweiz noch gebaut werden kann. Wenn wir auf dieses Werk verzichten müssten, wäre dies für die Zukunft ein ganz wesentlicher Ausfall in unserer Energieversorgung.

Daneben darf man aber sicher auch die wirtschaftlichen Interessen des Kantons Graubünden, des Unterengadins nicht übersehen und nicht bagatellisieren. Das Unterengadin ist wirtschaftlich in einer sehr schwierigen Lage. Ich darf mir einbilden, diese Situation etwas zu kennen. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass wegen der Abgelegenheit und wegen der überhöhten Tarife eine Industrialisierung dieses Gebietes praktisch kaum möglich sei. Wir haben aus diesem Grunde in diesen Gebieten eine ausgesprochene Landflucht, über die Sie vielleicht Herren aus dem Kanton noch näher orientieren werden. Die Leute laufen weg, ganze Höfe werden verlassen. Ich glaube, den Leuten die Möglichkeit zu geben, bei einem anständigen Auskommen auf ihrer Scholle zu bleiben, das ist auch Heimatschutz, und das ist in erster Linie Wahrung des Romanentums, Freund Urs Dietschi! Die einzige wirksame Möglichkeit, den Leuten des Unterengadins ihre wirtschaftliche Situation etwas verbessern zu helfen, ist der Betrieb dieser Kraftwerke, der ziemliche Beträge in diese Gemeinden bringen wird, die sich diese Gemeinden auf andere Weise nie werden beschaffen können und die auch niemals mit einer Entschädigung für den Nationalpark werden kompensiert werden können, wie sie sich die Lia Neira erträumt und die ja wahrscheinlich nur den Nationalparkgemeinden und nicht den andern Gemeinden zukommen könnte. Ich hätte den Mut nicht, den Unterengadiner Gemeinden diese Hilfe zu versagen, um so weniger, als der Bundesrat ihnen diese Hilfe im Zusatzvertrag von 1920 ausdrücklich versprochen hat.

Im Gegensatz zu meinen beiden Vorrednern habe ich gar keinen Zweifel daran, dass dieser Vertrag von 1920 rechtlich verbindlich und bindend ist. Herr Grendelmeier ist über diese Frage sehr apodiktisch hinweggegangen. Ich habe sonst alle Hochachtung vor seinen juristischen Qualitäten, aber ich hatte schon bei der Rheinaudebatte den Eindruck, wenn es um Naturschutzdinge gehe, dann brenne bei ihm das Herz des Naturschützers mit dem Kopf des Juristen durch.

Herr Lejeune hat sich bemüht, die juristischen Fragen im einzelnen aufzuzählen und die Auffassung, der auch Herr Grendelmeier gefolgt ist, zu

begründen. Ich kann aber auch dieser Begründung nicht folgen; denn ich glaube, es ist falsch zu sagen, mit dem Bundesbeschluss von 1914 habe man die absolut unversehrte Erhaltung des Gebietes des Nationalparkes beschlossen. Damals sind sehr grosse Vorbehalte gemacht worden, und deren Konkretisierung ist nicht dem Bundesbeschluss, sondern dem Bundesrat vorbehalten worden. Es ist falsch, heute zu behaupten, der Nationalpark müsse nach dem Sinn dieses Beschlusses absolut ungeschmälert erhalten werden. Wir haben sehr viele Eingriffe dulden müssen bei der Schaffung des Parkes in bezug auf Alpengang, Waldnutzung, Jagd, sogar in bezug auf die Verkehrsmittel, so dass solche Einschränkungen von Anfang an bestanden haben. Wenn man damals nicht über die Wassernutzung gesprochen hat, so heisst das nicht, dass damals die Gemeinden auf die Nutzung ihrer Wasserkräfte im Nationalpark verzichtet haben. Ich glaube, eines ist sicher: dass der Nationalpark nie zustande gekommen wäre, wenn man damals den Gemeinden die Bedingung gestellt hätte, dass die Wasserkräfte niemals ausgenutzt werden dürften. Ich glaube, wir dürfen dieses Versprechen, das man gegeben hat, heute nicht brechen, und es wäre auch ein Unrecht, es nachträglich durch eine Verfassungsinitiative brechen zu wollen.

Hier setzt nun meines Erachtens die Interessenabwägung ein. Der Augenschein hat gezeigt, dass wohl ein bedauerlicher Eingriff in die Nationalparklandschaft in Kauf genommen werden muss, dass dieser Eingriff bei den gemachten Konzessionen aber doch nicht so bedeutend ist, dass man deswegen alle wirtschaftlichen Interessen opfern müsste. Die Opposition richtet sich ja auch weniger gegen die Nutzung des Spöls, als gegen die Nutzung des Inn, die ja nicht unser Anliegen ist, sondern rein in die kantonale Konzessionshoheit fällt. Wir haben aber auf der andern Seite den Vorteil der Kompensation. Ich will nicht darauf eingehen, ob es sich um eine Erweiterung des Parkes oder um Realersatz handle; territorial handelt es sich gewiss um eine Erweiterung, die wir erreichen können. Wir können vor allem das wichtige Reservat S-charl bewahren, das sonst ohne Zweifel verloren wäre, wenn wir das Unterengadin brüskieren. Ich glaube, es wäre dem Nationalpark auch nicht gedient, wenn ihm inskünftig die Bevölkerung des Unterengadins feindselig gesinnt wäre. Wir haben ein Interesse daran, dass auch das Volk des Unterengadins, bei dem unser Nationalpark liegt, positiv zum Nationalpark eingestellt ist.

Schliesslich müsste auch Italien, wenn wir diesen Vertrag verwerfen wollten, es als eine Brüskierung empfinden, die nicht ohne Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu diesem Land, aber auch auf unseren Nationalpark bleiben würde. Wir dürfen nicht übersehen, dass uns Italien bei der Ausnutzung der Wasserkräfte im Valle di Lei sehr weit entgegengekommen ist; wir dürfen auch nicht übersehen, dass in diesen Verhandlungen über den zur Beratung stehenden Staatsvertrag Italien weitgehend auf seine ursprünglichen Forderungen bezüglich der Nutzung am Spöl verzichtet hat. Italien hat ebenfalls Not an elektrischer Energie und daher am Anfang die Forderung gestellt, man möchte ihm gestatten, 300 Millionen Kubikmeter vom

Spöl abzuleiten, nicht nur rund 90 Millionen Kubikmeter, wie nun vorgesehen ist. Was wird Italien tun, wenn wir ihm diesen Vertrag vor die Füsse werfen, in dem es uns weitgehend entgegengekommen ist? Es kann den Spöl ableiten, und zwar in grösserem Ausmasse, als es in diesem Vertrag vorgesehen ist. Was können wir dann tun? Wir können den alten Schiedsgerichtsvertrag mit Italien anrufen. Aber wie langsam ein solches Schiedsgericht spielt, wissen wir, und wir könnten nicht verhindern, dass Italien faits accomplis schaffte, die nicht mehr rückgängig zu machen wären. Es muss mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass kein internationaler Rechtssatz besteht, gestützt auf welchen wir Italien daran hindern könnten, den Spöl ganz oder in grösserem Masse als vorgesehen abzuleiten. Die Herren, die hier über diese Frage gesprochen und gesagt gaben, sie könnten das nicht anerkennen, übersehen, dass das ein Wunsch, eine Theorie ist, dass aber kein verbindlicher Völkerrechtssatz besteht, der das tatsächlich verbieten würde. Der grosse englische Völkerrechtslehrer Smith hat einmal gesagt, in der Völkerrechtsliteratur sei „kein Fehler häufiger als die eingefressene Tendenz, das wünschenswerte Recht mit dem bestehenden zu verwechseln“. Das wird auch hier getan. Ich sage damit den Italienern nichts, was sie nicht ohnehin wüssten.

Zusammenfassung: Die wirtschaftlichen Interessen am Ausbau dieses Werkes sind gross; auf der andern Seite sind die Eingriffe erträglich und werden teilweise kompensiert durch die Erweiterung des Nationalparkes. Mit der Ableitung müssten wir immer rechnen, wahrscheinlich sogar mit einer grösseren, als sie dieser Vertrag vorsieht, und es scheint mir daher im wohlverstandenen Interesse des Landes, aber auch des Nationalparkes zu liegen, wenn wir diesem Vertrag zustimmen.

Meier-Netstal: Der Zufall wollte es, dass ich, weil Herr Kollege Aebersold erkrankte, als Mitglied in diese Kommission gewählt wurde. Vorher hatte ich für mich die Auffassung gebildet, dass das Spölwerk unter allen Umständen verhindert werden sollte, weil wir Verpflichtungen eingegangen seien, den Nationalpark ungeschmälert zu erhalten. Als ich aber mit dieser Kommission dort stand, wo bei Ova Spin der Stausee und bei Punt dal Gall die Staumauer in der Höhe von 140 m hinkommen sollte, musste ich mich davon überzeugen, dass der Eingriff in den Nationalpark lange nicht so gravierend ist, wie es von gewisser Seite dargetan wird. Weil ich eine gewisse Verantwortung und mit den Freunden des Natur- und Heimatschutzes enge Beziehungen hatte, studierte ich die Frage noch einmal richtig. Die eingefleischten Naturschützer denken nur an den Nationalpark, an das Stückchen Wasser, das von Punt dal Gall bis Zernez fliesst, nicht aber an den ganzen Lauf des Wassers von der Quelle bis ins Meer. Wenn wir schon Naturschützer sein wollen, so dürfen wir nicht nur ein kleines Teilstück eines Flusses herausnehmen und dieses schützen, sondern wir müssen den ganzen Lauf des Wassers gesund erhalten. Was hat die Zivilisation mit den Flüssen gemacht? Alle unsere Flüsse und Seen sind verunreinigt. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass diese Flussläufe möglichst gesund

sind. Da gibt es nichts Besseres, als wenn wir im Hochland, in den Alpen grosse Stauwerke errichten, die das gesunde Wasser bei normalem Ablauf den Flüssen wieder zuführen. Sie wissen, wieviel Industrieschmutzwasser und wieviel Kanalisationswasser in die Flüsse befördert wird. Daher sind alle Flüsse und Seen krank. Wenn wir das Schmelzwasser oder das Wasser, das bei grossen Gewittern anfällt, in Staubecken sammeln und es allmählich den Flüssen wieder zuführen können, tun wir im Sinne des Naturschutzes mindestens so viel wie jene, die nur ein Stück Wasserlauf unberührt lassen wollen. Wir sind es auch den Unterliegern schuldig, dass wir ihnen ein grosses Quantum gesundes Wasser zuführen.

Ich habe die in Frage stehende Gegend etwas besichtigt. Sie alle kennen das Engadin, aber wahrscheinlich nicht alle das Einzugsgebiet des Spöls. Von Zernez bis zu den Berninahäusern ist ungefähr dieselbe Strecke, die das Einzugsgebiet auf der andern Seite als Paralleltal einnimmt. Der See bei Punt dal Gall wird in eine Schlucht verlegt, wo nicht einmal einige Schafe genügend Nahrung finden könnten. Alle Mitglieder der Kommission kamen zur Überzeugung, dass an diesem Ort ein See nur dazu beitragen könne, dass die Gegend landschaftlich gewinnt. Wir gönnen es den Livignotalbewohnern, wenn sie von diesem See einigen Nutzen ziehen können. Viele Bürger glauben, dass für die Unterengadiner Dörfer kein grosser Nutzen entstehen werde. Ich habe hier eine andere Auffassung. Ich bin schon am Sonntag ins Unterengadin gefahren und habe die Gegend des Inn etwas angesehen. Nicht die unberührte Natur allein ist für mich schön, sondern auch die bearbeitete Natur. Die schönen Matten und Felder im Unterengadin sind deswegen so schön grün und freundlich anzusehen, weil Leute auf einem Heimwesen wohnen und diese Matten und Felder bearbeiten. Nun ist aber die Existenz dieser Leute sehr gefährdet. Ich habe mit einigen Bauern, die beim Emden waren, gesprochen. Ich fragte sie, warum sie hier auf dieser Anhöhe noch Gerste anpflanzen, das sei doch gewiss nicht rentabel. Sie erwiderten mir: Ja wissen Sie, wir bekommen dafür Anbauprämien; das ist Bargeld. Wir bekommen dafür auch etwas Stroh; wir haben ja keine Laubbäume, sondern nur Nadelholz. Wir müssen, um unserem Vieh etwas unter den Körper legen zu können, Kriessnadeln verwenden, und dann haben wir einen ganz spärlichen Misthaufen. Wenn die Leute Stroh kaufen und daraus Mist machen könnten, würde diese Gegend wahrscheinlich viel ertragreicher werden. Jeder Franken, der mittels der Industrie in diese Gebirgstäler gepumpt wird, bedeutet eine grosse Hilfe. Darum glaube ich, dass es notwendig ist, dieses Werk zu bauen. Wenn die Industrie die Gewässer weniger ausnützen kann, hat auch das Unterland keinen Nutzen.

Als Glarner weiss ich, was die Wasserkräfte bedeuten. Bevor man überhaupt die Elektrizität kannte und nur das Wasserrad als Triebkraft verwendete, konnte sich der Kanton Glarus entwickeln. Als die Elektrizität kam, standen die Fabriken bereits da und der Kanton Glarus konnte sich so als Industriegegend erhalten. Ohne das Wasserrad und die nachfolgende Industrie wäre das Glarnerland ein sehr armes Tal. Ich weiss aus eigener Erfahrung,

an Hand unserer kantonalen Finanzen, wie froh wir sind, dass einige Gemeinden Vermögen haben und so der Gebirgsbevölkerung helfen können, ihre Bergbäche zu verbauen, ihre Alpställe zu sanieren, ihre Strassen und Weganlagen zu errichten. Ohne leistungsfähige Industrie ist es der Schweiz nicht möglich, den Bergbauern zu helfen. Darum können wir die Bedenken, die geltend gemacht werden, man müsse die Natur hier unberührt lassen, leider nicht berücksichtigen. Mit der Bewilligung des Ausbaus des Spöls dienen wir dem Tal selber. Wir dienen der ganzen Eidgenossenschaft, namentlich den notleidenden Leuten im Gebirge. Ich möchte Ihnen empfehlen, dieser Vorlage zuzustimmen.

Akeret: Gestatten Sie mir, mich noch ganz kurz zur Frage des Vorgehens, zum demokratischen Prozedere, zu äussern. Soll zuerst dieser Staatsvertrag mit Italien abgeschlossen werden, oder sollen wir zuerst den Bundesbeschluss von 1914 über die Errichtung des Nationalparks abändern? Es gibt, wie Sie wissen, Volkskreise, die sich mit einer Opferung des Spöls und einer Schwächung des Nationalparkgedankens nicht abfinden können. Hinter der Gründung des Nationalparks stand, wie seinerzeit auch von höchster Stelle in diesem Saale ausgeführt wurde, eine grosse Idee und eine nationale Bewegung. Der ursprüngliche Sinn des Bundesbeschlusses von 1914 war der, eine Totalreservation zu schaffen, wo die ganze Tier- und Pflanzenwelt ihrer freien natürlichen Entwicklung überlassen bleiben sollte. Man sprach damals von einem unantastbaren Nationalheiligtum des Schweizervolkes, dem Rütli vergleichbar; dessen eigentlicher Sinn, von Ausnahmen abgesehen, die völlige Unberührtheit und Natürlichkeit der Landschaft sei. Dieser ursprüngliche Sinn des Nationalparks kann nun aber bei einer Inanspruchnahme des Spöls im Nationalpark für die Kraftnutzung nicht mehr völlig erfüllt werden. Es findet hier ein Einbruch in die Substanz des Nationalparks statt, die dem Sinn und Geist des Bundesbeschlusses von 1914 widerspricht. Man kann wohl einwenden, der Eingriff sei im Verhältnis zum Gesamtgebiet des Parks tragbar, und ich möchte keineswegs behaupten, dass der Nationalpark durch das Spölabkommen zerstört würde. Ich muss gestehen, dass ich früher ebenfalls glaubte, hier einen Kompromiss finden zu können, doch stellt man bei näherem Zusehen fest, dass hier der Hauptfluss des Nationalparks geopfert werden muss, dass ein selten schönes und wildes Gebirgswasser – darin waren wir uns in der Kommission alle einig – auf der Strecke von Punt dal Gall bis zum Ausgleichsbecken Ova Spin zu einem zahmen Rinnsal degradiert wird und damit auch der wissenschaftlichen Forschung teilweise entzogen wird. Fliessendes und sprudelndes Wasser gehört schliesslich zum Bild unserer Alpentäler. Es ist ein Unterschied, ob bei Punt dal Gall noch 6 Kubikmeter bei mittlerer Wasserführung hinabfliessen oder eine bescheidene Restwassermenge von 0,5 bis 1 Kubikmeter.

Die Rechtsgültigkeit der Vereinbarung von 1920 ist bestritten und leider nie durch ein unabhängiges Gericht abgeklärt worden. Tatsache ist aber, dass beim Abschluss des Nachtrages von 1920 die beiden andern Vertragspartner im Nationalpark (der

Schweizerische Bund für Naturschutz und die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft) nicht begrüsst worden sind, obgleich sich der Bund verpflichtet hatte, ihnen ein bestimmtes, genau abgegrenztes Gebiet zur Verfügung zu stellen. Der Bundesrat war damals lediglich ermächtigt, weitere gleichartige Dienstbarkeitsverträge abzuschliessen, die im ursprünglichen Zweck des Parks liegen, nicht aber solche, die dessen Substanz schmälern und die Totalreservation einengen. Die Ausnahmen von der Totalreservation – das muss gegenüber einigen Vordnern festgehalten werden – wurden im Dienstbarkeitsvertrag abschliessend aufgezählt. Ich will indessen offen lassen, ob die Gemeinde Zernez auf ihre Wasserrechte am Spöl verzichtet hat. Hat sie es nicht, so sollte, um den Nationalpark im ursprünglichen Sinn unverfälscht zu erhalten, dieser Verzicht auf die Nutzung des Spöls unter Zuerkennung einer entsprechenden Entschädigung noch nachgeholt und in einem neuen Bundesbeschluss verankert werden, bevor wir diesen Staatsvertrag abschliessen. Ich stosse mich daran – und mit mir noch viele andere –, dass wir heute dieses Abkommen mit Italien beschliessen sollen, bevor wir internschweizerisch die Frage der Nutzung des Spöls im Nationalpark auf rechtlich einwandfreie und demokratische Weise erledigt haben. Also: zuerst Neufassung des Nationalparkstatuts und des Bundesbeschlusses aus dem Jahre 1914, der in bezug auf die Entschädigungen an die Gemeinden ohnehin schon längst überholt ist, und erst, wenn die Revision des Bundesbeschlusses von 1914 unter Einfügung der Referendums Klausel erfolgt ist, Abschluss des Staatsvertrages mit Italien. Ein anderes Vorgehen wird in weiten Volkskreisen als Affront und Vorwegnahme eines wichtigen Entscheides über das weitere Schicksal des Nationalparkes empfunden. Ich befinde mich mit dieser Auffassung nicht allein und möchte an die Ausführungen von Kollega Urs Dietschi und an die Meinungsäusserungen des verstorbenen Bundesrats Häberlin sowie von Ständerat Altwegg erinnern.

Die Frage ist nun allerdings obsolet geworden durch die Einreichung einer Nationalparkinitiative. Durch diese Initiative ist eine neue Situation entstanden. Sie will einen Volksentscheid über das weitere Schicksal des Nationalparkes herbeiführen unter Ansetzung einer angemessenen Entschädigung an die Unterengadiner Gemeinden für die im Bestande des Nationalparkes begründeten Nachteile. Das Schweizervolk soll sich darüber aussprechen können, ob es eine ungeschmälerte Erhaltung des Nationalparkes, den Spöl inbegriffen, will, unter Auferlegung bedeutender Opfer an den Bund, oder ob es dem Kompromiss, der Verständigungslösung den Vorzug gibt. Es herrscht kein Zweifel, dass die Initiative zustande kommen wird. Sie wird von namhaften Vertretern des schweizerischen Geisteslebens unterstützt, so von Meinrad Inglin, Gonzagne de Reynold, Professor Grin, Rektor der Universität Lausanne, und angesehenen Persönlichkeiten des Unterengadins, besonnene Leute, die nicht als Fanatiker bezeichnet werden können. Wird der Staatsvertrag in den nächsten Monaten abgeschlossen und ratifiziert, so ergibt sich wiederum die unerfreuliche Situation wie bei Rheinau: Initiative gegen Staatsvertrag! Daraus entstehen

rechtliche und politische Komplikationen, die vermieden werden sollten. Ich bitte daher den Hohen Bundesrat dringend, dieser Situation alle Aufmerksamkeit zu schenken und das Spölabkommen mit Italien nicht zu ratifizieren bevor das Schweizervolk zur Nationalparkinitiative Stellung genommen hat. Wird die Initiative angenommen oder verworfen, so steht der Weg für einen neuen Staatsvertrag mit Italien unter Einbezug oder Ausschluss der Spölnutzung im Nationalpark frei. Andernfalls besteht die Möglichkeit, die Gefahr, dass gegen den Staatsvertrag das Referendum ergriffen wird, um ein fait accompli abzuwehren. Ich kann daher unter den heutigen Umständen dem vorliegenden Abkommen nicht zustimmen und bitte jene Ratskollegen, die mit mir die Bedenken in bezug auf das Vorgehen teilen und einen Volksentscheid über den Nationalpark befürworten, ein Gleiches zu tun.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

Vormittagssitzung vom 27. September 1957
Séance du 27 septembre 1957, matin

Vorsitz – Présidence: Herr Condrau

7438. Nutzbarmachung des Spöls.
Vereinbarung mit Italien
Utilisation de la force hydraulique du Spöl.
Convention avec l'Italie

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 765 hiervor – Voir page 765 ci-devant

Allgemeine Beratung – Discussion générale

Sprecher: Nachdem gestern die Auseinandersetzung um die Frage der Nutzbarmachung des Spöls angehoben hat, ist es sicherlich richtig, wenn auch die Stimme der direkt beteiligten Region hier zum Ausdruck kommt. Ich möchte mich dieser Aufgabe unterziehen, indem ich meinen Ausführungen zunächst einmal den Dank vorausschicke, den Dank an den Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartementes, aber auch an das Eidgenössische Wasserwirtschaftsamt mit seinen Beamten, eine Auseinandersetzung, die nun über ein Jahrzehnt angedauert hat, mit der glücklichen Gestaltung des vorliegenden Staatsvertrages gekrönt zu haben. Ich möchte aber diesem Dank einen weiteren anfügen, allen Persönlichkeiten gegenüber, die Sorge um die Schönheiten unserer Heimat äusserten, ohne letzten Endes in ihren Schlussfolgerungen mit ihnen übereinstimmen zu können, weil ich der Überzeugung bin, dass wir diese Mahner immer wieder notwendig haben, um einen allzu machtvollen Anspruch der Technik in Schranken zu halten. Wenn ich dieses Bekenntnis ablege, möchte ich sagen, dass meine innere und eigene Einstellung ein gewisses Stück des Weges mit diesen Reserven und Mahnern zurücklegen kann. Aber ich glaube, es geht nicht nur darum,

Nutzbarmachung des Spöls. Vereinbarung mit Italien

Utilisation de la force hydraulique du Spöl. Convention avec l'Italie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1957
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	7438
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1957
Date	
Data	
Seite	765-781
Page	
Pagina	
Ref. No	20 036 378

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Schweizerische Bund für Naturschutz und die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft) nicht begrüsst worden sind, obgleich sich der Bund verpflichtet hatte, ihnen ein bestimmtes, genau abgegrenztes Gebiet zur Verfügung zu stellen. Der Bundesrat war damals lediglich ermächtigt, weitere gleichartige Dienstbarkeitsverträge abzuschliessen, die im ursprünglichen Zweck des Parks liegen, nicht aber solche, die dessen Substanz schmälern und die Totalreservation einengen. Die Ausnahmen von der Totalreservation – das muss gegenüber einigen Vordnern festgehalten werden – wurden im Dienstbarkeitsvertrag abschliessend aufgezählt. Ich will indessen offen lassen, ob die Gemeinde Zernez auf ihre Wasserrechte am Spöl verzichtet hat. Hat sie es nicht, so sollte, um den Nationalpark im ursprünglichen Sinn unverfälscht zu erhalten, dieser Verzicht auf die Nutzung des Spöls unter Zuerkennung einer entsprechenden Entschädigung noch nachgeholt und in einem neuen Bundesbeschluss verankert werden, bevor wir diesen Staatsvertrag abschliessen. Ich stosse mich daran – und mit mir noch viele andere –, dass wir heute dieses Abkommen mit Italien beschliessen sollen, bevor wir internschweizerisch die Frage der Nutzung des Spöls im Nationalpark auf rechtlich einwandfreie und demokratische Weise erledigt haben. Also: zuerst Neufassung des Nationalparkstatuts und des Bundesbeschlusses aus dem Jahre 1914, der in bezug auf die Entschädigungen an die Gemeinden ohnehin schon längst überholt ist, und erst, wenn die Revision des Bundesbeschlusses von 1914 unter Einfügung der Referendums Klausel erfolgt ist, Abschluss des Staatsvertrages mit Italien. Ein anderes Vorgehen wird in weiten Volkskreisen als Affront und Vorwegnahme eines wichtigen Entscheides über das weitere Schicksal des Nationalparkes empfunden. Ich befinde mich mit dieser Auffassung nicht allein und möchte an die Ausführungen von Kollega Urs Dietschi und an die Meinungsäusserungen des verstorbenen Bundesrats Häberlin sowie von Ständerat Altwegg erinnern.

Die Frage ist nun allerdings obsolet geworden durch die Einreichung einer Nationalparkinitiative. Durch diese Initiative ist eine neue Situation entstanden. Sie will einen Volksentscheid über das weitere Schicksal des Nationalparkes herbeiführen unter Ansetzung einer angemessenen Entschädigung an die Unterengadiner Gemeinden für die im Bestande des Nationalparkes begründeten Nachteile. Das Schweizervolk soll sich darüber aussprechen können, ob es eine ungeschmälerte Erhaltung des Nationalparkes, den Spöl inbegriffen, will, unter Auferlegung bedeutender Opfer an den Bund, oder ob es dem Kompromiss, der Verständigungslösung den Vorzug gibt. Es herrscht kein Zweifel, dass die Initiative zustande kommen wird. Sie wird von namhaften Vertretern des schweizerischen Geisteslebens unterstützt, so von Meinrad Inglin, Gonzagne de Reynold, Professor Grin, Rektor der Universität Lausanne, und angesehenen Persönlichkeiten des Unterengadins, besonnene Leute, die nicht als Fanatiker bezeichnet werden können. Wird der Staatsvertrag in den nächsten Monaten abgeschlossen und ratifiziert, so ergibt sich wiederum die unerfreuliche Situation wie bei Rheinau: Initiative gegen Staatsvertrag! Daraus entstehen

rechtliche und politische Komplikationen, die vermieden werden sollten. Ich bitte daher den Hohen Bundesrat dringend, dieser Situation alle Aufmerksamkeit zu schenken und das Spölabkommen mit Italien nicht zu ratifizieren bevor das Schweizervolk zur Nationalparkinitiative Stellung genommen hat. Wird die Initiative angenommen oder verworfen, so steht der Weg für einen neuen Staatsvertrag mit Italien unter Einbezug oder Ausschluss der Spölnutzung im Nationalpark frei. Andernfalls besteht die Möglichkeit, die Gefahr, dass gegen den Staatsvertrag das Referendum ergriffen wird, um ein fait accompli abzuwehren. Ich kann daher unter den heutigen Umständen dem vorliegenden Abkommen nicht zustimmen und bitte jene Ratskollegen, die mit mir die Bedenken in bezug auf das Vorgehen teilen und einen Volksentscheid über den Nationalpark befürworten, ein Gleiches zu tun.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

Vormittagssitzung vom 27. September 1957
Séance du 27 septembre 1957, matin

Vorsitz – Présidence: Herr Condrau

7438. Nutzbarmachung des Spöls.
Vereinbarung mit Italien
Utilisation de la force hydraulique du Spöl.
Convention avec l'Italie

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 765 hiervor – Voir page 765 ci-devant

Allgemeine Beratung – Discussion générale

Sprecher: Nachdem gestern die Auseinandersetzung um die Frage der Nutzbarmachung des Spöls angehoben hat, ist es sicherlich richtig, wenn auch die Stimme der direkt beteiligten Region hier zum Ausdruck kommt. Ich möchte mich dieser Aufgabe unterziehen, indem ich meinen Ausführungen zunächst einmal den Dank vorausschicke, den Dank an den Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartementes, aber auch an das Eidgenössische Wasserwirtschaftsamt mit seinen Beamten, eine Auseinandersetzung, die nun über ein Jahrzehnt angedauert hat, mit der glücklichen Gestaltung des vorliegenden Staatsvertrages gekrönt zu haben. Ich möchte aber diesem Dank einen weiteren anfügen, allen Persönlichkeiten gegenüber, die Sorge um die Schönheiten unserer Heimat äusserten, ohne letzten Endes in ihren Schlussfolgerungen mit ihnen übereinstimmen zu können, weil ich der Überzeugung bin, dass wir diese Mahner immer wieder notwendig haben, um einen allzu machtvollen Anspruch der Technik in Schranken zu halten. Wenn ich dieses Bekenntnis ablege, möchte ich sagen, dass meine innere und eigene Einstellung ein gewisses Stück des Weges mit diesen Reserven und Mahnern zurücklegen kann. Aber ich glaube, es geht nicht nur darum,

eine persönliche Meinung zu äussern. Wir können diese Frage nicht nur vom Standpunkt des Ferienreisenden aus beurteilen. Sie ist zu beantworten auch von den Sorgen der Regionen her; es ist weiter der Mensch einzubeziehen, und letztlich ist auch altüberkommenes Recht zu berücksichtigen, d. h. dass wir uns nie egozentrisch mit dieser Frage auseinandersetzen, dass wir die Dimensionen und Relationen nie aus den Augen verlieren dürfen. Eine solche Einstellung wird uns davor bewahren, hüben und drüben allzu stark zu übertreiben.

In der sich vollziehenden Auseinandersetzung kommt aber auch ein Stück Tragik bündnerischer Geschichte und Wirtschaft zum Ausdruck. Das Schicksal hat uns in einer peripheren Gegend des Landes abgesetzt. Zugleich aber will man uns daran hindern, die wenigen Reichtümer dieses ohnehin kärglichen Landes zu nutzen. Sie haben mit angehört, welche Sorgen das Wasser uns Bündnern verursacht und wie unheimlich schleppend es geht, bis man uns einen Teil dieser Sorgen abzunehmen bereit ist. Dafür aber sollen wir darauf verzichten, am Segen, den diese Wasser spenden können, teilzuhaben. Sicher haben die Bündner es sich selbst nicht immer leicht gemacht. Nachdem aber nun innere Einigkeit besteht, fällt man uns von aussen her in den Arm. Man kritisiert im Zusammenhang mit einem Postulat unsere Engstirnigkeit und den Mangel, für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes Verständnis aufzubringen, und heute bezieht man uns eines unverzeihlichen Materialismus und der Preisgabe aller ideellen Werte.

Wir werden unbeirrt und ungeachtet dieser Kritik unseren Weg gehen, einen Weg, der sich klar mit den Elementen der bündnerischen Wassernutzung deckt. Das eine ist die Selbsthilfe. Es ist nämlich wenig erhebend für uns, wenn während einer Session immer wieder von der bündnerischen Bedürftigkeit die Rede ist. Selbsthilfe aber bedeutet Realisierung der rationellsten und wirtschaftlichsten innerbündnerischen Lösungen.

Das zweite Element ist die möglichste oder sogar totale Schonung des Antlitzes der Heimat. Es muss in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass wir uns daran gehalten haben, lange bevor „epochale Erfindungen“ wie die Lia Naira und das Rheinaukomitee gemacht worden sind. Wir haben uns mit diesen Fragen immer wieder auseinandergesetzt, und wir haben lange bevor diese Kreise ihre Tätigkeit entfaltetem allein einem gewaltigen Druck standgehalten, um den Einstau von Tälern und Dörfern zu verhindern, und wir sind damals trotz materieller Notlage den Verlockungen des Mammons nicht erlegen.

Diesen Motiven sind wir treu geblieben, auch dort, wo man uns heute beinahe des Verrates bezichtigt. Deshalb ist es notwendig, in der parlamentarischen Beratung einige Dinge festzuhalten. Ich darf vielleicht festhalten, dass entgegen den Ausführungen von gestern, um einen unverdächtigen Zeugen zu zitieren, mein Vormann, Herr Kollege Grendelmeier, beim Augenschein selber festgestellt hat, dass Spöl und Rheinau sich in keiner Weise vergleichen lassen, dass hier an der Natur nichts verschandelt wird, dass kein kranker Fluss entsteht und auch die Ästhetik nirgends verletzt worden ist.

Ich frage mich: Was bleibt dann noch, abgesehen von einer Rechthaberei, die in unseren Augen an Sturheit zu grenzen beginnt? Wir dürfen wohl weiter festhalten, dass die Frage der Überleitung äusserst glücklich geregelt werden konnte, indem die Nutzungssysteme der beteiligten Werke nicht mehr zusammenhängen, sondern für den Teil des Wassers, der Italien überlassen wird, ihm eine Fläche des natürlichen und politisch zugehörigen Einzugsgebietes zugewiesen wurde.

Es ist gestern wiederholt die Frage nach den langfristigen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung gestellt worden. Wir haben die Möglichkeit, diese langfristigen Auswirkungen einigermaßen abzuschätzen. Ich möchte daran erinnern, dass Graubünden über ein Kraftwerk verfügt, das nun über 50 Jahre alt ist, die Brusiowerke, die in einer Art genutzt werden, die weit über das hinausgeht; was im Engadin heute vorgesehen ist. Sie können im Puschlav keine klimatischen Veränderungen feststellen. Das ist ein Testfall, der es uns erleichtern sollte, mit diesen Bedenken fertig zu werden.

Aber auch die Stimme des Wissenschafters äussert sich positiv.

Ein Wissenschaftler von europäischem Ruf hat über die mit dem Nationalpark zusammenhängenden Fragen ein Gutachten abgegeben, nämlich Professor Braun-Blanquet, der Direktor des Geobotanischen Institutes in Montpellier. Ich möchte hier einige Sätze aus diesem Gutachten zitieren, um Ihnen zu zeigen, wie der sicher nicht in Zweifel zu ziehende Wissenschaftler die Frage sieht. Professor Braun stellt fest, dass der absolute Naturschutz neben dem rein ideellen und ästhetischen auch wissenschaftlichen Gewinn verspricht und es gelte, ihm als einer Idee nachzustreben. Professor Braun stellt aber zugleich die Frage, ob sich dieses Ideal in einem dicht bevölkerten Lande auch verwirklichen lasse. Er kommt zum Schluss, dass diese kompromisslose Einstellung zum Nationalpark überhaupt nie möglich war. Er schreibt sodann: „Schon bei der Gründung des Schweizerischen Nationalparks im Unterengadin mussten nicht geringe und auch die wissenschaftliche Bearbeitung des Parkes beeinträchtigende Konzessionen in Kauf genommen werden.“

„In jeder Hinsicht ganz besonders unerfreulich war und ist der ständig zunehmende Autoverkehr auf der Passstrasse, die nicht nur von einem breiten Staubgürtel, sondern stellenweise von Speiseresten, Papier und Schlimmerem begleitet wird.“

„Störend wirken auch gewisse Weiderechte und ferner das ausgezeichnete Fuornhotel im Herzen des Parkes mit Wald- und Weiderechten und seinem lebhaften Sommerfrischler- und Fremdenverkehr. Auch der Betrieb im Cluozahaus ist nicht nach jedermanns Geschmack.“

Professor Braun mutet sich zu, nach 30jähriger Kenntnis des Parkes ein Urteil abgeben zu dürfen. Er halte es für höchst unwahrscheinlich, dass unter dem Einfluss des Werkes sich klimatisch bedingte Vegetationsveränderungen auf Parkboden abspielen würden. Er fährt fort:

„Der dauernde Pflanzen- und Tierbestand des Parkes dürfte von etwaigem Wildfrevel während der Bauperiode und einer quantitativen Bestandvermin-

derung der Wasserfauna des Spöls abgesehen, keine Veränderungen erfahren.“

„Ich bin mit Professor von Muralt der Ansicht, dass die Bauperiode den stärksten Eingriff in das Parkleben, oder genauer ausgedrückt, in das Leben der höheren Tierwelt des Parkes darstellt, doch dürfte dieser Schaden nicht an den nachteiligen Einfluss eines ungünstigen Winters, wie 1950/51, heranreichen. Er bleibt zudem auf einen Teil des Parkes beschränkt.“

„Der Ansicht, das Spölwerk gefährde die Existenz des Nationalparkes, kann auch ich daher nicht beipflichten. Ich halte mit andern Naturforschern dafür, dass sich Spölwerk und Nationalpark gegenseitig nicht ausschliessen.“

„So sehr ich, wie meine Kollegen und Freunde, jeden menschlichen Eingriff in den noch verbliebenen Rest natürlicher Landschaft und Vegetation bedaure, so erachte ich doch, in Anbetracht ihrer hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung und angesichts der vorliegenden italienischen Projekte, die geordnete Ausbeutung der Engadiner Wasserkräfte als ein dringendes Gebot der Stunde.“

Wir haben in der Kommission versucht, die Gegner davon zu überzeugen, dass linksseitig dem Inn acht Seitenbäche erhalten bleiben, rechtsseitig zwölf Bäche mit teilweise beträchtlicher Wasserführung. Sie können einwenden, dass das an sich nichts besage. Daher möchte ich Ihnen vergleichsweise anführen, dass bei Lavin der Inn wieder über Wasser verfügt, das einem Einzugsgebiet von 150 km² entspricht. Das ist ein Einzugsgebiet von der Grössenordnung wie sie der Inn zum Beispiel bei St. Moritz hat, und es entspricht einem Einzugsgebiet, das dem Ticino bei Piotta anfällt. Bei Schuls beträgt die Wasserführung wieder quantitativ so viel, dass sie einem Einzugsgebiet von 400 km² entspricht. Das ist ähnlich viel wie die Julia bei Tiefencastel und annähernd so viel wie der Hinterrhein bei Ander aufweisen.

Damit bleibt dem Inn ein Restwasser, das in der entscheidenden Sommerzeit schwankt zwischen 27,3 bis 36,7% (Messungsstellen Scuol, Lavin, Süs und Pradella).

Ich möchte Sie fragen: bei welchen andern Projekten der gesamten Schweiz ist dem Bedürfnis des Landschaftsschutzes in derart weitgehender Weise Rechnung getragen worden? Ich wäre glücklich, wenn bei dem im Heimattal unseres Kollegen Lejeune im Bau befindlichen Kraftwerk dem Gedanken des Heimatschutzes ähnlich sorgfältig hätte Rechnung getragen werden können.

Ein paar rechtliche Überlegungen. Die Konzessionserteilung stellt ein grundlegendes Substrat der Bündner Kantons- und Gemeindehoheit dar. Daran ändert auch der Staatsvertrag materiell nichts. Würde der Staauraum nach Projekt Salis flussabwärts verlegt, brauchte sich unser Rat nämlich gar nicht um die Angelegenheit zu kümmern, und wollte umgekehrt der Bund die Nutzung der Engadiner Wasserkräfte auf internationaler Ebene bewerkstelligen, so könnte er das nur tun mit der vorherigen grundlegenden Zustimmung von Kanton und Gemeinden. Aber er könnte nicht gegen ihren Willen einen solchen Staatsvertrag abschliessen. Daraus geht klar die rechtliche Bedeutung des Staatsvertrages hervor. Der Bund verhandelt

gemäss verfassungsmässiger Aufteilung der politischen Kompetenzen für Kanton und Gemeinden mit dem ausländischen Partner, und er tut das, abgesehen von seinem wasserpolizeilichen Aufsichtsrechte, ohne sich im einzelnen in die materiellen Belange des Vertragswerkes einzumischen. Wir stehen damit vor der merkwürdigen Tatsache, dass die Gegner des Projektes dem Staatsvertrag einen Sinn unterlegen, den er gar nicht haben kann, nämlich sie wollen in das politische Aufsichtsrecht auch ein materielles Mitspracherecht hineininterpretieren.

Zu wiederholten Malen ist auch der Nachtragsvertrag von 1920 hier zitiert worden und weiter der Meinung Ausdruck verliehen worden, dass weder der eine noch der andere Vertragspartner sich über die materielle Bedeutung der damaligen Vertragsabschlüsse Rechenschaft gegeben habe.

Ich möchte auch an dieser Stelle der Legendenbildung vorbeugen und erklären, dass bereits im Jahre 1912 ein erstes Projekt über die Nutzung des Spöls, und 1914, noch vor Vertragsabschluss zwischen Gemeinden und Naturschutzbund, ein zweites Projekt bestanden haben. Gemeinden und Kanton waren sich der Tragweite also durchaus bewusst. Sie haben einen Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen. Sie haben auch Pachtverträge abgeschlossen, haben bewusst auf Weidrechte und Holznutzung verzichtet und das Pachtgebiet mit dem Jagd- und Fischbann belegt, aber nirgends einen Verzicht auf die Wassernutzung ausgesprochen. Sie konnten das gar nicht, weil das Wasser zu den unveräusserlichen Hoheitsrechten der Bündner Gemeinden und des Kantons gehört. Und selbst wenn die Gemeinden es gewollt hätten, wäre ein solcher Versuch am kantonalen Recht gescheitert.

Wenn deshalb heute mit derart subtilen Rechtsüberlegungen der Nachtragsvertrag angezweifelt wird, dann erklären wir, dass wir bei einer derartigen Interpretation die grundlegenden Verträge von 1914 als gegen Treu und Glauben verstossend erklären. Ich möchte bitten, künftig mit diesem Argument etwas vorsichtiger umzugehen. Bei aller Achtbarkeit der der Diskussion zugrunde liegenden Motive, können wir die Achtbarkeit diesem Argument nicht mehr länger zollen, weil etwas wie eine spitzbüßische Schadenfreude heraufstößt, dass man damals die Bündner glänzend erwischt und ihnen für 25 000 Franken Millionenwerte abgelistet habe. Es wäre aber auch unehrenhaft, den Schöpfern des Parkes, deren wir in Bünden ehrfurchtsvoll gedenken, eine derartige *reservatio mentalis* unterschieben zu wollen.

Gestatten Sie mir abschliessend einige Bemerkungen zur Frage des Heimatschutzes. Nach unserer Auffassung gehört zum Heimatschutz nicht nur die Natur, im engeren Sinne, die Flora und Fauna, sondern es gehört dazu auch der Mensch, mit den Werten, die er in jahrhundertlangem Schaffen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erzielte. Dazu gehört aber auch das Recht.

Die Verfassung umschreibt die Eidgenossenschaft als Gemeinschaft souveräner Kantone. Was uns diese Gemeinschaft lieb und teuer macht, ist neben ihrem äussern Anlitz, neben ihren inneren Werten, auch die Unantastbarkeit alt überkommener Rechte. Dieses Recht will man nun heute teilweise aus den Angeln heben, indem man einem Glied

dieser Gemeinschaft einen wesentlichen Teil dieses Rechtes bestreitet, damit aber auch, innerhalb dieser Gemeinschaft jene Geborgenheit und jene Rechtssicherheit zu finden, um derentwillen diese Gemeinschaft geschaffen wurde.

Es sind gestern schöne Worte gewechselt worden über das Tal, über die Erhaltung des Romanentums. Zu ihren Gunsten sollen Gemeinden und Kanton auf eine bedeutende volkswirtschaftliche Befruchtung verzichten, eine Befruchtung, die einen beachtlichen Teil der gesamten ökonomischen Substanz Bündens darstellt.

Wie steht es mit diesem Tal, mit diesem Romanentum? Die Geschichte der Bevölkerung dieses Tales ist eine der ergreifendsten Geschichten. Es sind dreihundert Jahre her, seit diese Bevölkerung mit einem Heroismus sondergleichen die Freiheit zurückkaufte und später dennoch kulturelle Werte schaffte, die aber nie aus den wirtschaftlichen Kräften des Tales allein stammen konnten. Die Geschichte des Engadins ist nämlich zugleich die Geschichte bündnerischer Emigration, und zwar jener Emigration, die einen Grossteil der stolzen Engadiner Häuser zu errichten vermochte, die einen Grossteil jener kulturellen Werte zu festigen und zu verankern vermochte, die heute hier derart gepriesen werden. Diese Romanen, Herr Dietschi, müssen nicht nur erhalten werden, sondern sie sollten auch auf ihrer Scholle leben können. Die Bevölkerung von Obtasna, jenes Kreises, der zum Hauptträger des Werkes wird, hat innerhalb eines Jahrhunderts im Durchschnitt 11% an Bevölkerung eingebüsst. Dabei sind einzelne Gemeinden darunter, die 20-34% eingebüsst haben. Wenn man die Bautätigkeit in diesem Gebiet verfolgt, so sieht man, dass von abgebrannten Dörfern nur mehr Bruchteile wieder errichtet wurden. Man stellt auf der ganzen Linie ein wirtschaftliches Sterben fest, dem mit schönen Worten allein nicht mehr beizukommen ist.

Da meinen wir, sei es eine Frage des Taktes innerhalb der Demokratie, ob jene, die in Überfülle haben, diesem Volke die Hebung bescheidener Schätze zu heben verbieten wollen;

ob jene, die Wein trinken, ihnen Enthaltensamkeit predigen wollen;

ob jene, die nicht besonders viel Heroismus an den Tag legten, als in ihrem Einflussbereich Schritt um Schritt eigene Scholle samt allen Schönheiten preisgegeben wurde;

ob jene, die in den Ferien die Blauheit des Inns besingen, es wirklich auf sich nehmen wollen, einem wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungsteil jene Einfachheit zu predigen, die ihn beinahe zum Requisite auch eines Nationalparkes stempeln würde.

Es gibt keine Möglichkeit, diesem Tal Wirtschaft, Kultur und Sprache zu erhalten, als in irgendeiner Weise Mittel zu beschaffen, an der Wurzel zu helfen.

Mit seltener Eindringlichkeit ist das festgehalten in einer Denkschrift, die einsichtige Unterengadiner zur Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des Engadins entwarfen im November des vergangenen Jahres. Diese Männer stellen die Notwendigkeit fest, die wirtschaftliche Aufrüstung des Engadins vorzunehmen, für eine Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen, die berufliche Ausbildung zu verbessern, den Bauern-

stand zu erhalten als Voraussetzung der Erhaltung auch der ideellen und kulturellen Werte. Diese Engadiner haben sich im November 1956 gefreut darüber, dass im Zusammenhang mit der Nutzbarmachung der Engadiner Wasserkräfte Mittel in Aussicht stünden, und sie riefen die Gemeinden auf, diese Mittel zur grundlegenden Hilfe auch in dieser Richtung zu verwenden. Sie schlugen vor, aus den beteiligten Gemeinden eine „Pro Engiadina bassa“ zu gründen, einen Fonds zu schaffen, in den jede Gemeinde 10% ihrer Wasserzinse hineinlegen würde.

Und nun hören Sie, meine Herren Dietschi und Lejeune, was mit diesem schnöden Kraftwerkammammon alles geschehen sollte!

Es sollte eine bäuerliche Berufsschule im Unterengadin geschaffen werden, Produktion und Absatz gefördert, die Kleinbauern unterstützt, bäuerliche Genossenschaften gegründet, Alpverbesserungen, Meliorationen in die Wege geleitet werden. Aber auch auf sozialem Gebiet wollte man Werte schaffen. Man schlug vor, die romanische Sprache zu fördern, Kurse für Lehrer durchzuführen, Kleinkinderschulen zu schaffen. Man wollte sogar die kärglichen Besoldungen der Pfarrer verbessern, die heute teilweise in vorderer Linie gegen die Kraftwerke Sturm laufen. Man gedachte, die Volksbildungsarbeit zu fördern und Bibliotheken zu gründen. Das Merkwürdige und der Schönheitsfehler liegen darin, dass diese Denkschrift teilweise genau von denselben Leuten unterzeichnet ist, die heute den fanatischsten Naturschützern im Lande herum die ideelle Munition dafür liefern, dass den Einwohnern selber der Kraftwerkbau nicht willkommen sei. Man kann nicht ein derartig mutwilliges Spiel treiben mit dem Anspruch, ernst genommen zu werden. Die Gutgläubigkeit der Öffentlichkeit kann man nur dann derart strapazieren, wenn man nicht die letzte Verantwortung für einen Entscheid zu fällen hat. Wir haben hier diese Verantwortung zu tragen für die heutige Generation und für die kommenden Geschlechter.

Deshalb bitte ich Sie, dem vorliegenden Staatsvertrag Ihre Zustimmung zu geben.

Gfeller-Oppligen: Die Genehmigung des Staatsvertrages zwischen der Schweiz und Italien über die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Spöls hat entschieden indirekten Einfluss auf den Ausbau der Engadiner Wasserkräfte. In der Vergangenheit ist aus der Schweiz an Bünden sehr oft der Vorwurf erhoben worden, Bünden bemühe sich nur ungenügend zur Ausnützung der weissen Kohle, und man vermisse im Lande Helvetien im allgemeinen den Einsatz und die intensiven Bemühungen der Bündner, hier vorwärts zu machen. Ich erinnere an Rheinwald, aber vielleicht auch an die Tatsache, dass eben in Bünden doch besondere Verhältnisse vorliegen, dass die Problemlösung eine schwierige ist und dass es deshalb mehr Zeit brauchte, um zu tragbaren und auch für die Belange der Natur richtigen und verantwortbaren Projekten zu kommen. Das Beispiel haben wir beim Rheinwald, wo nun die Lösung über das Val di Lei gefunden werden konnte und wo man wirklich sagen kann: Was lange währt, kommt endlich besser!

Auch die Botschaft des Bundesrates gibt Einblick in die grossen Schwierigkeiten, die sich in der

Entwicklung der Projekte zum Ausbau der Innwerke im Unterengadin gestellt haben. Wir vernehmen hier die grossen Divergenzen zwischen den Gemeinden, die sich bekämpfenden Werkgruppen; wir vernehmen aber auch die Schwierigkeiten, die sich stellten wegen dem Nationalpark und wegen dessen Unantastbarkeit; dann spielten auch noch die international unregelten Verhältnisse mit Italien hinein. So ist es wirklich erfreulich, dann weiter zu vernehmen, dass nun doch eine Verständigungslösung für das Unterengadin und im Unterengadin gefunden worden sei. Anstelle der sich bekämpfenden Werke sind die Engadiner Kraftwerke AG getreten. Die Gemeinden haben sich zur gemeinsamen Tat zusammengefunden. Mit der Nationalparkkommission hat sich ebenfalls eine Regelung finden lassen.

Es sind nun Stimmen laut geworden, die Ausnützung der Gewässer im Unterengadin sollte grundsätzlich auch von uns abgelehnt werden. Das Unterengadin sollte in seiner Naturschönheit ungeschmälert erhalten bleiben. Dieser Forderung gegenüber steht aber eine Verständigung, die auf die Naturschönheiten Rücksicht nimmt. Dabei unterstreiche ich noch, dass der Energiebedarf unseres Landes ja nur zu einem Drittel im Inlande gedeckt werden kann. Er muss weiterhin ungefähr zu zwei Dritteln durch Kohle und Heizöl aus dem Auslande beschafft werden. Man darf daher nicht leichthin ein Projekt verunmöglichen, das für die Energieproduktion weitere 1,5 Milliarden Kilowattstunden jährlich liefern wird. Es handelt sich um ein Projekt, das nach seinem Ausbau den dortigen Gemeinden 3,5 Millionen Franken jährlich an Wasserzinsen einbringen wird. Der Kanton wird ebenfalls Einnahmen von über 2 Millionen zu erwarten haben. Tatsache ist, dass dieser Ausbau dann Sache der Gemeinden und des Kantons Graubünden ist. Mit der Genehmigung des Staatsvertrages mit Italien schaffen wir nur die notwendigen Voraussetzungen.

Es stellt sich nun die Frage wegen der Initiative. Ich weiss, dass verschiedene Kollegen Hemmungen haben, hier zuzustimmen, weil man gesagt hat, die Initiative richte sich hier wiederum gegen den Staatsvertrag und wir bekämen dann eine ähnliche Situation wie im Falle Rheinau. Dem ist nicht ganz so.

Die Initiative richtet sich gegen den Kraftwerkbau und nicht in erster Linie gegen den Staatsvertrag mit Italien. Es steht nachher den Gemeinden und dem Kanton frei, zu befinden, ob sie die Kraftwerke bauen wollen. Es wird dann praktisch über die Initiative und diesen Ausbau zu entscheiden sein. Nach Annahme des Staatsvertrages wird dann die Bahn frei sein, um die Engadiner Kraftwerke zu verwirklichen, was sicher in der heutigen Situation des Kapitalmangels einen gewissen zeitlichen Aufschub erfordern wird. Wenn die Verwirklichung möglich ist, wird sich für die Gemeinde eine erhebliche Hilfe, die als Hilfeleistung an die Bergbevölkerung zu werten ist, ergeben. Es handelt sich um eine *eigentliche Bergbauernhilfe*. Wir haben gehört, dass im Winter und vor allem auf das Frühjahr hin, das Wild aus dem Nationalpark (es sind vor allem die Hirsche) ausbreche, weil es dort kein Futter mehr findet und dass es dann die umliegen-

den Gebiete und Gemeinden und die Wiesen der Bauern längere Zeit aufsucht. So entsteht für die Berglandwirtschaft, die an den Nationalpark angrenzt, ein gewaltiger Wildschaden. Dieser Schaden wird auf 100 000 bis 150 000 Franken geschätzt. Das ist offenbar auch ein Grund dafür, dass da und dort Höfe von den Bauern verlassen werden müssen. Mir scheint, dass die Gemeinden dann später aus den Erträgen, die ihnen zukommen werden, Beträge zur Wildschadendeckung ausscheiden werden können. Ob das dann der Kanton mit den Gemeinden ordnet, ist eine Frage für sich. Aber es ist sicherlich kein Pappenstiel, wenn für die wenigen Gemeinden jährlich Wasserzinse von ungefähr 3 bis 3,5 Millionen Franken ausbezahlt werden müssen. Dadurch kann sicher eine Stärkung der ohnehin wirtschaftlich schwachen Basis dieser Bevölkerung erreicht werden. Aber wie gesagt, der Entscheid liegt nicht bei uns, sondern bei den Gemeinden und beim Kanton. Trotz des Kraftwerkbau betrachten wir es als möglich, die Naturschönheiten im Engadin zu erhalten. Herr Kollega Sprecher hat sich ja soeben darüber geäussert. Es ist absolut tragbar, ein Kraftwerk zu bauen und trotzdem die Natur zu schützen.

Der Staatsvertrag regelt die Nutzung des Spöls. Das ist eine Angelegenheit zwischen der Schweiz und Italien. Es verhält sich hier umgekehrt wie beim Valle di Lei. Dort war die Schweiz daran interessiert, von Italien einen Vertrag zu erhalten, um die Rheinwaldfrage zu lösen. Hier, beim Spöl, ist Italien Initiant. Italien wartet auf den Entscheid der Schweiz, und Italien hat in den Verhandlungen den schweizerischen Belangen doch weitgehend Rechnung getragen. Das Vertragswerk darf als wohl gelungene Lösung bezeichnet werden, und allen denen, die sich um diese Lösung in jahrelangen Verhandlungen bemüht haben, gehört unsere Anerkennung und unser Dank. Beide Partner, Italien und die Schweiz, erhalten durch dieses Vertragswerk Vorteile, wie solche wohl einmalig durch die gegebenen Verhältnisse erreicht werden können. Italien seinerseits kann das ihm zugebilligte Wasser ableiten wie es absolut seine Sache wäre. Es kann das Wasser ausnutzen bis hinunter auf zirka 200 Meter über Meer, während der Spöl beim natürlichen Abfluss durch das Engadin auf ungefähr 1000 Meter über Meer von der Schweiz nach Österreich hinüberfliesst. Italien hat also hier eine mehr als doppelte Gefällsausnutzung von dieser Wassermenge. Es kann ferner das Wasser zum Bewässern benutzen, worauf es besonderen Wert legt. Die Schweiz andererseits hat durch den Vertrag eine Klärung über die Ausbaumöglichkeiten der Innwasser erhalten. Dadurch erreicht die Schweiz im Vertrag ein Stauwehr auf italienischem Boden. Die Schweiz kann dadurch den Nationalpark weitgehend unbehelligt lassen. Die Schweiz erreicht eine viel gleichmässige Abflussmenge aus dem Staubecken von Livignio und dadurch eine viel wirtschaftlichere Gestaltung der geplanten Innwerke allgemein. Von diesem Wasserabfluss profitiert auch Österreich. Deshalb ist von dieser Seite her offenbar kein Einwand zu erwarten. Es ist kein Einwand zu erwarten, dass man Wasser, das natürlicherweise durch die Schweiz nach Österreich abgeflossen ist, südwärts in das Gebiet der Adda ableitet.

Es wäre meines Erachtens ein Fehler, wenn wir dieser günstigen und wertvollen Vereinbarung wegen der erwähnten Initiative nicht zustimmen wollten. Bei richtiger Betrachtung des Vertragswerkes mit Italien lässt sich dieses von Seite der Schweiz nicht nur anerkennen, sondern auch befürworten. Ich möchte Ihnen die Zustimmung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion mitteilen und Sie bitten, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Furgler: Im Namen der konservativ-christlich-sozialen Fraktion beantrage auch ich Ihnen die Genehmigung des am 27. Mai 1957 zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossenen Abkommens über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Spöls. Gestatten Sie mir zur Begründung dieses Standpunktes einige wenige Ausführungen. Vor allem verweise ich auf das, was Herr Obrecht über die wirtschaftliche Bedeutung des ganzen Projektes gesagt hat. Trotz steigendem Angebot werden wir auch in Zukunft nicht in der Lage sein, die immer grössere Nachfrage auf dem Gebiete der Elektrizität zu befriedigen. Daraus ergibt sich auch für uns die Verpflichtung, alles zu tun, um weitere Versorgungsquellen zu erschliessen.

Ein zweiter Punkt, ebenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet, zwingt uns, die Bedürfnisse des Kantons Graubünden wohlwollend näher zu betrachten. Es hat keinen Wert, wenn auch in diesem Rat bei jeder Gelegenheit Schutz der Gebirgstäler postuliert wird und wir anderseits vergessen, dass mit platonischen Bemerkungen diesen Tälern nicht geholfen wird. Auch hier gilt „zuerst leben, dann philosophieren“. Wir dürfen nicht vergessen, dass für die direkt betroffenen Gemeinden bei Nutzbarmachung der Wasserkräfte ein jährlicher Ertrag von 2,5 Millionen Franken errechnet wurde, eine Summe, aus der diese Gemeinden ohne Zweifel wesentliches für den Fortbestand der Gebirgsbevölkerung tun können. Eine gleich hohe Summe wird für den Kanton resultieren. Wenn Sie diese beiden Beträge in Rechnung stellen, ersehen Sie, dass sie manch schönes Wort, das zum sogenannten Schutz der Gebirgsbevölkerung gesprochen wird, aufwiegen.

Diese praktischen Überlegungen verdienen nach unserer Auffassung volle Beachtung. Auch die rechtlichen Standpunkte, die vom Gegner vorgebracht werden, decken sich nicht mit unserer Auffassung. Erinnern wir uns doch daran, dass die Nutzbarmachung des Inns und seiner Seitenbäche auch ohne Staatsvertrag kommt. Graubünden hat Projekte ausgearbeitet, und es kann ihm überhaupt kein Hindernis rechtlicher Art von unserer Seite in den Weg gelegt werden, wenn dieser Ausbau verwirklicht wird. Die geltende Rechtsordnung – ich verweise auf die Bundesverfassung, Artikel 24, Absatz 3 – billigt dem Kanton die Oberhoheit über die Wasserkräfte zu, und die einzige Möglichkeit einzugreifen, hätte nach Artikel 5 des Eidgenössischen Wasserrechtsgesetzes der Bund dann, wenn die Nutzbarmachung nicht zweckmässig erfolgen würde. *In casu* hat jedoch der Bundesrat festgestellt, dass die Projekte eine zweckmässige Nutzbarmachung darstellen. Also haben wir keine Möglichkeit, ein Veto gegen den kantonalen Ausbau des Inns und seiner Seitenbäche vorzutragen.

Mit Bezug auf die internationale Gewässerstrecke verweise ich auf den Artikel 24bis, Absatz 4, der Bundesverfassung, wonach dem Bund unter Beizug der beteiligten Kantone die Konzessionserteilung an den Gewässerstrecken zukommt, die die Landesgrenze bilden. Diese Zuständigkeit des Bundes kann im Ernste nicht bestritten werden. Die zitierte Verfassungsbestimmung wird ergänzt durch Artikel 37 und 38, Absatz 3; des Eidgenössischen Wasserrechtsgesetzes.

Der Bundesrat war verpflichtet, nach Artikel 52 und 62 des zitierten Bundesgesetzes den Kanton Graubünden anzuhören, seine Meinung zu erfragen, um unter billiger Rücksichtnahme auf die Gesetzgebung des Kantons Graubünden das Verfahren für die Verleihung der Wasserrechte zu bestimmen. Dieses Anhören der zuständigen Instanzen: Gemeinden und Kleiner Rat von Graubünden, ergab die eindeutige Zustimmung des betroffenen Kantons und der betroffenen Gemeinden zum internationalen Ausbau des Spöls. Ich frage Sie: Mit welchem Recht wollen wir diese Zustimmung bestreiten?

Die Gegner kommen nun mit der Bedeutung des Nationalparkes. Sie erklären, der internationale Ausbau des Spöls bringe Eingriffe in den Nationalpark, die ungerechtfertigt wären. Sie stützen sich auf den Bundesbeschluss vom Jahre 1914 und den Dienstbarkeitsvertrag vom 29. November 1913, betreffend die Rechtsgrundlagen des Nationalparkes. Es wird gesagt, dass in Artikel 1 des Bundesbeschlusses generell ein Verzicht enthalten sei, überhaupt noch Eingriffe vorzunehmen, weil dort stehe, auf dem im Vertrag näher bezeichneten Gebiet der Gemeinde Zernez werde ein Nationalpark errichtet, in dem die gesamte Tier- und Pflanzenwelt ganz ihrer freien natürlichen Entwicklung überlassen und von jedem nicht dem Zweck des Nationalparkes liegenden menschlichen Einfluss geschützt werde. – Auch bei extensivster Auslegung dieser Bestimmung werden Sie nicht dazu gelangen, den Sinn in diese Bestimmung hinein zu interpretieren, den die überspitzten Naturschutzfreunde zu finden glauben, nämlich den Sinn, dass auf die Ausnutzung der Wasserkräfte damals in diesem Artikel verzichtet worden sei. Es geht auch nicht an, den Zusatz zu diesem Dienstbarkeitsvertrag vom 13. Juni 1920 mit fadenscheinigen Argumenten zu bekämpfen. Dort wurde klipp und klar zum Ausdruck gebracht, im Sinne einer Klarstellung, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft der Stauung des Spöls im Parkgebiet durch Erstellung der erforderlichen Kraftwerke keine Opposition machen werde. Wir haben uns an diese Rechtsbestimmung zu halten.

Ich füge nur noch bei, dass der Wunsch, den Kollege Akeret ausgedrückt hat, man müsse zuwarten, bis über diese Initiative abgestimmt worden sei, von uns gar nicht gehört werden kann. Wir haben keine rechtliche Möglichkeit, einem solchen Begehren zu entsprechen. Die Rechtsgrundlage, auch mit Bezug auf den Nationalpark, ist somit eindeutig. Es darf dazu nur noch bemerkt werden, dass von den allzu heftigen Befürwortern des Nationalparkes nach meiner Überzeugung manchmal vergessen wird, dass der Mensch nicht der Natur, sondern die Natur dem Menschen zu dienen hat, und dass es unsere Aufgabe ist, aus dieser Natur für

unsere Mitmenschen das herauszuholen, was sie unbedingt nötig haben, um überhaupt leben zu können. Das trifft auch im Kanton Graubünden zu.

Nun noch wenige Sätze zur völkerrechtlichen Seite der Angelegenheit. Der vorliegende Staatsvertrag ist auch unter diesem Gesichtspunkt in Ordnung. Er normiert einen Tatbestand, der uns ohne Staatsvertrag wesentlich mehr Sorgen bereiten würde. Italien baut nämlich auch ohne Staatsvertrag die Adda-Werke aus. Es wird auch ohne Staatsvertrag diese letzten Wasserreserven erschliessen. Was dann? Als Oberliegerstaat ging Italien vom sogenannten Territorialprinzip aus, wonach es kraft seiner Souveränität sich berechtigt fühlt, in seinem Gebiet mit den Gewässern so zu verfahren, wie es wirtschaftlich am zweckmässigsten erscheint. Die Schweiz als Unterliegerstaat konnte aus Konsequenzgründen nicht das sogenannte Integritätsprinzip vertreten, wonach der Oberliegerstaat am Flusslauf überhaupt keine Veränderungen vornehmen dürfe mit Rücksicht auf den Unterliegerstaat. Auch wenn wir uns dem Territorialitätsprinzip nicht anschliessen sollten, aus der Überlegung heraus, dass jeder Staat bei der Ausübung seiner Souveränitätsrechte dort seine Schranken finde, wo er den Nachbarstaat rechtlich verletze, müssen wir uns doch klar sein darüber, dass die Geltendmachung eines Schadenersatzanspruches auf dem Wege des Schiedsgerichtsverfahrens ausserordentlich kompliziert und im Resultat niemals so befriedigend wäre, wie dieser Staatsvertrag in den entscheidenden Artikeln 4 und 10, wo gegenseitig einerseits für die Überlassung einer bestimmten Wassermenge, die abgeleitet wird, anderseits für das Recht der vollen Ausnützung des Livigno-Staubeckens eine Entschädigung eingehandelt wurde.

Aus allen diesen Überlegungen ersuche ich Sie namens meiner Fraktion, diesem Staatsvertrag die Genehmigung zu erteilen.

Studer-Burgdorf, Berichterstatter: Die Fragen, die aufgeworfen wurden von den Herren Grendelmeier, Lejeune und Akeret, wurden bereits weitgehend beantwortet, so dass ich nicht darauf eintreten möchte. Aber eines muss ich noch erwähnen:

Die Initianten der Volksinitiative sind nach meiner Auffassung nicht Querulanten. Es sind Superidealisten. Ich glaube sogar, es wäre ihnen gleichgültig, kein elektrisches Licht in ihrem Zimmer zu haben – wenigstens für einige Tage – wenn sie dadurch den Nationalpark schützen könnten. Sie bringen grosse Opfer an Zeit und Geld. Das müssen wir anerkennen. Sie liessen sich aber auch keinen Zentimeter von ihrer Idee abbringen.

Bei der Initiative geht es ihnen nicht in erster Linie um den Nationalpark – das haben die Herren selbst erklärt, und zwar in Anwesenheit von Herrn Kollege Nationalrat Akeret –, sondern es geht ihnen um den Inn. Sie haben selbst erklärt, dass die heutige Verständigungslösung wirklich ein weites Entgegenkommen sei. Die Initiative sollte eben nicht heissen: „Volksinitiative zur Erhaltung des Nationalparkes“, sondern „Volksinitiative zur Erhaltung des Wassers im Inn“. Aber das wäre zu wenig volkstümlich; es würden vielleicht sehr viele nicht unterzeichnen, wenn es nur heissen würde „zur Erhaltung des Wassers im Inn“.

Die Initiative geht auch sehr weit mit dem Versprechen, Gemeinden und Staat angemessen zu entschädigen. Ich habe nach dieser Entschädigung gefragt. Zuerst wollte man nämlich 800 000 Franken in die Initiative aufnehmen. Dann erklärten die Herren: Ja, angemessene Entschädigung! Sie würden annehmen, dass die Konzessionäre den Gemeinden sicher nicht zu hohe Wasserzinsen bezahlen. Sie sind also der Auffassung, dass die Höhe des Wasserzinses eine angemessene Entschädigung wäre. Das sind rund 5 oder mehr Millionen Franken pro Jahr, welche die Konzessionäre an die Gemeinden und den Staat abliefern. Glaubt wirklich jemand, dass der Bund diesen Betrag übernehmen könnte, oder dass der Stimmbürger einem solchen Betrag zustimmen würde? Das glaube ich nicht! Aber mit diesem Versprechen will man auch hier Stimmen fangen. Die Herren haben uns erklärt – Herr Akeret war dabei – dass bereits 200 Bürger der umliegenden Gemeinden, welche in der Gemeindeabstimmung für die Konzession sich ausgesprochen hätten, heute die Initiative unterstützen werden. Das glaube ich sehr wohl. Es werden die Initiative noch weitere unterstützen, weil sie Entschädigungen erhalten sollen, ohne Gegenleistung. Ich glaube kaum, dass man auf so etwas eintreten sollte.

Herrn Dietschi möchte ich sagen, dass er seine Gewissensnot schon beiseite legen und sich entspannen darf, denn seine Interpellation war wirklich die Grundlage für diese Verständigung. Er hat diese Verständigung in seiner Interpellation gewünscht, und diese ist heute auch weitgehend erfüllt worden.

Herrn Grendelmeier möchte ich noch folgendes entgegenen: Es ist falsch, wenn man wieder das Grosskapital in den Vordergrund schiebt und erklärt, es seien hier wieder Dividendenjäger am Werk. Herr Kollege Grendelmeier: wir wollen uns glücklich schätzen, dass wir noch Grossbanken und Elektrizitätskonzerne haben, die unsere Elektrizitätswerke finanzieren können, sonst müssten wir die Arbeiten von den 23 sich im Bau befindenden Werken bei verschiedenen einstellen. Die Banken und Elektrizitätskonzerne sind nicht Dividendenjäger, sondern Gesellschaften, die unserer Wirtschaft sehr weitgehend dienen. Nicht diese allein stehen hinter den Engadiner Kraftwerken, sondern unsere gesamte Wirtschaft, welche den Strom dringend benötigt.

Den Herren Akeret und Lejeune möchte ich betreffend der Ofenpass-Strasse folgendes antworten: Diese Strasse durchschneidet den Nationalpark und teilt ihn in zwei Teile. Ich möchte diese beiden Herren ersuchen, dass, wenn sie etwas für den Nationalpark tun wollen, sie versuchen sollten, den Verkehr durch diese Ofenstrasse zu verbieten. Diese Strasse soll ausgebaut und muss ausgebaut werden. Der Verkehr wird dadurch bedeutend grösser werden, und damit jedenfalls auch der Lärm der Hunderte von Fahrzeugen. Auch die Tiere werden diesen Lärm hören und sie werden sich aus der Nähe der Strasse zurückziehen. Aber von den Elektrizitätswerken werden sie nichts vernehmen; diese stören die Fauna des Nationalparkes ganz bestimmt nicht.

Wenn man behaupten will, dass die Erweiterung des Parkes den Verlust nicht kompensiere, so möchte ich bemerken, dass Herr Schlatter, der Präsident

des Nationalparkkomitees, und Herr Dr. Zimmerli, der die Oberaufsicht über den Nationalpark führt, nicht dieser Auffassung sind. Sie erklären, es sei eine ausserordentlich wertvolle Erweiterung des Nationalparkes. Diesen Herren glaube ich, denn diese kennen die Verhältnisse des Parkes am besten.

Für uns gibt es heute nichts anderes als die Verantwortung zu übernehmen. Eine Verschiebung – das wurde bereits von Herrn Kollege Furgler erwähnt – kann gar nicht in Frage kommen. Wir wollen die Verantwortung tragen und müssen deshalb das Abkommen mit Italien ratifizieren.

M. Bringolf-La Tour-de-Peilz, rapporteur: Je pourrai être très bref. Les arguments des adversaires du plan d'aménagement des eaux de la Basse-Engadine n'ont pas apporté d'éléments nouveaux dans la discussion. Il faut simplement regretter qu'en essayant de défendre une cause qu'ils croient bonne, certains de nos collègues aient manifestement exagéré et aient en quelque sorte peint le diable sur la muraille.

Nous répétons qu'à trop vouloir défendre ou prétendre défendre les sites du Parc national, on nuit davantage à cette belle cause. En l'espèce, le projet qui fait la base de la convention italo-suisse est raisonnable et, tout en ramenant à une proportion infime l'atteinte au parc, il contribue à assurer aux communes intéressées et au canton une amélioration de leur situation économique.

Une protection naturelle ne doit pas signifier stagnation; elle doit concourir à l'avancement de notre pays. Sans vouloir reprendre les arguments développés dans notre rapport, nous vous invitons de façon très pressante à autoriser le Conseil fédéral à ratifier la convention du 27 mai 1957.

M. Lepori, conseiller fédéral: Je me permettrai de vous présenter quelques considérations qui auront trait particulièrement aux aspects juridique, politique et économique de la question soumise à vos délibérations.

La question du Spöl – et la discussion qui a eu lieu ici en a donné la preuve – est intimement liée à celle du Parc national. L'accord qui est soumis à votre approbation dépasse donc le cadre d'un arrangement que deux États voisins concluent afin de rendre possible un aménagement raisonnable d'un cours d'eau international et il se place dans celui, bien plus vaste, du Parc national.

On a fait remarquer à juste raison que ce n'est pas simplement la question du Parc national qui agite les esprits mais aussi la question de l'aménagement de l'Inn, et qui dit Spöl, en cette occasion, pense surtout Inn. Il me semble pourtant que le débat est dominé par la question suivante qui doit être posée: la solution qu'implique la convention tient-elle compte de l'intérêt légitime qu'a le peuple suisse à conserver le Parc national dans son intégrité? Cette question est liée à une autre qui la complète: Etant donné la situation légale, la solution projetée ne représente-t-elle pas un moyen d'empêcher des atteintes plus graves?

Pour répondre à la première question, il est nécessaire d'examiner brièvement les textes.

Le Parc national a été prévu par l'arrêté du 3 avril 1914. L'article premier dit d'une façon un

peu claironnant: « Il est créé un Parc national suisse sur le territoire délimité par contrat et qui appartient à la commune de Zernez. L'ensemble des animaux et des plantes compris dans ce territoire sera abandonné entièrement à son développement naturel et soustrait d'une manière absolue à toute influence humaine qui s'exercerait en dehors du but poursuivi par la création du parc. Le Parc national sera l'objet d'observations scientifiques. »

L'article 2 approuve les contrats de droit privé passés, d'une part, entre la Confédération et la commune de Zernez et, d'autre part, entre la Confédération et la Société helvétique des sciences naturelles et la Ligue suisse pour la protection de la nature.

L'article 3 donne l'autorisation au Conseil fédéral de conclure avec les propriétaires fonciers intéressés des contrats de servitude analogues au précédent afin d'arrondir et d'agrandir le Parc national.

Ces textes semblent, de prime abord, simples et clairs, et pourtant je pense qu'il existe peu d'actes législatifs qui soulèvent autant de questions graves et délicates. M. Akeret a demandé un avis de droit sur tous ces problèmes et voudrait qu'une instance neutre prononce de façon définitive à leur sujet.

Je dois dire que cela a déjà été fait. Le Département de justice et police, dans un rapport du 16 octobre 1956, a pris position sur l'ensemble des problèmes soulevés par l'arrêté de 1914, arrêté qui avait donné lieu à des avis de droit disparates, où les noms bien connus de la doctrine juridique suisse en matière de droit public sont représentés. Ceux-ci, malheureusement, dans leurs rapports, n'avaient qu'un seul tort: celui d'être divergents sur presque tous les points.

L'examen d'ensemble qui a été fait par le Département de justice a permis d'arriver à certaines conclusions qui me semblent irréfutables. La première est la suivante: l'arrêté de 1914 n'est pas un arrêté ayant force obligatoire générale. Il n'est pas « allgemeinverbindlich » et cela malgré la clause référendaire car il s'agit uniquement d'un arrêté de portée financière.

Cette question a été discutée et certaines théories s'opposent à cette interprétation. Pourtant, il semble impossible de trouver dans la Constitution fédérale une base pour une thèse divergeant de celle que je viens d'exprimer.

On a voulu baser l'arrêté fédéral de 1914 sur l'article 23 de la Constitution fédérale qui donne la possibilité à la Confédération d'exécuter des travaux publics qui intéressent la Suisse ou une partie considérable du pays ou d'accorder des subsides pour de tels travaux.

Or, messieurs, le texte français exclut de façon claire et pertinente toute possibilité d'englober le Parc national sous le titre de travaux publics. C'est la thèse défendue par notre grand maître de droit, M. Burekhardt.

Cette première constatation en amène immédiatement une autre: c'est que l'arrêté n'a aucune signification autonome et que le contenu et l'étendue des droits de la Confédération découlent d'arrangements contractuels conclus avec les communes. On a rappelé hier, au cours de la discussion, que le Parc national répond à un critère de « totale Reservation ». Cela n'est pas exact. Plusieurs orateurs ont déjà mis en relief le fait que les contrats de droit privé passés

avec les communes ne mettent pas le Parc national à l'abri d'atteintes très importantes à son intégrité. Je les résumerai simplement: Je remarque, tout d'abord, que les accords de 1913 permettent des interventions de l'homme, par exemple l'abattage d'arbres pour les besoins de l'alpage de Stabelhod et du domaine d'Il Fuorn, le droit de prélever les matériaux nécessaires à la construction d'un chemin de fer et à l'entretien de la route de l'Ofen entre Il Fuorn et Cruschetta. D'autre part, le canton a renoncé volontairement à la chasse et à la pêche; il pourrait donc lever cette interdiction de pêche et de chasse. En outre, le Parc national est traversé par une route très fréquentée. Il y existe même un hôtel, ce qui ne contribue évidemment pas à sa sûreté et à sa tranquillité.

Une question largement discutée est celle de savoir si les contrats de 1913 excluent la possibilité d'utiliser les eaux du Spöl. La controverse est très intéressante et, une fois encore, les grands maîtres du droit ne sont pas d'accord. On argue que, par ces contrats, les communes ont renoncé à faire valoir leur droit à l'exploitation des eaux. D'autre part, on peut observer que les communes ne pouvaient pas renoncer par un contrat de droit privé à une faculté qui leur échoit en vertu du droit public. Quoiqu'il en soit, il est parfaitement oisif de discuter sur ce point car, en 1920, le Conseil fédéral a passé un avenant avec la commune de Zernez. Cet avenant, que vous connaissez, dit à son article 4: «La Confédération suisse déclare qu'elle ne fera pas opposition à la création d'une retenue sur le Spöl, dans le territoire du parc, par le moyen de barrages nécessaires à la réalisation d'une usine électrique ou d'autres établissements industriels. Elle fait cette déclaration en renonçant à prétendre à une indemnité quelconque».

On a contesté avec vigueur le droit de la Confédération de conclure un tel avenant qui serait en opposition avec l'arrêté fédéral de 1914 et partant nul et non avenu. Cette thèse a été repoussée. Je vous ai déjà dit que l'arrêté de 1913 prévoit la possibilité pour le Conseil fédéral de passer avec les propriétaires fonciers intéressés d'autres contrats de servitude analogues au précédent.

C'est en se prévalant de cette disposition que le Conseil fédéral a passé l'avenant de 1920 où la Confédération déclare ne pas s'opposer à ce qu'une retenue soit créée sur le Spöl, dans le Parc national. On a dit qu'on pouvait admettre jusqu'à un certain point la légitimité de cette prise de position du Conseil fédéral étant donné qu'il s'agissait alors, en 1920, simplement de rendre possible la construction d'une petite usine communale. Or, cela n'est pas exact puisque les arrangements pris entre la Confédération et la commune de Zernez portaient sur un projet bien arrêté, celui de M. von Salis, de 1919, lequel prévoit la création d'un bassin d'accumulation d'une contenance utile de 28 millions de mètres cubes et s'étendant sur une longueur de 7 km. 250.

La situation légale étant celle que je viens d'exposer en raccourci, on arrive à la conclusion que la commune de Zernez peut se fonder sur l'avenant de 1920 pour construire le barrage de Praspöl. Si elle passe à cette réalisation, nous ne voyons pas de motif juridique qui pourrait autoriser le Conseil

fédéral à intervenir. En effet, en vertu de l'avenant de 1920, la Confédération a renoncé à faire opposition à la construction, et du barrage, et du lac artificiel de Praspöl.

Le Conseil fédéral, bien que pressé peut-être de toutes parts pour arriver à une autre solution, ne pourra jamais ignorer les engagements qu'il a pris envers Zernez. Seule donc peut être envisagée la solution constructive qui vous est proposée et qui peut être résumée de la façon suivante:

Renonciation au projet von Salis, création d'un simple bassin de compensation à Ova Spin, avec la conclusion qui a été retenue hier par tous les orateurs. On porte ainsi une atteinte moindre au Parc national puisque le bassin d'accumulation sera établi, en dehors du Parc national, principalement sur territoire italien. L'usine serait en revanche construite sur notre territoire mais en dehors du Parc national également. Quant à la retenue d'Ova Spin, elle est quelque peu perdue dans les gorges et les ravins et sera à peine visible de la route qui conduit au Fuorn.

Il resterait pourtant encore une atteinte à laquelle je dois faire allusion. C'est celle qui concerne le volume d'eau que le Spöl débitera entre Punt dal Gall et Ova Spin. Cette atteinte, nous le reconnaissons, est certaine. Chaque membre de la commission, je pense, a éprouvé une certaine tristesse, en visitant les lieux, à l'idée qu'une partie de cette belle région sera privée à l'avenir d'une partie de ses eaux si abondantes et si claires. Mais, si nous reconnaissons cet inconvénient, nous devons dire qu'il n'est pas tellement grave; on a, sur ce point, quelque peu exagéré à cette tribune et dans d'autres milieux. Le cours d'eau aura encore un débit assez important, d'autant plus qu'à quelques kilomètres à l'aval du barrage de Punt dal Gall, deux affluents continueront à déverser leurs eaux dans le Spöl.

N'oublions pas, d'autre part, que l'accord en question va permettre d'apporter certains avantages à toute cette région. C'est aussi que des agrandissements sont prévus en faveur du Parc national; on mettra à sa disposition d'autres régions limitrophes.

M. Dietschi a demandé à ce propos une assurance formelle en proposant que l'accord avec l'Italie ne soit pas ratifié avant que certains arrangements avec les communes intéressées n'aient été définitivement conclus. En effet, seules des résolutions générales ont été votées jusqu'ici par les assemblées communales et aucun accord définitif n'a été conclu en ce qui concerne les agrandissements envisagés.

Il m'est assez difficile – M. Dietschi me comprendra – de répondre aujourd'hui, au nom du Conseil fédéral que je n'ai pas eu l'occasion de consulter ce sujet – à une question aussi importante. Je crois toutefois pouvoir dire que toute l'activité du Conseil fédéral, le désir qu'il a exprimé d'arriver à un accord, les bons offices qu'il a mis à disposition des parties peuvent donner la conviction que le Conseil fédéral fera tout ce qui est en son pouvoir pour que les agrandissements en question soit précisés avant la ratification.

Arrivés à ce point du problème, il me semble que c'est nous qui, maintenant, devrions poser la question suivante aux adversaires du projet: Qu'aurons-

nous gagné, du point de vue de la sauvegarde du Parc national, si l'accord est repoussé? Or, nous pouvons répondre sans hésitation: Nous n'aurions rien gagné du tout mais nous aurons beaucoup perdu.

Il importe à ce sujet de dire aussi quelques mots des questions touchant les rapports internationaux, notamment de l'accord qui est soumis à vos délibérations.

Il semble bien que, quant au fond, il ne soit pas contesté; c'est un bon accord, chacun le reconnaît.

M. Lejeune a posé à ce propos une question à laquelle je veux répondre. Il a demandé si la convention italo-suisse oblige notre pays à accorder les concessions. Il ne fait l'ombre d'aucun doute que la convention crée une telle obligation. Le but de la convention est précisément de mettre en valeur la force hydraulique du Spöl, d'un commun accord entre les deux Etats contractants, et cela, d'une part, dans l'usine à accumulation de Cancano-Premadio et, d'autre part, dans l'usine à accumulation de Livigno. C'est bien à cet effet que les deux Etats ont résolu de conclure la convention.

Pour pouvoir mettre en valeur la force hydraulique dans les deux usines en question, il faut nécessairement accorder les concessions correspondantes. Il s'agira en tout de quatre concessions: deux pour la force qu'il s'agit d'utiliser dans le système de la dérivation vers l'Adda et deux pour l'accumulation de Livigno. La convention n'aurait pas sa raison d'être si les deux Etats ne prenaient pas réciproquement un tel engagement à cet égard. Cet engagement est l'objet principal, l'essence même de la convention. Il est, non seulement stipulé dans le préambule. On retrouve ses traces dans les différents articles de la convention. (Voir, par exemple, les articles 1, 2, 5, 6, 12 et 18, ainsi que le chiffre I du protocole additionnel à la convention.) Dans le message du Conseil fédéral, il est d'ailleurs dit expressément, à la page 13, que les deux Etats sont convenus qu'il y a lieu de concéder aux requérants italiens et suisses les droits d'eau nécessaires. Il s'agit donc bien là d'un engagement international. C'est d'ailleurs la raison principale pour laquelle l'arrêté fédéral approuvant la convention est muni de la clause référendaire.

Mais il va de soi que cet engagement ne signifie pas que les deux Etats soient obligés d'accorder des concessions à n'importe quel prix. L'octroi des concessions devra être précédé, en Suisse comme en Italie, d'une enquête publique. Les conditions devront être fixées d'un commun accord, comme ce fut le cas pour l'usine de val di Lei. C'est la raison pour laquelle l'article 12 stipule que les actes de concession «n'auront leur effet que lorsque les deux gouvernements se seront déclarés d'accord sur les conditions imposées.» Toutefois – et c'est un point très important sur lequel nous avons insisté dans le message – l'Italie a donné d'emblée son accord à ce que la Suisse puisse, d'une manière autonome, imposer au concessionnaire les obligations jugées nécessaires pour protéger le Parc national et pour fixer l'emplacement de la centrale de l'usine à accumulation de Livigno.

En examinant l'accord qui vous est présenté, vous constaterez qu'une répartition tout à fait judicieuse a été faite entre l'Italie et la Suisse. Ce point n'est pas contesté.

Nous devons cependant nous demander ce qui arriverait et, le cas échéant, quels avantages nous pourrions tirer de la non-acceptation de la convention, c'est-à-dire si nous mettions l'Italie dans l'impossibilité d'exécuter la convention. Ce point qui est d'une importance exceptionnelle vous a déjà été expliqué par plusieurs orateurs. Je ne m'y arrêterai donc pas longtemps.

En droit international, il n'existe aucun accord ni aucune liaison de quelque nature que ce soit avec l'Italie en ce qui concerne le partage des droits sur des eaux qui ont un caractère international.

On vous a dit que dans la doctrine internationale, deux points de vue – celui de la territorialité et celui de l'intégrité – s'affrontent.

D'après le point de vue de la territorialité, l'Etat situé à l'amont peut disposer de la manière la plus complète des eaux sans s'occuper des répercussions que cet usage aura à l'aval.

Au contraire, le principe de l'intégrité est exactement opposé. L'Etat qui est à l'aval a le droit d'intervenir pour que le pays situé à l'amont s'abstienne de faire sur son territoire tout usage des eaux qui soit préjudiciable à l'aval.

Il s'agit là de simples théories qu'on évoque tour à tour pour tâcher de trouver une solution pratique aux problèmes qui se posent.

La Suisse, si elle ne regardait que son intérêt, devrait être en faveur du principe de la territorialité. En effet, elle se trouve généralement à l'amont des cours d'eau. Elle aurait donc des avantages à tirer du principe selon lequel l'Etat situé à l'amont peut disposer librement des cours d'eau qui prennent leur source sur son territoire.

Mais si nous épousions cette thèse, vous voyez que nous serions immédiatement déboutés dans le cas présent puisqu'il s'agit d'eaux qui proviennent du territoire situé à l'amont de la Suisse.

Tous les efforts qui ont été faits pour trouver une solution générale permettant de résoudre tant soit peu les contestations internationales n'ont pas abouti.

Le dernier acte qui a une certaine importance est une décision de 1923. A cette époque, une conférence réunie sous les auspices de la Société des Nations a établi un projet de convention générale entre les Etats, projet qui ne prend pas position sur les différents principes juridiques mais qui prévoit simplement, en son article 4, que, lorsqu'un Etat désire exécuter des travaux d'aménagement dont il pourrait résulter, pour tout autre Etat, un préjudice grave, les Etats intéressés négocieront en vue de la conclusion d'accords destinés à permettre l'exécution de ces travaux.

Cette convention n'a pas été ratifiée par la Suisse qui a considéré qu'elle était trop sévère. Elle n'a été approuvée que par dix Etats mais aucun de ces Etats (de l'Amérique du Sud, de l'Australie, de l'Europe du Nord) n'ont de frontière commune entre eux.

Si donc l'accord qui nous occupe n'est pas ratifié par le Conseil fédéral, nous craignons fort que l'Italie ne reprenne sa liberté de mouvement. Elle n'est liée par aucun accord juridique mais uniquement par des sentiments de bon voisinage.

On a dit hier que si l'accord n'intervenait pas, l'Italie n'irait probablement pas jusqu'à détourner

les eaux du Spöl en territoire italien, étant donné la gravité qu'aurait cette décision et le fait qu'elle serait contraire aux rapports de bon voisinage avec la Suisse.

Mais, messieurs, ferions-nous vraiment preuve de meilleurs sentiments d'amitié à l'égard de l'Italie si nous repoussions la convention? Est-ce que l'Italie, dans ce cas, ne pourrait pas se sentir dégagée des égards qu'elle a envers la Suisse? Est-ce que l'Italie en tenant compte des besoins en énergie électrique de ses zones industrielles du Nord ne pourrait pas dire «Milan crie famine»?

On peut supposer que l'Italie passerait outre à ses scrupules d'amitié et détournerait au moins une partie des eaux du Spöl. Nous aurions naturellement des possibilités de nous défendre et nous nous défendrons. Il y a une possibilité de se référer au traité de conciliation et de règlement judiciaire avec l'Italie mais il semble juste de dire que si un différend pareil était porté devant une cour internationale, celle-ci inviterait finalement les parties, une fois encore, à essayer de se mettre d'accord. Et, dans ce cas, je ne pense pas que la Suisse pourrait obtenir des conditions meilleures que celles qui sont consacrées par l'accord qui est soumis à vos délibérations. Du point de vue international, la non-ratification de l'accord ne nous procurerait que des désavantages.

La situation juridique est donc celle-ci: Si l'accord n'est pas ratifié, le canton des Grisons retrouvera sa pleine liberté en ce qui concerne le palier suisse. Le Conseil fédéral n'aura pas la possibilité de s'opposer à la création d'un bassin d'accumulation sur le Spöl et, du côté italien, l'«Italia farà da se», l'Italie pensera en premier lieu à ses intérêts.

Restent encore un ou deux problèmes que je désire examiner ici: On a déclaré au cours de la discussion que l'article 22 de la loi fédérale sur l'utilisation des forces hydrauliques permet de refuser la concession de l'utilisation du Spöl. L'article 22 - vous le connaissez - est celui qui vise la protection des sites. Il spécifie que la beauté des sites doit être ménagée et même conservée intacte, si un intérêt public majeur l'exige. Si, compte tenu de l'intérêt majeur et public, il faut construire une usine, celle-ci doit déparer le moins possible le paysage.

On a voulu tirer de cet article 22 l'obligation impérative pour les autorités de ne pas accorder de concession. Or, il est indiscutable que l'article 22 ne donne pas une garantie absolue en ce qui concerne la protection des sites. En effet, pour qu'il en soit ainsi, il faudrait que l'atteinte aux sites soit évidente ou dans le cas du Spöl, cette atteinte, ne dépassera pas ce qui peut être admis en général lorsqu'on veut construire des usines électriques. Mais l'article 22 prévoit encore - et c'est là l'interprétation qu'on lui a donnée - que les intérêts de la protection de la nature doivent être mis en regard d'autres intérêts généraux. Ces intérêts généraux sont, par exemple, l'approvisionnement du pays en électricité, l'intérêt des communes, du canton et de notre économie nationale; c'est enfin l'intérêt international.

Je ne m'arrêterai pas sur les avantages que l'exploitation du Spöl en liaison avec les paliers prévus

sur l'Inn apporterait à la production de l'énergie électrique. On en a largement parlé au cours de la discussion. Je voudrais simplement vous rappeler que notre pays connaît, en matière de production d'électricité, une situation tendue même dans les années normales du point de vue météorologique. Cette situation pourrait devenir catastrophique dans des années à régime de faibles précipitations. Grâce à l'achèvement des usines en construction, notre capacité de production d'électricité augmentera de 5,5% entre 1951 et 1962. La moyenne pour la période comprise entre 1939 et 1949 a été de 5% par an. Mais la consommation augmentant dans une proportion plus grande et au cours des cinq dernières années l'accroissement de la consommation s'est élevé à 7,3%.

Vous avez certainement eu connaissance de la conférence extrêmement intéressante que M. Aeschlimann, président de l'Union des centrales suisses, a faite à Zurich, le 29 mars 1957, sous le titre: «Die Energieversorgung in der Schweiz in der Übergangszeit zum Atomzeitalter.»

En lisant cette conférence bien documentée, on est frappé par le fait que les moyens à disposition de notre économie pour couvrir la période qui s'étendra jusqu'au moment où la production de l'énergie nucléaire sera rentable et assez importante, sont extrêmement limités.

Il y a tout d'abord et avant tout la possibilité d'augmenter la production des usines thermiques qui fonctionnent au charbon ou à l'huile minérale. Le grand désavantage de ce système est qu'il augmente notre dépendance de l'étranger. D'ailleurs, cette production ne saurait jouer un très grand rôle dans la production totale d'énergie électrique.

Nous avons ensuite la possibilité d'importer de l'énergie électrique mais cette possibilité diminue chaque année davantage car, petit à petit, la production de tous les Etats devient déficitaire et dans quelques années nous ne pourrions plus importer de l'étranger assez d'énergie électrique pour faire l'appoint pendant l'hiver. L'unique possibilité qui reste consiste à pousser le programme de construction d'usines hydrauliques.

Messieurs, j'ai entendu hier, avec un certain malaise, M. Grendelmeier se lancer dans une critique contre le supercapitalisme et contre les banques qui cherchent leur intérêt en investissant des fonds dans la production d'énergie électrique. On lui a assez bien répondu. Il est exact que les banques mettent des fonds à disposition et qu'elles le font dans leur intérêt. Il est exact aussi que les constructeurs cherchent leur intérêt. Cela est bien clair mais cet intérêt correspond à l'intérêt général. Messieurs, un bureau d'avocat cherche, lui aussi, son propre intérêt tout en s'efforçant de l'accorder avec l'intérêt général. J'estime que nous ne pouvons pas faire un reproche aux usines qui se préoccupent d'augmenter la production d'énergie électrique. Je pense, au contraire, qu'on doit les féliciter car il serait malheureux si nous devions en revenir à la période 1948 à 1950 où notre pays a subi une pénurie d'électricité. Les efforts des entreprises électriques ne sont pas, je le répète, en opposition avec les intérêts généraux du pays mais sont, au contraire, conformes à ces intérêts.

Nous avons fait ces dernières années une petite expérience: pendant l'hiver 1955/1956, les précipitations ont été extrêmement faibles et le Département des postes et chemins de fer a dû imposer certaines mesures de restrictions d'électricité. Heureusement, celles-ci ont été de courte durée: 15 jours à 3 semaines. Mais pendant cette brève période, nous avons eu le sentiment très vif que ces mesures portaient une atteinte très grave à notre économie, atteinte qui ne se limitait pas seulement au rendement des capitaux intéressés mais qui se répercutait jusqu'au dernier des ouvriers empêché de travailler toute la semaine dans son usine.

Il y a aussi l'intérêt des communes qui doit être pris en considération. Je ne m'arrêterai pas sur ce point dont M. Sprecher a parlé avec une grande conviction.

Je sais bien que l'initiative qui vient d'être lancée promet aux populations de ces régions qu'elles seront complètement dédommagées. En d'autres termes, on leur promet, le beurre et l'argent du beurre, la préservation de leurs beautés naturelles et le paiement des frais par la Confédération. Or, je ne sais pas si le peuple suisse sera disposé à payer la totalité des frais de l'opération. Il est certain, par contre, que la solution envisagée permettra aux communes et aux régions intéressées d'améliorer leur situation.

Il y a aussi la question de l'intérêt national. Toute la politique de l'O.E.C.E. et toute la politique internationale en matière de développement économique tendent à promouvoir une plus grande collaboration entre Etats en matière de production d'électricité. Nos rapports avec l'Italie sont tels, d'autre part, qu'il me paraît que ce pays pourrait être quelque peu froissé par un refus de la Suisse, l'Italie s'étant montrée généreuse à notre égard dans la question du val di Lei.

Messieurs, les bons rapports entre Etats ne s'entretiennent pas seulement par des proclamations et des bons dîners ou des rencontres amicales; elles s'entretiennent et se fortifient lorsque les Etats font preuve de compréhension mutuelle.

Je désire m'arrêter un instant à une autre question: c'est celle de savoir quelles seront les répercussions qu'aura sur l'Inn la construction des usines de l'Engadine, puisque, je le répète: Qui dit Spöl pense Inn. Il vous intéressera donc d'avoir quelques renseignements sur le régime de l'Inn. La première observation est que le régime naturel de l'Inn est de type alpin, caractérisé par une abondance estivale considérable, surtout durant les mois de juin et de juillet, par suite de la fonte des glaciers et des neiges; par un étiage hivernal prolongé très accentué; par des débits pouvant varier fortement et rapidement durant les saisons intermédiaires (printemps et automne).

Après l'exécution des travaux prévus, le régime de l'Inn sera le suivant:

a) la section comprise entre ses sources et la Punt Chamues-ch, c'est-à-dire l'endroit où le torrent qui descend du val Chamuera se déverse dans l'Inn.

Contrairement à plusieurs projets précédents, toute la vaste contrée située en amont de ce confluent, c'est-à-dire la région des lacs de la Haute-Engadine, celle de la Bernina et celle du val Beverin, n'est plus touchée par les plans d'aménagement

actuels. Tout le long de la section précitée, sur une longueur de 30 km. environ, la réalisation des projets actuels n'apportera donc aucune modification au débit naturel de l'Inn.

b) La section comprise entre la Punt-Chamues-ch et la prise d'eau de S-chanf (palier de S-chanf-Pradella).

L'usine de Chamuera-S-chanf aura pour effet d'enlever à cette section de l'Inn les eaux d'un bassin versant de 58,6 km², c'est-à-dire de 9,5% du bassin versant total de l'Inn à S-chanf. Une fois les usines prévues construites, ce n'est donc que de ce faible pourcentage que seront réduits les débits naturels de l'Inn le long de cette section de 6 km.

c) La section comprise entre la prise d'eau de S-chanf et la restitution des eaux utilisées à Martina.

C'est le long de cette section d'environ 60 km. que l'influence des usines projetées se fera vraiment sentir. Mais on ne saurait parler d'un assèchement du lit de l'Inn. Des débits notables subsisteront du fait que: 1. Les ouvrages de captage de l'Inn et de la plupart des affluents utilisés ont été calculés pour absorber un débit déterminé. Lorsque le débit de ces cours d'eau dépasse cette limite - ce qui, presque toujours, a lieu en juin et juillet - les débits en surplus continuent à suivre leur cours habituel, donc à alimenter le lit de l'Inn. 2. Un certain nombre d'affluents de l'Inn et du bas Spöl ne sont pas captés du tout. 3. Un certain débit minimum (appelé débit réservé ou débit de dotation) sera donné aux prises du Spöl et de l'Inn, de sorte que même à l'aval immédiat de ces ouvrages ces cours d'eau ne seront jamais à sec.

En conclusion, nous pouvons dire qu'il serait faux de parler d'une mise à sec du lit de l'Inn. En effet, de ses sources dans la région de Maloja jusqu'à la Punt, ses débits ne subiront aucune modification. Entre la Punt et S-chanf, ses débits ne seront réduits que très faiblement par suite de l'accumulation de Chamuera. Ce n'est qu'à l'aval de S-chanf que l'influence des usines se fera fortement sentir, sans pourtant qu'on puisse parler d'un assèchement.

Il n'est pas encore possible, aujourd'hui, de préciser quels seront les débits réservés car ceux-ci doivent encore être fixés, d'entente avec les services cantonaux et fédéraux compétents, l'inspection des forêts, chasse et pêche en particulier. Les organes cantonaux et fédéraux de la protection de la nature auront aussi l'occasion de donner leur avis. En fait, si par la suite on devait constater que les débits réservés admis ne satisfont pas aux exigences justifiées de l'hygiène et de la protection du paysage, les concessions prévoient expressément que le Petit Conseil du canton des Grisons pourra obliger le concessionnaire à les augmenter dans la mesure jugée nécessaire.

J'ai tenu à vous donner ces précisions, bien que cette question ne touche pas la question qui vous est soumise.

En conclusion de ce que je viens de vous dire, je vous demande de bien vouloir souscrire aux propositions du Conseil fédéral.

M. Akeret a posé la question de savoir si, étant donné qu'une initiative populaire a été lancée, il ne serait pas utile de renvoyer la solution à plus tard. Je ne partage pas ce point de vue. L'initiative,

remarquons-le, est encore dans l'œuf; nous ne savons pas si elle aboutira. Il est du devoir du gouvernement de continuer à assumer tranquillement ses responsabilités. Quand l'initiative aura abouti, nous la discuterons; nous verrons ce qu'il conviendra de faire. Et je dois donner la même réponse pour le cas où M. Akeret se serait posé la question de savoir ce qu'il conviendra de faire si l'initiative devait avoir recueilli un nombre suffisant de signatures, si les Conseils devaient avoir approuvé l'accord et autorisé ainsi le Conseil fédéral à passer à la ratification définitive avant que le sort de l'initiative ne soit fixé.

Sur ce point-là, toutefois, je ne veux pas être absolument catégorique. Il me semble pourtant qu'il n'y a qu'une seule solution: si les Chambres fédérales ratifient l'accord, le délai référendaire commencera de courir. Si une partie du peuple suisse n'est pas d'accord avec ce que vous déciderez dans un instant, il aura le droit de demander que l'arrêté soit soumis au vote populaire. Si le peuple repousse l'arrêté, la question sera alors réglée; si au contraire il accepte les propositions du Conseil fédéral, la question sera également liquidée. C'est le peuple suisse qui doit nous dire s'il est d'accord et s'il accepte les propositions du Conseil fédéral. Et même au cas où le referendum ne serait pas lancé, on pourrait alors interpréter ce fait comme une approbation tacite qui autoriserait le Gouvernement fédéral à ratifier.

Je vois bien qu'il peut en résulter une situation juridique semblable à celle qui a surgi dans la question de Rheinau. Mais ce n'est pas la faute des pouvoirs publics s'ils ont poursuivi l'examen de ce problème et s'ils sont arrivés à la solution qu'ils vous soumettent. Ce n'est pas du jour au lendemain qu'on est parvenu à cette solution; il y a au moins dix ans qu'on en parle et deux ans au moins se sont écoulés depuis qu'un projet presque définitif a été rendu public. Chacun savait donc que la question du Spöl serait un jour soumise aux pouvoirs de la République, et ceux qui pensaient que la solution proposée pourrait être nuisible à notre pays ont eu amplement le temps de recourir au lancement d'une initiative populaire. En résumé, il me semble qu'on demande un peu trop aux pouvoirs de l'Etat.

Enfin, je comprends un peu les sentiments de tristesse qu'a exprimés M. Dietschi, concernant la protection de la nature; ces sentiments, j'ai eu maintes fois l'occasion de les constater et que je les ai souvent partagés avec lui comme membre de la commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage. Et je me dis qu'il serait beau de vivre dans un monde idéal où l'on pourrait simplement suivre les impulsions du cœur et de l'esprit. Malheureusement, chaque problème a son bon et son mauvais côté et il faut souvent avoir recours aux transactions; l'essentiel est que ces dernières soient supportables.

Je crois pouvoir dire en terminant – et c'est la conclusion à laquelle est arrivé aussi M. Dietschi – que la solution qui vous est proposée est une solution de compromis supportable. Je n'hésite même pas à dire qu'il ne s'agit pas d'une opposition entre la technique et l'homme; il s'agit plutôt de la tentative d'harmoniser des exigences qui sont les unes et les autres humaines: d'un côté celles qui nous deman-

dent impérieusement de conserver, pour notre joie, pour notre élévation, ce que Dieu a créé de beau dans notre pays, de l'autre côté, celles un peu plus vulgaires qui nous enseignent que l'homme, pour vivre, pour assurer son bonheur, a le droit d'exploiter les biens que la nature met à sa disposition.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

Artikelweise Beratung – Discussion des articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Titre et préambule, art. 1 et 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adoptés

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

143 Stimmen

Dagegen

2 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

7459. Brotgetreideversorgung, Verlängerung der Übergangsordnung Régime transitoire du blé. Prorogation

Botschaft und Beschlussentwurf vom 12. Juli 1957
(BBI II, 227)

Message et projet d'arrêté du 12 juillet 1957 (FF II, 235)

Beschluss des Ständerates vom 18. September 1957

Décision du Conseil des Etats du 18 septembre 1957

Antrag der Kommission

Eintreten.

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung – Rapports généraux

Eugster, Berichterstatter: Das vorliegende Geschäft über die „Verlängerung der Übergangsordnung betreffend die Brotversorgung des Landes“ ist die Folge des verwerfenden Voksentseides vom 30. September 1956.

Leider hat der Volksentscheid das Problem in keiner Weise gelöst.

Die geltende Getreideordnung beruht auf einer doppelten Grundlage: einmal dem Artikel 23bis der Bundesverfassung und dem Getreidegesetz vom Jahre 1932; sodann dem Verfassungszusatz vom 26. September 1952 und dem Bundesbeschluss vom 19. Juni 1953 über die Brotversorgung des Landes. Diese Gesetzgebung, die diejenige von 1932 abändert und ergänzt hat, ist nur noch bis Ende dieses Jahres gültig.

Nutzbarmachung des Spöls. Vereinbarung mit Italien

Utilisation de la force hydraulique da Spöl. Convention avec l'Italie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1957
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	7438
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.09.1957
Date	
Data	
Seite	781-793
Page	
Pagina	
Ref. No	20 036 379

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

M. Glasson, rapporteur: Le Conseil des Etats a décidé tacitement ce matin de maintenir l'article 42bis dans la teneur proposée par le Conseil fédéral, c'est-à-dire que la Confédération doit amortir «le découvert de son bilan.»

En revanche, votre commission a décidé de modifier son attitude antérieure et de faire le *salto mortale* que m'avait si gentiment reproché notre collègue Duft et que lui-même a bien voulu faire en proposant à notre commission de renoncer à l'expression: «amortir sa dette», afin d'éliminer cette divergence.

Ainsi la commission unanime vous propose d'adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Präsident: Ein anderer Antrag wird nicht gestellt; Sie haben gemäss Antrag der Kommission dem Ständerat zugestimmt. Damit ist das Geschäft für diese Saison erledigt. Wir werden uns in der Januarsession, möglichst zu Beginn, wieder damit befassen.

Angenommen – Adopté

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

**Vormittagssitzung vom 20. Dezember 1957
Séance du 20 décembre 1957, matin**

Vorsitz – Présidence: Herr Bratschi

**7501. Frostschäden
Dégâts causés par le gel**

Siehe Seite 1015 hiervor – Voir page 1015 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 20. Dezember 1957
Décision du Conseil des Etats du 20 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Beschlusentwurfes 139 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**7520. Milchprodukte. Befristete zusätzliche
Finanzierung des Absatzes
Placement de produits laitiers. Financement
complémentaire**

Siehe Seite 945 hiervor – Voir page 945 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember 1957
Décision du Conseil des Etats du 19 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Beschlusentwurfes 143 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**7029. Eisenbahngesetz
Loi sur les chemins de fer**

Siehe Seite 952 hiervor – Voir page 952 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 20. Dezember 1957
Décision du Conseil des Etats du 20 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Gesetzentwurfes 145 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**7438. Nutzbarmachung des Spöls.
Vereinbarung mit Italien
Utilisation de la force hydraulique du Spöl.
Convention avec l'Italie**

Siehe Seite 781 hiervor – Voir page 781 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 18. Dezember 1957,
Décision du Conseil des Etats du 18 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Beschlusentwurfes 139 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**7403. Familienzulagen an landwirtschaftliche
Arbeitnehmer und Bergbauern
Allocations familiales aux travailleurs
agricoles et aux paysans de la montagne**

Siehe Seite 1029 hiervor – Voir page 1029 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 20. Dezember 1957
Décision du Conseil des Etats du 20 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Gesetzentwurfes 155 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**7435. Landesversorgung mit Zucker
Approvisionnement du pays en sucre**

Siehe Seite 1020 hiervor – Voir page 1020 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 20. Dezember 1957
Décision du Conseil des Etats du 20 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Beschlusentwurfes 146 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**Schluss des stenographischen Bulletins der Wintersession 1957
Fin du Bulletin sténographique de la session d'hiver 1957**

Nutzbarmachung des Spöls. Vereinbarung mit Italien

Utilisation de la force hydraulique du Spöl. Convention avec l'Italie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1957
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	7438
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1957
Date	
Data	
Seite	1050-1050
Page	
Pagina	
Ref. No	20 036 448

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**7410. Territorialkompanien und Ortswehren.
Ausserordentliche Instruktionsdienste
Compagnies territoriales et gardes locales.
Services d'instruction extraordinaires**

Siehe Seite 124 hiervor – Voir page 124 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 13. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 13 décembre 1957

Präsident: Sie erinnern sich noch, dass, als der Nationalrat die Dringlichkeitsklausel des Bundesbeschlusses über ausserordentliche Instruktionsdienste abgelehnt hatte, seinerzeit der Bundesrat gewünscht hat, die Schlussabstimmung in einem spätern Zeitpunkt vorzunehmen. Nun haben die Büros der beiden Räte den Standpunkt vertreten, dass der Bundesbeschluss der Schlussabstimmung unterbreitet werden soll. Der Bundesrat hat nun dagegen nichts einzuwenden und betrachtet die Sache als gegenstandslos, so dass wir zur Schlussabstimmung schreiten können.

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**7440. Krankenkassen. Zusätzliche Beiträge
Caisses maladie. Subsidés supplémentaires**

Siehe Seite 365 hiervor – Voir page 365 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 2 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

**7434. Nutz- und Zuchtvieh. Absatzförderung
Placement du bétail de rente et d'élevage.
Encouragement**

Siehe Seite 425 hiervor – Voir page 425 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 13. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 13 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**7436. Weinbau- und Weinfachschulen.
Zusätzlicher Bundesbeitrag
Ecoles de viticulture et d'œnologie.
Subvention supplémentaire**

Siehe Seite 428 hiervor – Voir page 428 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 13. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 13 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**Nachmittagssitzung vom 18. Dezember 1957
Séance du 18 décembre 1957, après-midi**

Vorsitz – Présidence: Herr Stähli

**7438. Nutzbarmachung des Spöls.
Vereinbarung mit Italien
Utilisation de la force hydraulique du Spöl.
Convention avec l'Italie**

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 28. Juni 1957
(BBl II, 1)

Message et projet d'arrêté du 28 juin 1957 (FF II, 1)

Beschluss des Nationalrates vom 27. September 1957
Décision du Conseil national du 27 septembre 1957

Antrag der Kommission

Eintreten.

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

M. Antognini, rapporteur: Le projet d'arrêté soumis à nos délibérations tend à l'approbation de la convention conclue entre la Confédération suisse et la République italienne au sujet de l'utilisation de la force hydraulique du Spöl.

Cette convention présente pour la Suisse, et en particulier pour le canton des Grisons et la Basse Engadine, des avantages incontestables. Cependant, le projet a donné lieu à des discussions passionnées. Il a soulevé des oppositions très vives dans l'opinion publique, parce que l'utilisation du Spöl intéresse la région du Parc national, dans une mesure que nous verrons tout à l'heure.

Selon les opposants, la convention conclue avec l'Italie et les ouvrages projetés pour l'exploitation du Spöl sur le territoire suisse seraient incompatibles avec le statut du Parc national tel qu'il est réglé par l'arrêté fédéral du 3 avril 1914. Cela compromettrait gravement l'état naturel du parc et même la possibilité de poursuivre les observations scientifiques prévues par la charte à laquelle le parc doit sa création.

Pour juger objectivement la situation, il est nécessaire de connaître, au moins dans ses grandes lignes, le plan d'ensemble de l'aménagement de l'Inn et du Spöl, tel qu'il est prévu pour le cas où la convention conclue avec l'Italie entrerait en vigueur.

Dès 1908, l'exploitation du Spöl a été jugée intéressante. Je vous fais grâce d'un exposé détaillé des différents projets envisagés et des compétitions qui ont retardé l'étude du problème avant que les concurrents parviennent à s'accorder, sur le plan de la Société des usines électriques de l'Engadine, pour l'aménagement, dans le secteur cantonal, de l'Inn et de ses affluents. Le message donne toutes les informations utiles sur ce point. Il convient toutefois de mentionner le projet préparé en 1919 déjà par l'ingénieur Adolf von Salis, auquel nous aurons l'occasion de nous référer dans le présent rapport.

Les deux événements marquants qui intéressent directement le plan général actuel sont la présentation, en 1950, du projet de la Société des usines de l'Engadine, déjà citée, et la signature de la convention du 27 mai 1957 entre la Suisse et l'Italie, sur laquelle nous devons maintenant nous prononcer.

Le plan d'ensemble présente un aspect national et un aspect international. Il comprend trois groupes de projets et d'usines.

Un premier groupe réunit les projets des Usines électriques de l'Engadine S.A., pour l'aménagement cantonal de l'Inn et de ses affluents. Quatre usines sont prévues: l'usine à accumulation de S-chanf avec le lac artificiel de Chamuera; l'usine de Pradella, palier supérieur de l'Inn, avec bassin d'accumulation à Praspöl; l'usine de Martina, palier inférieur de l'Inn; l'usine de Tasna, sur le versant gauche de la vallée.

Le palier supérieur de l'Inn réalise sous une forme plus moderne le projet présenté en 1919 par l'ingénieur von Salis. Du point de vue technique, comme du point de vue économique, il pourrait être réalisé isolément. Aux termes de la concession accordée par les communes, les Usines électriques de l'Engadine se sont, en effet, engagées à exécuter ce projet, de même que celui du palier inférieur de Martina, même si la section internationale Livigno-Punt-dal-Gall ne devait pas se réaliser.

En deuxième lieu vient le projet d'aménagement international du Spöl. Le caractère international de cet ouvrage réside dans le fait que le grand bassin d'accumulation de Livigno met en valeur les eaux du Spöl et de l'Ovo del Gall, qui relèvent à la fois de la souveraineté suisse et italienne. Ce caractère international est confirmé par le fait que la cuvette du bassin d'accumulation, d'un volume utile de 180 millions de mètres cubes, se trouve pour la plus grande partie en territoire italien, alors que les barrages de retenue chevauchent la frontière et que la centrale est située en Suisse, bien qu'à l'extérieur du Parc national. L'apport d'eau nécessaire pour remplir le bassin de Livigno, qui doit remplacer le volume d'eau détournée vers le bassin italien de l'Adda, sera assuré par pompage, à partir du lac artificiel de Präspol.

Pour des raisons d'ordre économique, la construction du bassin de Livigno ne pourrait être réalisée sans créer en aval des ouvrages cantonaux. Dans le

cas particulier, le bassin d'accumulation de Livigno aura pour la Suisse l'avantage de permettre la transformation d'une quantité notable d'énergie d'été en énergie d'hiver de haute valeur dans les deux centrales de Pradella et de Martina.

La troisième partie du plan d'aménagement concerne l'Italie.

La construction du bassin d'accumulation de Livigno, en territoire italien, ne pourrait être favorisée par l'Italie si le plan d'ensemble ne prévoyait pas le détournement d'un important volume d'eau, par un système de collecteurs s'étendant jusque dans la région de l'Alto Spöl, afin de l'utiliser, avec les eaux provenant du bassin de l'Adda, dans la centrale de Premadio. Cet aménagement fait partie d'un plan établi par l'Azienda Elettrica Municipale di Milano.

Après avoir esquissé les lignes principales du projet général d'aménagement et en nous référant, pour les détails techniques et les chiffres, au message du Conseil fédéral et à la copie des plans qui le complètent, passons maintenant à l'examen des points essentiels de la convention.

Cette convention est le fruit d'un compromis basé sur le principe d'une compensation équitable entre les intérêts opposés des deux parties contractantes. Il ne faut donc pas se faire d'illusions en pensant que la solution à laquelle on a abouti après de longues et difficiles négociations satisfait entièrement les revendications opposées de l'une ou l'autre des deux parties. C'est dans la nature et la logique des choses de tout compromis. Les intéressés doivent consentir à quelques sacrifices, dans l'intérêt d'une solution pacifique.

Ces prémisses étant établies, votre commission unanime estime que les résultats obtenus par nos négociateurs lors de l'élaboration de la convention sauvegardent dans une mesure satisfaisante les intérêts légitimes de notre pays et méritent par conséquent d'être ratifiés.

Pour justifier ce point de vue, il suffit de mettre en évidence les dispositions-clés de la convention.

Le préambule constate que la dérivation d'une partie des eaux du Spöl sur le versant italien, selon la proposition italienne, et la création du bassin de Livigno, selon la proposition suisse, constituent deux modes d'utilisation de la force hydraulique des sections de cours d'eau situés dans la partie amont en Italie, dans la partie aval en Suisse.

Il est reconnu que chacun des deux Etats a des droits sur la force hydraulique qui résultera de l'utilisation des eaux.

Les deux Etats conviennent qu'il sera concédé aux requérants italiens et suisses les droits nécessaires à l'utilisation de la force hydraulique; ils établiront, compte tenu des eaux et de la chute utilisable, la quantité de force revenant à chacun des deux-pays contractants; ils procéderont, en outre, à un échange d'énergie électrique, comme si la force mise en valeur relevait de la souveraineté d'un seul Etat.

La convention reconnaît le droit pour l'Italie de dériver 97 millions de mètres cubes par année du cours naturel des eaux, ce qui représente le tiers environ du débit du Spöl à Punt-dal-Gall, ce volume d'eau devant être utilisé dans l'usine de Premadio.

La part d'énergie hydraulique revenant à la Suisse sur la production de l'usine de Premadio est de 128 millions de kilowattheures; la part revenant à l'Italie sur la production de l'usine de Livigno étant de 36,5 millions, il reste à l'usine de Premadio un solde de 91,5 millions de kilowattheures à la disposition des concessionnaires suisses de l'usine de Livigno. Ce n'est qu'au cas où ce solde ne pourrait être utilisé dans le délai d'une année que l'usine de Premadio pourrait l'employer en Italie contre paiement d'une redevance.

La convention prévoit le droit d'établir à Livigno une retenue dont la capacité utile sera de 180 millions de mètres cubes. Ce bassin d'accumulation sera utilisé exclusivement en faveur de la Suisse et représente la compensation reconnue à la Suisse pour le volume d'eau que l'Italie détourne vers l'Adda.

Le barrage sera construit de telle sorte qu'il offre le maximum de sécurité pour la Suisse, conformément à la législation en vigueur dans ce pays. L'emplacement de la centrale sera fixé dans l'acte de concession suisse.

Le concessionnaire désigné par le Conseil fédéral pourra acquérir sur territoire italien, selon la législation de ce pays, les biens-fonds et les droits nécessaires pour la construction et l'exploitation du bassin. Les intérêts suisses en matière fiscale sont sauvegardés.

Le droit d'accorder les concessions est réglé comme suit: Pour ce qui concerne l'aménagement de l'Inn sont applicables les articles 2, alinéa premier, et 38 de la loi fédérale, laquelle laisse à la législation cantonale le soin de déterminer qui a le droit de disposer des forces d'eau publiques.

En ce qui concerne l'aménagement international de Livigno, c'est à la Confédération qu'il appartient d'accorder la concession; du côté suisse, le concessionnaire obtiendra également une concession de la part des autorités italiennes compétentes. L'octroi de la concession pour la partie italienne est du ressort de l'Italie; mais il appartient à la Suisse d'octroyer à l'Azienda Elettrica Municipale di Milano un droit complémentaire, étant donné que les sections du fleuve touchent à la frontière suisse à Punt-dal-Gall.

Il résulte de cet exposé, quelque peu sommaire, que les droits et les intérêts suisses ont été pris en considération de façon satisfaisante dans cette convention et que les compensations réservées à notre pays apparaissent comme équitables.

Quels sont les avantages qui découlent pour la Suisse de l'accord en question? La convention a le mérite d'avoir trouvé, dans une situation qui, par sa complexité, pouvait paraître inextricable, une solution qui répond aux exigences techniques et économiques et qui présente le rare privilège d'être avantageuse pour les deux parties contractantes.

En effet, l'Italie pourra, grâce à cette convention, agrandir ses installations hydro-électriques du cours supérieur de l'Adda. Le service électrique de la ville de Milan pourra utiliser l'eau dérivée du Spöl non seulement pour son usine de Premadio mais aussi pour les usines situées plus bas sur le cours de l'Adda, jusqu'au lac de Côme.

De l'autre côté, la Suisse peut également construire l'usine internationale de Livigno comme si celle-ci était exclusivement suisse.

L'avantage de la Suisse consiste surtout en la compensation prévue comme contrepartie de la dérivation italienne vers le versant de l'Adda. Cette compensation est représentée par l'avantage que les usines cantonales de Pradella et Martina tireront de l'eau accumulée à Livigno et qui leur permettra d'accroître de façon notable, en hiver, la production d'une énergie de haute valeur; et l'usine qui sera construite entre Martina et Prutz, à la frontière austro-suisse, profitera, elle aussi, de cet avantage. L'Autriche reçoit ainsi une compensation équitable pour l'eau qui est soustraite par la dérivation italienne.

La production annuelle totale des deux projets, cantonal et international, est de l'ordre de 1,5 milliard de kilowattheures. Cet apport sera extrêmement précieux pour l'économie de notre pays, où la consommation augmente dans une proportion plus forte que celle de la production.

Il convient encore de relever que le canton des Grisons et les communes intéressées devraient percevoir, outre la taxe unique de 2 millions de francs, une somme annuelle de 6 millions de francs environ.

Cette convention présente encore cet avantage qu'elle exclut l'éventualité de la construction d'un bassin d'accumulation exclusivement italien dans la vallée de Livigno, avec le danger d'une dérivation plus massive, et elle offre un point de départ pour l'aménagement, sur le plan cantonal, de l'Inn et de ses affluents. La solution de compromis qui nous est proposée fait partie des devoirs que nous impose la collaboration internationale; elle contribuera à maintenir dans un pays voisin et ami une atmosphère propre à faciliter la solution d'autres importants problèmes intéressant les deux pays.

Si l'on veut apprécier la valeur de cette entente, il importe de ne pas oublier que dans le domaine international de l'économie hydraulique le droit est aussi fluide que l'eau qui coule dans les rivières. Aucune norme positive ne règle de façon précise la situation de droit dont peuvent se prévaloir les pays qui se trouvent en amont ou en aval d'une rivière. Notre pays aurait même été embarrassé s'il avait dû choisir entre les deux doctrines opposées de l'intégrité et de la territorialité. En effet, nous sommes chez nous en aval du Spöl et notre pays n'aurait pu défendre une théorie favorable à des territoires situés en aval, sans préjuger les situations futures qui pourraient exiger une prise de position contraire.

Le message du Conseil fédéral rappelle à juste titre l'avis du professeur Burckhardt qui, après avoir constaté qu'il n'existe en cette matière aucune notion quant à ce que chacun doit concéder ou peut défendre avec intransigeance, arrive à la conclusion qu'on en est réduit à rechercher une compensation empirique et M. Burckhardt recommande aux parties de s'entendre librement. Le jugement de Salomon de n'importe quelle cour internationale arriverait probablement à la même conclusion, au cas où la convention étant rejetée, la Suisse devrait défendre en justice cette revendication vis-à-vis de l'Italie.

Votre commission estime que si l'on tient compte des circonstances et des difficultés qui ont été signalées, la convention apparaît comme suffisamment satisfaisante pour ce qui concerne la sauvegarde des droits et des intérêts de notre pays. Avant de vous en proposer l'adoption, elle a toutefois jugé nécessaire d'examiner la situation, les conséquences que l'aménagement prévu pourrait avoir sur le territoire du Parc national. Ce dernier symbolise en quelque sorte l'amour du peuple suisse pour les beautés naturelles du pays. Notre Parc national est ouvert à l'observation scientifique qui peut nous aider à connaître plus intimement la vie, en partie encore secrète, de la flore et de la faune de nos montagnes. Le peuple suisse, pensons-nous, est bien résolu à protéger dans ce parc la virginité de l'état naturel contre toute contamination de l'œuvre des hommes. C'est sur les limites de cette protection que divergent les opinions.

Faut-il considérer le Parc national comme une espèce d'îlot sacré, où l'état naturel primitif et sauvage ne saurait souffrir de subir la moindre atteinte des œuvres de l'homme, comme le voudraient ceux qui s'opposent au projet? Ou est-il possible de concilier cette protection avec les intérêts impérieux du pays, lorsque les inconvénients qui peuvent résulter pour le Parc national ne dépassent pas les limites d'une raisonnable tolérance, ou encore lorsque la conciliation semble être le meilleur moyen de lui épargner des atteintes plus graves? La solution devra avant tout être recherchée dans les actes légaux qui ont présidé à la création du parc et dans les conventions que la Confédération a passées avec les communes intéressées.

La base légale du Parc national est constituée par l'arrêté fédéral du 3 avril 1914, ainsi que par divers contrats et avenants conclus par la Confédération avec la commune de Zernez et d'autres propriétaires.

Ces actes ont provoqué toute une série de discussions juridiques. On s'est demandé quelle était la base constitutionnelle de l'arrêté du 3 avril 1914. On a discuté de sa nature, de sa portée. On a mis en doute la validité des contrats et des avenants conclus par la Confédération avec des communes ou des privés.

L'exposé clair et précis que le chef du département compétent a fait à notre commission a apaisé nos doutes. Si ces objections devaient être reprises au cours de la discussion qui va intervenir, nous pensons que le représentant du Conseil fédéral donnera tous les renseignements nécessaires. Aussi jugeons-nous préférable de ne pas empiéter sur ses prérogatives.

Votre commission est partie du point de vue que l'arrêté du 3 avril 1914, ainsi que l'avenant du 13 juin - 17 août 1920 qui modifie ce contrat sont juridiquement valables. Il s'agit donc d'en interpréter la portée.

Sous cet angle, la commission a constaté que le contrat du 29 novembre 1913 passé avec la commune de Zernez réservait déjà la faculté d'abattre des arbres pour les besoins des alpages et même le droit de prélever dans le parc les matériaux nécessaires à la construction éventuelle d'un chemin de fer qui aurait dû traverser le parc, ainsi que pour l'entretien de la route de l'Ofen. Cela est déjà en

contradiction avec la thèse de l'inviolabilité absolue du parc. L'article 2 de l'arrêté du 3 avril 1914 autorisait le Conseil fédéral à ratifier ce contrat.

Pour ce qui concerne les droits d'exploitation des eaux, le contrat ne contient aucune disposition. On peut difficilement présumer une renonciation tacite à ce droit de la part de la commune de Zernez. On peut se demander si une telle renonciation eût été possible par un acte unilatéral de la seule commune de Zernez, basé sur le système qui règle les droits d'eau dans le canton des Grisons.

La possibilité d'utiliser les forces hydrauliques sur le territoire du Parc national a été explicitement reconnue par la Confédération dans l'avenant du 13 juin - 17 août 1920 conclu avec la commune de Zernez.

L'arrêté fédéral de 1914, article 3, avait accordé au Conseil fédéral, dans le but d'étendre la superficie du Parc national, le pouvoir d'établir d'autres conventions de servitudes avec les propriétaires des biens-fonds qui pourraient entrer en considération. C'est sur cette base légale que se fonde l'avenant de 1920, qui prévoit l'extension du Parc national par l'adjonction de la région de Falcun, située entre le val Illuozza et celui du Spöl. Cet avenant contient, à son article 4, l'engagement suivant: « La Confédération suisse déclare qu'elle ne fera pas opposition à la création d'une retenue sur le Spöl, dans le territoire du parc, par le moyen des barrages nécessaires à la réalisation d'une usine électrique ou d'autres établissements industriels. Elle fait cette déclaration en renonçant à prétendre à une indemnité quelconque.»

Des critiques ayant été formulées, la commission du Parc national fit à la commune de Zernez, le 26 août 1926, la déclaration suivante: « La commission du Parc national est étrangère à ces protestations et il est de son devoir de vous déclarer qu'elle est tenue de respecter le contrat du 13 juin - 17 août 1920 passé entre la Confédération et votre commune.»

Votre commission est d'avis que des accords aussi formels, conclus entre la Confédération et une commune qui, de bonne foi, s'est prêtée à l'élargissement du parc et a toléré durant trente ans les lourdes charges que la convention a fait peser sur son territoire, ne sauraient être infirmés par des interprétations certainement subtiles mais subjectives et pour le moins discutables.

Une autre considération doit retenir notre attention.

La déclaration du Conseil fédéral, faite dans le cadre de l'avenant du 17 août 1920, n'est pas un acte unilatéral et gratuit. Elle trouve sa contrepartie dans l'extension du Parc national à la région de Falcun, ensuite de l'engagement pris par la commune de Zernez dans ledit avenant. Si la valeur de la déclaration du Conseil fédéral devait être mise en cause, la question se poserait immédiatement de savoir si la commune de Zernez ne serait pas en droit d'exiger la restitution de la zone de Falcun et de la libérer de toute servitude. Il n'est pas nécessaire d'insister sur la gravité de l'atteinte à laquelle pourrait alors se trouver exposé le Parc national suisse.

La commission partage sur ce point les conclusions de l'expertise du 16 octobre 1956 du Département fédéral de justice et police, qui sont les suivantes:

, Le Conseil fédéral ne peut s'opposer à la concession en se référant au contrat de servitude ou à l'arrêté fédéral si les conditions auxquelles le Conseil fédéral a fait sa promesse du chiffre 4 de l'avenant sont réalisées.

«Le critère pour décider si ces conditions sont remplies ou non nous paraît résider en ceci que le projet à considérer ne doit pas nuire aux buts du parc plus fortement que ne l'aurait fait le projet von Salis.

»Du point de vue juridique, les lignes directrices d'une décision se trouvent ainsi données.»

Nous avons déjà signalé, dans notre rapport, l'existence d'un projet von Salis pour l'utilisation des forces hydrauliques de l'Inn et du Spöl, qui date du 1^{er} mars 1919. L'engagement assumé par la Confédération au chiffre 4 de l'avenant de 1920 avait été pris en relation avec ce projet. La commune de Zernez en avait fait une condition essentielle pour l'extension des servitudes concernant le Parc national à la région de Falcun. Il s'agit donc de trancher la question de savoir si le projet actuel ne nuit pas davantage au but dans lequel a été créé le Parc national que ne l'eût été le projet von Salis. A ce propos, il faut préciser que dès 1956 des pourparlers se déroulèrent entre une commission paritaire, composée de trois représentants des communes, trois membres de la commission du Parc national, ainsi que les représentants de l'autorité fédérale et de l'usine électrique de l'Engadine, en vue de trouver une solution d'entente, tenant compte le mieux possible des buts du Parc national. Ces pourparlers aboutirent à une solution de conciliation qui, non seulement n'augmente pas mais réduit sensiblement les inconvénients qu'aurait dû supporter le Parc national si le projet von Salis avait été exécuté.

En effet, si la convention est approuvée, on renoncera à la formation du lac de Praspöl, qui aurait dû retenir 28 millions de mètres cubes d'eau et qui aurait dû se trouver sur le territoire du parc. Il sera remplacé par un simple bassin de compensation de 6,5 millions de mètres cubes à Ova-Spin. Le barrage sera ainsi moins élevé.

La centrale de l'ouvrage de Livigno sera reportée de Punt-del-Gall à Ova-Spin. Cette centrale, ainsi que la conduite forcée allant du bassin de Livigno jusqu'à la centrale souterraine située à l'extérieur du Parc national, près d'Ova-Spin, ne seront pas visibles sur le sol du parc.

La position de la Confédération sera, elle aussi, renforcée par une solution d'entente, parce que les autorités fédérales pourront ainsi accorder une concession sur toute la partie suisse du Spöl.

Ajoutons encore que diverses communes de l'Engadine ont offert, si la convention est signée, de mettre à disposition d'autres biens fonciers qui permettront un agrandissement notable et précieux du parc. Il n'est peut-être pas sans importance de signaler que la commission fédérale du Parc national recommande cet agrandissement. Il est donc incontestable que la solution d'entente est bien plus favorable pour le Parc national que celle qui était prévue par le projet von Salis. La condition requise pour la concession, à l'article 4 de l'avenant de 1920, est donc remplie.

Si l'on ajoute que l'alinéa 3 de l'article 9 de la convention signée avec l'Italie réserve au Conseil

fédéral le droit d'imposer aux concessionnaires les obligations nécessaires pour la protection du Parc national suisse, que les dispositions nécessaires seront prises pour éviter des dommages au cours des travaux, que des mesures sont prises pour assurer au Spöl et à l'Inn un certain débit minimum qui se trouvera encore accru par l'eau des affluents latéraux non captée, on ne peut que conclure avec votre commission qu'on a accordé ainsi au Parc national toute la protection que permettaient les circonstances et que certains inconvénients, qu'il n'est pas possible d'éviter, ne peuvent compromettre de façon sensible ni sa beauté, ni les buts qui sont les siens.

Ces inconvénients seraient bien plus graves si la convention n'était pas approuvée. Dans ce cas, l'Italie ne pourrait probablement pas renoncer à la construction d'ouvrages dans le voisinage de notre frontière et à la dérivation d'un volume d'eau plus important que celui que lui accorde la convention. Du côté suisse, le canton des Grisons et les communes de l'Engadine pourraient reprendre le projet Salis avec la construction d'un bassin d'accumulation beaucoup plus important à Praspöl, à l'intérieur du parc et les communes intéressées refuseraient les terrains qu'elles ont offerts pour l'agrandissement de ce dernier.

Du point de vue de l'intérêt général, il convient encore d'ajouter que les problèmes internationaux que nous devons encore traiter avec l'Italie dans le domaine de l'économie hydraulique – ligne frontière du Val-di-Lei, Innerferrera, la régularisation du lac de Lugano et du lac Majeur – ne pourraient probablement pas être résolus dans le même esprit de compréhension réciproque qui a permis de conclure la convention dont nous nous occupons aujourd'hui.

Les efforts et les intentions de ceux qui s'opposent à la convention méritent tout notre respect mais les inconvénients dont nous venons de parler devraient, nous semble-t-il, faire réfléchir tous ceux qui cherchent parmi les solutions réalisables celle qui portera le moins atteinte au Parc national, en tenant compte des intérêts supérieurs du canton des Grisons et de toute la Suisse.

La commission a pris connaissance d'une lettre datée du 11 novembre 1957 de la Lia Naira, dans laquelle on demande que la procédure pour l'approbation de la convention soit suspendue, étant donné qu'une initiative sera lancée pour la conservation intégrale du Parc national et pour la sauvegarde de l'Inn.

Votre commission n'a pas cru pouvoir faire droit à cette requête. Une demande dans ce sens avait déjà été formulée devant le Conseil national par M. Akeret, conseiller national. Le représentant du Conseil fédéral a déclaré à cette occasion qu'il ne pouvait partager ce point de vue parce qu'il était du devoir du gouvernement d'assumer ses responsabilités.

Votre commission pense, elle aussi, qu'il est de son devoir d'assumer les siennes. Le fait de l'existence d'une demande d'initiative, dont on ne peut prévoir le sort, ne doit pas entraver la procédure parlementaire normale, cela d'autant moins que l'arrêté qui nous est soumis prévoit la clause référendaire qui doit permettre, le cas échéant, au peuple

de se prononcer sur les décisions qui seront prises par les Chambres. Ces conclusions sont confirmées par l'avis de droit du 2 décembre 1957 du Département fédéral de justice et police, que nous tenons à disposition des membres de ce Conseil.

Votre commission unanime vous recommande d'approuver la convention qui vous est soumise.

Allgemeine Beratung – Discussion générale

Speiser: Ich bin, wie der Herr Referent, für Gutheissung des Bundesbeschlusses wie er vorgelegt ist. Dieser Vertrag ist zweifellos günstig für die Schweiz; er gibt uns meines Erachtens das Maximum des Erreichbaren. Wenn wir ablehnen sollten, so stünden wir vor dem Nichts, und wir riskierten eine andere Lösung von dritter Seite, die den Nationalpark wirklich schädigen müsste. In einer Flugschrift des Aktionskomitees für die Nationalparkinitiative und offenbar auch für das Referendum gegen diesen Beschluss – ich nehme an, Sie alle haben diese Flugschrift erhalten; sie datiert vom 20. November 1957 – heisst es unter anderem: „Die Überleitung von Wasser aus einem geographischen Gewässer in ein anderes ist völkerrechtlich nicht anerkannt.“ Die Frage ist aber nicht die, sondern: Ist sie völkerrechtlich verboten, und in welchem völkerrechtlichen Abkommen ist sie verboten? Kennen die Herren dieses Komitees ein solches Abkommen? Wenn sie es kennen, warum nennen sie es nicht? Worauf könnten wir uns stützen, wenn diese Frage zum Beispiel vor den Haager Gerichtshof kommen sollte? Weiter heisst es: „Einen Entscheid des Haager Gerichtshofes hat die Schweiz nicht zu fürchten.“ Aber was, wenn der Haager Gerichtshof seine Zuständigkeit überhaupt ablehnt? Sollen wir dann *manu militari* vorgehen, sollen wir gegen Italien andere Repressalien ergreifen? Ich möchte dabei festhalten: Wir haben auch schon Wasser von einem geographischen Einzugsgebiet in ein anderes abgeleitet. Wir haben im Lucendrowerk Wasser des Reussgebietes in den Tessin abgeleitet, und wir haben beim Bernina Wasser aus dem Einzugsgebiet des Inn in das Einzugsgebiet der Adda umgeleitet. Jedenfalls wäre im Falle Livigno die Ableitung nach Süden, technisch gesprochen, viel rationeller als die Ausnützung nach Norden. Weiter heisst es in dem Flugblatt: „Man kann Italien für seine Ansprüche mit Strom entschädigen.“ Damit wird offenbar anerkannt, dass Italien Ansprüche hat. Aber wo wollen die Herren des Komitees diese 400 bis 500 Millionen Kilowattstunden Winterstrom finden, mit denen Italien entschädigt werden soll? Heute, in diesem Moment, müssen wir bereits 20% unseres Konsums an elektrischer Energie aus dem Ausland importieren, und dieselben Initianten wollen erreichen, dass die Ausbeutung der Wasserkräfte des Unterengadins überhaupt für alle Ewigkeit verboten werden solle. Solche Postulate zeigen einen erstaunlichen Mangel an Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse.

Ich habe das Wort aber nicht ergriffen, um für den Spölvertrag zu sprechen, ich will keine offenen Türen einrennen. Dagegen möchte ich einige ernste und mahnende Worte an die übereifrigen Kämpfer des Naturschutzes richten. Sie spielen Vabanque mit einem schönen und grossen Ideal, wenn sie das

Referendum, und namentlich wenn sie ihre Initiative lancieren. Wenn die Initiative gelingt, das heisst wenn Volk und Stände sie annehmen, dann riskiert man den wirklichen Ruin des Nationalparkes. Wird aber die Initiative abgelehnt, dann erscheint der Gedanke des Naturschutzes gegen aussen, zu Unrecht, einmal mehr vom Schweizervolk verworfen. Man wird dann sagen, das Schweizervolk habe eben kein Interesse mehr für den Naturschutz. Das ist nicht richtig. Ich habe die Entwicklung des Naturschutzes von Anfang an, schon in meinen jungen Jahren, mitgemacht. Ich habe aus nächster Nähe gesehen, wie der eigentliche Schöpfer und Prophet des Naturschutzes, der Mann, der das Wort „Naturschutz“ überhaupt erst in das schweizerische Vokabularium eingeführt hat, nämlich Dr. Paul Sarasin von Basel, der grosse Naturforscher, von einer Kantonshauptstadt zur andern pilgerte und Vorträge hielt, um die Behörden zu gewinnen und den Gedanken des Naturschutzes zu popularisieren. Der Nationalpark bildete die Krönung seiner Arbeit. Es war schwierig, in unserm Lande, wo die Kultur und Zivilisation so früh eingezogen sind, ein einigermaßen unberührtes Stück Land zu finden. Man glaubte es in der Gegend des heutigen Nationalparkes gefunden zu haben. Es war aber nicht unberührt wie Gegenden in den Vereinigten Staaten und in Afrika oder wie die Inseln, die Dr. Paul Sarasin als Naturforscher und erster Europäer auf seinen Reisen in Celebes und andern indonesischen Inseln häufig durchquert hat. Schon der Name des Nationalparkes im Hauptgebiet desselben zeigt das. Fuorn bedeutet Kalk- und Eisenöfen. Diese Kalk- und Eisenöfen brauchten Brennmaterial. Als Brennmaterial hatten sie nichts anderes als das Holz, namentlich das Holz der nahen Arvenwälder. Es ist ein gewisses Kuriosum, dass der Heimatschutz neuerdings gerade einen solchen Ofen restauriert hat, denn diese Öfen am Ofenpass haben während Jahrhunderten die Wälder recht eigentlich gefressen. Die schönsten Bäume sind ihnen zum Opfer gefallen. Daher kommt es vielleicht, dass heute viele Besucher des Nationalparkes über den Aspekt, speziell der Wälder, enttäuscht sind. Aber trotz allem, dank dem Nationalpark, dank der Gründung des Naturschutzbundes, hat der Gedanke des Naturschutzes in der Schweiz Boden gefasst, wie es alle seither gebauten Kraftwerke beweisen. Trotz Mehrkosten und trotz Minderproduktion hat man alles getan, um die Natur zu schützen. Man kann ruhig sagen: Es ist schade, dass der Naturschutz nicht ein halbes Jahrhundert früher aufkam, damals, als die Technisierung in der Schweiz noch in den Anfängen stand. Wenn man vor hundert Jahren vom Naturschutz etwas gewusst hätte, so sähen viele Orte und Bauten in der Schweiz heute ganz anders aus. Besonders schwer zu beanstanden und sogar empörend ist aber die Art, wie von den heutigen Epigonen die Gründer des Naturschutzbundes, diese Vorkämpfer und Vorfahren, recht eigentlich in den Schmutz gezogen werden. Sie hätten, so sagt man, im Jahre 1920 widerrechtlich gehandelt. Man will sogar gegen einen von ihnen und dem Bundesrat unterzeichneten Vertrag von 1920, heute, also 37 Jahre später, eine Nichtigkeitsklage erheben und erklären, der Vertrag sei widerrechtlich gewesen. Man scheut nicht zurück

vor Verdrehungen, Entstellungen und Verschweigen wichtiger Umstände nach dem bekannten Motto: „Wenn ich etwas dreimal sage, ist es wahr!“ – Ich sage das nicht, weil ich der Neffe von Dr. Paul Sarasin bin. Aber Sie werden mir vielleicht zugestehen, dass ich das Recht habe, das Andenken dieses verdienten Mannes hier zu rechtfertigen. Ich möchte aber die Herren des Initiativkomitees dringend warnen. Sie sind daran, den Gedanken, dem sie dienen sollen und wollen, schwer zu schädigen. Sie werden den Begriff des Naturschutzes diskreditieren und unpopulär machen, und, was noch schlimmer ist, sie werden den Nationalpark, dem sie helfen wollen, wirklich schwer schädigen; denn dass der betreffende Bundesbeschluss vom Jahre 1914 sich naturgemäss nur auf das der schweizerischen Hoheit unterstellte Gebiet beziehen kann, ist ja klar.

Der Vertrag mit Italien gibt uns meines Erachtens das Optimum des Erreichbaren. Wir müssen ihn gutheissen und den Unterhändlern für ihre Arbeit danken, im Bewusstsein, dass wir damit dem Nationalpark dienen. Aber ich wollte die Gelegenheit doch nicht verpassen, dem Initiativkomitee eine letzte Warnung zu erteilen.

Theus: Das Zürcher Aktionskomitee für die Nationalparkinitiative hat sich bemüssigt gefühlt, den Mitgliedern des Ständerates für die Behandlung des Staatsvertrages mit Italien über die Nutzung des Spöls eine Eingabe zuzustellen, in welcher einige im künftigen Referendumskampf eine Rolle spielende Gesichtspunkte der Opposition der besonderen Aufmerksamkeit des Rates empfohlen werden. Wenn sich schon die Opposition die Freiheit nimmt, ihre Einwände in einer Eingabe darzustellen, so werden Sie auch mir als Vertreter jenes Kantons, der an der Genehmigung des Staatsvertrages speziell interessiert ist, einige Klarstellungen gestatten.

Was die formelle Seite anbelangt, handelt es sich beim Referendum und bei der Parkinitiative um zwei verschiedene Begehren, über die in zwei verschiedenen Verfahren zu entscheiden sein wird, auch wenn sie einem verwandten Motiv entspringen und zum Teil von den gleichen Kreisen unterstützt werden. Heute steht nur das Abkommen mit Italien über die gemeinsame Nutzung des Spöls in Diskussion. Es ist aber durchaus richtig, wenn man auf das in Aussicht stehende Referendum Rücksicht nimmt, doch hat der Bundesrat diesen Umstand bei den Verhandlungen stets beachtet, so dass das vorliegende Abkommen kaum als ein zu grosses Entgegenkommen an Italien angesehen werden darf.

Die völkerrechtliche Frage bildet in materieller Hinsicht den Hauptpunkt, auf den die Opposition aufmerksam macht. Dazu ist zu bemerken: Eine Gesetzgebung oder eine Rechtsprechung besteht heute nicht. In der Theorie stehen sich das Prinzip der territorialen Souveränität und das Integritätsprinzip einander gegenüber. Je nach der Lage eines Staates gibt man dem einen oder andern Prinzip den Vorzug. Da die Schweiz, abgesehen von wenigen Ausnahmen, Oberliegerstaat ist, hätte sie alle Veranlassung, sich zum Prinzip der territorialen Souveränität zu bekennen. Dies hätte aber zur Folge, dass sie einer einseitigen Ableitung des Spöls durch Italien nicht widersprechen könnte. Würde sie hin-

gegen das Integritätsprinzip anerkennen, so käme sie als Oberlieger zu allen Nachbarstaaten, abgesehen von Reno di Lei und Spöl auch zu Italien, in eine kritische Lage. Die Theorie führt somit zu keiner praktischen Lösung des Problems.

In der Praxis bietet die Schweiz bei der Nutzung längsgeteilter und quergeteilter Wasserläufe regelmässig Hand zu einer vernünftigen und gerechten gemeinsamen Nutzung solcher Wasserläufe, wie dies übrigens unter guten Nachbarn recht und billig ist. Wegleitend im nachbarlichen Verhältnis sind für unser Land somit die Gebote der Vernunft und Billigkeit. Die nach dem Krieg geschaffenen internationalen Organisationen, denen die Schweiz beigetreten ist, stehen auf dem gleichen Boden und empfehlen bei der Wasserkraftnutzung internationaler Gewässer stets eine vertragliche Zusammenarbeit im Geiste der guten Nachbarschaft.

Das getroffene Abkommen stellt einen annehmbaren Kompromiss dar, welcher vom Bundesrat, dem Kleinen Rate des Kantons Graubünden und von den Gemeinden befürwortet wird. Wenn nicht der Nationalpark, der eine höchst ungeschickte Lage an einem Grenzgewässer und Übergängen nach Italien aufweist, im Spölgebiet berührt würde, so wäre mit einem Referendumskampf gar nicht zu rechnen. Es sind nämlich nicht internationale Prinzipien und „grosse Konsequenzen“ oder das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, welche die Opposition auf den Plan rufen, sondern einzig der Nationalpark. Die Opposition bestreitet mehr oder weniger eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit und vor allem zur Duldung der Ableitung, trotzdem gerade die Notwendigkeit der Zusammenarbeit allgemein anerkannt ist. Zur Duldung der Ableitung besteht zwar keine völkerrechtliche Pflicht, aber es besteht für Italien umgekehrt auch keine solche zur Überlassung von wertvollem Stauraum. Dies wird leider von der Opposition übersehen, denn im Abtausch von Stauraum gegen Wasser besteht ja gerade der getroffene Kompromiss.

Beim Val-di-Lei-Werk besteht keine Ableitung, hingegen eine bedeutende italienische Beteiligung am Kraftwerk, bei den Engadiner Wasserkraften besteht keine italienische Beteiligung, dafür aber eine Wasserableitung. Selbstverständlich bieten beide Lösungen Vor- und Nachteile. Bei diesem Anlass darf aber festgestellt werden, dass es langer und zäher Verhandlungen bedurfte, um weitergehende Ableitungen zu vermeiden, so dass von einem zu grossen Entgegenkommen der Schweiz zu Recht nicht gesprochen werden kann und die diesbezüglichen Vorwürfe an die Behörden, insbesondere an das Eidgenössische Amt für Wasserwirtschaft, nicht am Platze sind.

Wird der vorliegende Staatsvertrag abgelehnt, so ist damit zu rechnen, dass Italien einseitig zur Nutzung des Spöls schreitet und wir nur den Nachteil ohne jeden Vorteil haben. Der italienische Staat kann schweizerischen Protesten und einer Klage am Haager Gerichtshof entgegenhalten, dass er nach wie vor den Stauraum im Livigno als Ausgleich für die Ableitung zur Verfügung stelle und dass es einzig und allein an der Schweiz liege, von der angebotenen Gegenleistung Gebrauch zu machen.

Übrigens anerkennt die Opposition geradezu einen Anspruch Italiens auf Nutzung des Spöls, indem sie in ihrer Eingabe bemerkt: „Man kann Italien für seine Ansprüche mit Strom entschädigen.“ Gerade der Energiemangel zwingt uns, alle guten Energiequellen möglichst rasch zu erschliessen, so dass man doch nicht Mangelgut ungenützt lassen kann, um mit der Mangelware selbst einen ausländischen Anspruch zu entschädigen. Praktisch gibt es für beide Staaten vernünftigerweise keine andere Lösung als die gemeinsame Nutzung der Spölwasserkräfte. Wenn diese Lösung die Kreise um die Opposition nicht befriedigt, so liegt dies weder an der projektierten Nutzung, die zweckmässig ist, noch an der getroffenen Kompromissregelung, die für beide Teile annehmbar ist, sondern einzig und allein an der unglücklichen Lage des Nationalparkes. Dieser Schwierigkeiten waren sich übrigens schon die Gründer des Parkes bewusst, und sie gaben sich auch Rechenschaft darüber, dass der Nationalpark, gemessen an der ihm zugrundeliegenden Idee, kein vollkommenes Werk darstelle. Zu diesen Unvollkommenheiten gehören unter anderem seine Lage an der Landesgrenze und an einem übertretenden Gewässer, an dem der Oberlieger die stärkere Position hat. In einem Nationalpark aber müssten richtigerweise die Quellen der Bäche selbst innerhalb des Schutzgebietes liegen, denn die Schutzvorschriften eines Staates reichen nur bis zur Grenze, und der Nachbarstaat bleibt frei in seinen Dispositionen. Der Park wird im Spölgebiet auch von der lärmigen Passstrasse über den Ofenpass durchschnitten und vom Zollsträsschen ins Livigno durchquert. Beides nahm man in Kauf, sogar auch noch die projektierte Ofenbergbahn. Es entspricht somit nicht den Tatsachen, wenn das Zürcher Aktionskomitee für den Nationalpark behauptet, das Projekt nehme ein wesentliches Gebiet des Parkes in Anspruch. Das Spölgebiet mit seinen Strassen, den internationalen Gewässern, dem Zollhaus in La Drossa und dem Hotel mit Landwirtschaftsbetrieb im Park war und ist kein „wesentliches“ Gebiet des Parkes. Das Spölgebiet war übrigens bei der Schaffung des Parkes nur als Verbindungsgebiet zwischen Val Cluozza und dem Scarlgebiet betrachtet worden. Professor Schröter stellte das Scarlgebiet in den Vordergrund, Dr. Brunies das Val Cluozza. Dass man das dazwischenliegende Fuorngebiet nur als Nebengebiet ansah, beweist eindeutig eine Karte von 1910 aus dem „Heimatschutz“, Beilage II, wo das Fuorngebiet ausdrücklich unter „Verbindungsgebiet für eine spätere Zukunft“ eingezeichnet ist. Da es 1914 erhältlich war, hat man es mit dem Hauptgebiet zum Nationalpark genommen. Im übrigen berührt das Projekt nur den Wasserlauf, der Bau des Werkes selbst kommt ausserhalb des Parkes zu stehen, so dass dieser für Leitungen und Zufahrten nicht beansprucht wird.

Die falsche Lage des Parkes kann nun durch die Verständigungslösung etwas korrigiert werden; denn drei Gemeinden sind bereit, im Sinne eines freiwilligen Entgegenkommens das Gebiet zu erweitern, nämlich Scans, Zernez und Schuls. Wenn speziell die Gemeinde Schuls die sehr wertvolle Scarlreservation nicht weiterhin freiwillig zur Verfügung stellt, so verliert der Park viel mehr als durch die

Nutzung des Spöls. Der Vertrag über diese Reservation läuft 1962 ab, so dass auch die Initiative hier nichts retten kann. Freilich sind die Gebiets Erweiterungen noch nicht perfekt. Sie sind aber auf gutem Wege, und ein Abwarten bis zur Regelung dieser Fragen würde sich nicht rechtfertigen. Der Bundesrat hat es übrigens in der Hand, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens zu bestimmen. In den neuen Pachtverträgen muss unter allen Umständen die Frage der weiteren Wasserkraftnutzung zum voraus geregelt werden, um Befürchtungen über eine weitergehende Berührung von Parkgebiet gegenstandslos zu machen.

In der Eingabe wird ferner behauptet, auch die Bündner Regierung sei, neben vielen Bauern und Jägern, gegen eine Parkerweiterung. Das Schreiben des Kleinen Rates vom 13. Juni 1957 an den Bundesrat widerlegt aber diese seltsame Behauptung; denn die Regierung ist grundsätzlich bereit, Bestrebungen für eine Erweiterung des Parkes zu unterstützen. Es entspricht ebenfalls nicht den Tatsachen, wenn in der Eingabe bemerkt wird, dass im neuen Parkgebiet Val Mingè und Val Foraz die völlige Trockenlegung der dort fliessenden Bäche vorgesehen sei; denn nach dem Projekt vom März/April 1957, das nach der Verständigungslösung Ova Spin allein zur Diskussion steht, werden diese Bäche überhaupt nicht berührt.

In der schon erwähnten Eingabe des Zürcher Aktionskomitees für die Nationalparkinitiative ist auch von den „hydrobiologischen Folgen für die weitgehende Trockenlegung des Inns“ die Rede. Dabei haben diese Kreise nicht beachtet, dass die Regierung dank einer speziellen Konzessionsbestimmung die Möglichkeit besitzt, für eine genügende Restwasserführung zu sorgen, welche den berechtigten Forderungen der Hygiene und des Landschaftsschutzes entspricht.

Form und Inhalt des Bundesbeschlusses von 1914 und des Nachtrages von 1920 zum Dienstbarkeitsvertrag von 1914 stehen dem Staatsvertrag in keiner Weise im Wege. Der Bundesbeschluss von 1914 war seinem Wesen nach ein Finanzbeschluss, der zugleich die Widmung der erworbenen Rechte für Parkzwecke festlegt. Materiell konnte der Bundesbeschluss nicht mehr Rechte für Parkzwecke widmen, als der Bund vertraglich von der Gemeinde erworben hatte. In den Räten war zwar der Ankauf des Gebietes angeregt worden, doch erreichte man nur einen privatrechtlichen Dienstbarkeitsvertrag. Selbst beim Ankauf wären die Wasserkräfte nach eidgenössischem und kantonalem Recht offenkundig nicht Vertragsobjekt gewesen, so wenig als die Jagd und Fischerei. Der Dienstbarkeitsvertrag bleibt hinter dem Eigentumserwerb durch Ankauf zurück. Er kann ebensowenig wie der Eigentumserwerb die öffentlichen Gewässer miterfassen, da diese Gegenstand hoheitlicher Verfügungen der Gemeinde und des Kantons sind. Von öffentlichen Gewässern wird nirgends gesprochen, auch nicht ausserhalb des Vertrages. Sie wurden auch bei der Festsetzung der Entschädigung in keiner Form miterücksichtigt.

Im Nachtrag von 1920 verpflichtete sich die Eidgenossenschaft in gültiger Weise, der Stauung des Spöls im Parkgebiet und damit der Nutzung des Spöls keine Opposition zu machen. Der Bund hat dadurch die Wasserhoheit der Gemeinde anerkannt.

Trotz dieser Situation versucht man immer wieder, in den Bundesbeschluss ein absolutes, die Hoheitsrechte einschränkendes Nutzungsverbot hineinzuinterpretieren. Unter diesen Umständen wären einmal die vom Bund im Jahre 1913 selbst nachgesuchten kantonalen Jagd- und Fischereiverbote überflüssig gewesen, was sie aber nicht sind, da ja der Kanton in keiner Weise Vertragspartner ist. Ferner wären bei einer solchen Interpretation Kanton und Gemeinden ohne jede Verhandlung, ohne Willen und Wissen des Bundesrates und der Räte stillschweigend und ohne Entschädigung um ihr wertvollstes Gut gebracht worden. Der Bundesbeschluss wird immer wieder als Gesetz oder doch als allgemeinverbindliche Vorschriften enthaltender Beschluss hingestellt, letzteres wegen der aufgenommenen Referendums Klausel. Es handelt sich aber nicht um ein Gesetz. Bundesrat Lepori legte im Nationalrat einlässlich dar, dass der Bundesbeschluss trotz der Referendums Klausel nicht „allgemeinverbindlich“ sei, sondern dass es sich bei ihm lediglich um einen Beschluss von finanzieller Tragweite handle. Bundesrat Calonder, der 1914 die Vorlage in den Räten vertrat, betonte im Nationalrat zur Referendums Klausel: „Ein allgemeinverbindlicher Beschluss enthält Bestimmungen, welche gegenüber jedermann . . . Pflichten und Rechte begründen können. Um einen solchen Erlass handelt es sich hier nicht. . . . Der vorliegende Bundesbeschluss schafft Rechtsbeziehungen nur zwischen dem Staat einerseits und den betreffenden Gemeinden und dem Bund für Naturschutz und der Naturforschenden Gesellschaft andererseits.“

Bei dieser Sachlage besteht kein Widerspruch zwischen dem Bundesbeschluss und dem jetzt in Diskussion stehenden Abkommen mit Italien; denn massgebend für die Rechte des Bundes ist das Vertragsverhältnis mit der Gemeinde. Im bloss privatrechtlichen Vertrag aber könnten dem Bund keine Rechte an öffentlichen Gewässern eingeräumt werden. Auch hat die Gemeinde nie auf solche Hoheitsrechte verzichtet, sie hätte ohne Zustimmung des Kantons, der nicht mitwirkte, dies gar nicht tun können. Andererseits ist die Zusicherung des Bundes klar genug, der Spölstauung, welcher nachgewiesenermassen das grosse Projekt Salis zugrunde lag, keine Opposition zu machen. Wollte man übrigens diese vertragliche Zusicherung zurückziehen, wäre das Parkgebiet von Falcun, aber auch die grössere Erweiterung von 1932, für den Park verloren. Die Gemeinde Zernez gab dieses Gebiet nur mit der gleichen Klausel her wie 1920 das Falcungebiet. Durch den Verlust dieser Gebiete wäre aber für die Rechtsstellung des Bundes aus dem Hauptvertrag von 1913/14 nichts gewonnen, denn über die öffentlichen Gewässer hatten weder die Gemeinde noch der Kanton verfügt.

Die Opposition bestreitet zwar die Gültigkeit des Vertrages von 1920, da er nur vom Bundesrat und der Nationalparkkommission, nicht aber vom Schweizerischen Naturschutzbund anerkannt worden sei. Dazu ist zu bemerken, dass Vertragspartei einzig die Eidgenossenschaft war und die Parkkommission engste Beziehungen zum Naturschutzbund besass. In den Räten und in der Öffentlichkeit wurde der Vertrag durch die „Kleine Anfrage Gelpke“ und die Antwort des Bundesrates von 1926

hinreichend bekannt. Die Kritik an diesem Vertrag auf so breiter Basis hat somit erst mehr als 30 Jahre später eingesetzt.

Die Engadiner Gemeinden sind in der Spöl- und Parkfrage trotz allen Kampfes erstaunlich geduldig geblieben. Sie begnügten sich mit einer begrenzten und massvollen Nutzung des Spölgebietes. So verzichtete das Projekt auf die Einbeziehung aller Seitenbäche, die normalerweise zum Vorteil des Werkes und der Gemeinden wie des Kantons mitgenutzt worden wären. Diese Rücksichtnahme der Gemeinden und der Bewerber wird leider von der Opposition übersehen.

Ich gelange zum Schlusse. Der im Abkommen vorgeschlagene Kompromiss, der als eine Verständigungslösung bezeichnet werden darf, wird den Interessen der schweizerischen Wirtschaft und ihrer Energieverbraucher wie auch der guten Nachbarschaft mit Italien am Spöl gerecht. Er ermöglicht es aber auch den Engadiner Gemeinden von Ponte abwärts und dem Kanton Graubünden, aus eigenen Mitteln finanziell zu erstarren. Der Park gewinnt schliesslich bei einer Verständigung mehr, als er verliert, denn Opposition und Zwang schaffen eine Atmosphäre, in welcher er nicht gedeihen kann, da er auf eine wohlwollende Haltung der Gemeinden und des Kantons angewiesen ist. Aus diesem Grunde bitte ich Gegner und Befürworter des Abkommens, bei zukünftigen Auseinandersetzungen in einem Referendumskampf sachlich zu bleiben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bemerkung an die Adresse jener Kreise richten, die den Entscheid über die allfällige Ergreifung des Referendums zu fällen haben. Graubünden hat der dem Staatsvertrag zugrunde liegenden Verständigungslösung unter dem ausdrücklichen Vorbehalt zugestimmt, dass alle Kreise sich dazu bekennen würden, und es hat diese Zustimmung gegeben unter Gewährung weitgehender Konzessionen zugunsten einer den Nationalpark möglichst wenig tangierenden Lösung. Im Namen der einstimmigen Bündner Delegation in der Bundesversammlung gebe ich hier bekannt, dass die Ergreifung des Referendums bzw. dessen Realisierung nicht unerhebliche Gefahren für den Nationalpark in sich bergen würde, weil Graubünden damit seine Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen würde und sich gezwungen sähe, auf die nationale Praspöllösung zurückzugreifen, mit der dem Park wesentlich mehr Einbussen auferlegt würden. Aus diesem Grunde hofft man, dass die Dinge nicht so auf die Spitze getrieben werden, dass letztlich das Gegenteil dessen erreicht wird, was die Gegner des Staatsvertrages bewirken möchten.

Könnte das Abkommen nicht in Kraft treten, so entstünde am Spöl für alle Interessierten, ausser Italien, ein Chaos, das niemandem Nutzen brächte ausser dem Oberlieger, was unbedingt verhütet werden muss. Ich bitte Sie deshalb, das Abkommen zu genehmigen.

Schoch: Ich habe Bedenken, noch das Wort zu ergreifen, weil die Kommission über die Finanzordnung noch zusammentreten muss. Ich möchte aber dem Referenten dafür danken, dass er die Rechtsfrage über das Verhältnis zwischen der Nutzbarmachung des Spöls und dem Statut des National-

parkes gründlich dargelegt hat. Es handelt sich hier um eine sehr heikle Rechtsfrage. Diese Frage hat die Räte schon wiederholt beschäftigt, schon durch die seinerzeitige Interpellation unseres früheren Kollegen Altwegg – damals wurden aber die Rechtsfragen nicht beantwortet –, dann durch die Interpellation von Nationalrat Dietschi. Auch dort konnten die Rechtsfragen nicht endgültig beantwortet werden. Herr Bundesrat Lepori hat damals erklärt, es werde seinerzeit Sache des Bundesrates sein, über diese Frage zu entscheiden. Heute geht es, zum mindesten indirekt, um diesen Entscheid, also um die Frage, ob die Nutzbarmachung des Spöls zu vereinbaren sei mit dem Statut des Nationalparkes und mit der Erhaltung des Nationalparkes. Ich habe die Auffassung, dass diese Fragen nun wirklich ernsthaft geprüft werden müssen. Leider sind die Herren Gelehrten, wie so oft auf staatsrechtlichem und verwaltungsrechtlichem Gebiet, nicht einig. Wir haben Gutachten angesehener Juristen, die sagen, es sei rechtlich nicht zulässig, den Spöl im Parkgebiet zu nützen, andere erklären, dies sei zulässig. Die Botschaft stützt sich nun auf ein Gutachten des Justizdepartementes, das zum Schlusse kommt, dass die Nutzbarmachung des Spöls zulässig sei, sofern der Spöl nicht mehr beansprucht werde als nach dem seinerzeitigen Projekt, das im Jahre 1920 vorlag. Es wird also nach diesem Gutachten eine Frage des Masses sein, ob es zulässig sei, die Gewässer des Spöls nutzbar zu machen oder nicht. Nun wissen Sie, dass eben über diese Frage Uneinigkeit besteht. Es gibt Juristen, die sagen, das sei nicht eine Frage des Masses, sondern es sei rechtlich überhaupt nicht zugänglich, die Gewässer im Nationalpark zu nutzen. Ich glaube, wir müssen diese Frage auch bei uns ernsthaft diskutieren, denn die Sache liegt durchaus nicht einfach. Ich bin dem Referenten dankbar, dass er sagte, Herr Bundesrat Lepori werde sich zur Rechtsfrage noch eingehend äussern. Wenn es in Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom Jahre 1914 heisst: „Auf dem vertraglich näher bezeichneten Gebiet der Gemeinde Zernez wird ein Schweizerischer Nationalpark errichtet, in dem die gesamte Tier- und Pflanzenwelt ganz ihrer freien, natürlichen Entwicklung überlassen und vor jedem nicht im Zwecke des Nationalparkes liegenden menschlichen Einfluss geschützt wird“, so besagt das ganz klar, dass menschliche Einwirkung unterbleiben soll. Die Stauung des Spöls ist aber eine menschliche Einwirkung; das kann niemand bestreiten. Wenn der Spöl wegen der Nutzung weniger Wasser führt als normalerweise, beruht das wiederum auf einer menschlichen Einwirkung, die sich irgendwie auf die dortige Pflanzenwelt auswirken wird. Aus Artikel 1 des Bundesbeschlusses ersieht man, dass der Nationalpark, so wie er ursprünglich konzipiert war, eigentlich ein vollständiges Naturreservat war, das dank dem Entgegenkommen der Unterengadiner Gemeinden und des Kleinen Rates des Kantons Graubünden geschaffen werden konnte. Wenn man den Servitutsvertrag vom Jahre 1913 anschaut, der ja die Grundlage dafür bildete, dass überhaupt der Park errichtet werden konnte, muss man zur gleichen Auffassung kommen.

Es heisst in Artikel 2: „Demgemäss verpflichtet sich die Gemeinde Zernez im Sinne von Artikel 781 und 730 ff. des Zivilgesetzbuches durch diesen Ver-

trag für sich und ihre Gemeindegossen sowie allfällige Rechtsnachfolger, in diesem abgegrenzten Reservationsgebiet jede wirtschaftliche Benutzung ihres Eigentums, sei es in bezug auf Weidgang, Jagd oder Fischerei, sei es in bezug auf Holzausbeutung jeder Art, sei es in anderer Weise, zu unterlassen.“

Aus diesem Wortlaut muss man schliessen, dass hier eigentlich jede Ausnützung ausgeschlossen sein soll. Dann werden allerdings in Ziffer 3 Vorbehalte gemacht. Diese Vorbehalte haben auch Herr Theus sowie der Herr Referent aufgeführt:

„Dabei bleiben aber ausdrücklich vorbehalten:

a) Das Recht der Gemeinde Zernez zur Weide mit Grossvieh auf der Alp Stabelchod sowie das Recht auf den für diese Alp nötigen Holzbedarf ...

b) Das Recht des Ofenberggutes zur Deckung des Holzbedarfes und zur Weide ...

c) Die unentgeltliche Abgabe des Rohmaterials für den Unterhalt der Strassenstrecke von Fuorn bis zur Cruschetta usw.“

d) Die nach dem bündnerischen Eisenbahngesetz bestehende Pflicht der Gemeinde Zernez, im Falle des Baues einer Eisenbahn durch das Reservationsgebiet Boden und Rohmaterial unentgeltlich zum Bahnbau abzutreten, doch darf zu diesem Zwecke im Reservationsgebiet keinerlei Holzausbeutung stattfinden.

Im Sinne dieses Vertrages sind diese Vorbehalte offensichtlich abschliessend aufgezählt. Man wollte doch nicht weitere Vorbehalte zulassen, die man nicht nannte; sondern man wollte die Verhältnisse abschliessend in diesem Dienstbarkeitsvertrag regeln. Ich glaube, das ist nie bestritten worden.

In Artikel 2 des Bundesbeschlusses wird der Bundesrat ermächtigt, „die zu diesem Zweck (d. h. zur Erreichung des in Artikel 1 umschriebenen Zweckes des Nationalparkes) mit der Gemeinde Zernez, der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft und dem Schweizerischen Bund für Naturschutz vereinbarten Verträge, deren Text der Botschaft zu diesem Bundesbeschluss beiliegt, zu genehmigen“. Der Bundesrat hat also diesen Dienstbarkeitsvertrag zu genehmigen. In Absatz 3 heisst es dann: „Der Bundesrat wird ermächtigt, zum Zwecke der Abrundung und Erweiterung des Nationalparkes weitere gleichartige Dienstbarkeitsverträge mit den beteiligten Grundeigentümern abzuschliessen.“ Gegen diese Bestimmung, den Bundesrat zu ermächtigen, weitere gleichartige Verträge abzuschliessen, wurden bei der Beratung des Gesetzes Bedenken geäussert. Es wurde eingewendet, diese Verträge sollten eigentlich der Bundesversammlung unterbreitet werden, wie der grundlegende Zernezer Vertrag, damit der Bundesrat nicht etwas bestimme, das eventuell mit dem Bundesbeschluss nicht vereinbar sei. Diese Opposition wurde aber mit der Bemerkung beruhigt, der Beschluss spreche von „gleichartigen Verträgen“; dies bedeute, dass die neu abzuschliessenden Verträge im Sinne gleich sein sollen wie der Zernezer Vertrag; dieser soll der Modellvertrag sein. Es entstünden keine Schwierigkeiten, wenn der Bundesrat nun die Kompetenz erhielte, solche gleichartige Verträge abzuschliessen. Das war offenbar auch richtig. Nun ist dann im Jahre 1920 der Nachtrag zum ursprünglichen Dienstbarkeitsvertrag vom Jahre 1913 vereinbart worden, der hauptsächlich Gegenstand der

Kritik bildet. In diesem Vertrag ist speziell der Artikel 4 streitig, wo es heisst: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft erklärt, dass sie der Stauung des Spöls im Parkgebiet durch Erstellung erforderlicher Stauwerke zum Zwecke der Erstellung eines Elektrizitätswerkes oder anderer industrieller Unternehmungen keine Opposition machen wird. Diese Erklärung erfolgt unter Verzicht auf eine bezügliche Entschädigung.“ Hier hat der Bundesrat also darauf verzichtet, Opposition gegen das ehemalige Projekt geltend zu machen. Ein solcher Verzicht hätte keinen Sinn gehabt, wenn er nicht das Recht gehabt hätte, Einspruch zu erheben. Also wurde damals eigentlich anerkannt, dass der Bundesrat an sich berechtigt gewesen wäre, gegen ein Stauwerk im Spöl rechtlich Opposition zu machen; sonst hätte gegen diesen Verzicht ja nicht etwas anderes erhalten werden können. Auch daraus sieht man, dass eigentlich der Sinn des Dienstbarkeitsvertrages der war, dass die Wassernutzung unterbleiben sollte. Nun geht die Frage dahin, ob jener Verzicht gültig gewesen sei. Diese Frage wurde schon längst ventilirt und besprochen, aber sie wurde nie rechtlich ausgetragen. Man kann sich wirklich fragen, ob der Bundesrat zuständig gewesen sei, den erwähnten Nachtrag zum Servitutsvertrag abzuschliessen; denn im Bundesbeschluss ist der Bundesrat ermächtigt worden, den Vertrag mit Zernez, so wie er der Botschaft angefügt wurde, zu genehmigen; er wurde nach Artikel 3 weiter ermächtigt, mit anderen Gemeinden gleichartige Verträge abzuschliessen. Er wurde aber nicht ermächtigt, mit der Gemeinde Zernez einen Vertrag abzuschliessen, der nun ein ganz neues, eigentlich dem Vertragsgedanken zuwidergehendes Element hereinbrachte. Deshalb kann man sich fragen, ob jener Nachtrag zum ursprünglichen Dienstbarkeitsvertrag rechtsgültig gewesen sei. Ich teile auch die Auffassung, dass es ja ausserordentlich weit gehen würde, nach 37 Jahren nun die Ungültigkeit dieses Vertrages irgendwie rechtlich durchsetzen zu wollen. Aber es war wohl gar nicht so leicht, in der Zwischenzeit diese Frage nun wirklich rechtsgültig zur Abklärung zu bringen. Man hat über dieses Problem verschiedentlich interpelliert, aber man konnte die Frage nicht abschliessend lösen, weil sie bisher nur theoretisch diskutiert wurde, ohne dass ein Entscheid zu treffen war. Vielleicht wäre diese Feststellungsklage in Frage gekommen.

Dann ist noch die Frage aufgetaucht, ob der Bundesbeschluss vom 3. April 1914 wirklich ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss sei und ob, wenn er allgemeinverbindlich sei, schon der Bundesbeschluss als solcher einer derartigen Vereinbarung entgegenstehen würde. Auch hier gehen die Meinungen wieder auseinander. Tatsache ist, dass der Bundesbeschluss als allgemeinverbindlicher gefasst wurde. Tatsache ist auch, dass der Bundesrat einen einfachen Bundesbeschluss erlassen wollte, dass dann aber die Kommission des Nationalrates beschlossen hat, das sei ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss. Herr Bundesrat Calonder hat seinerzeit im Nationalrat seine gegenteilige Auffassung bekundet, dann aber erklärt, nachdem die Kommission einstimmig zu einer andern Meinung gekommen sei, wonach der Bundesbeschluss allgemeinverbindlich sei, verzichte er darauf, einen andern Antrag zu stellen. Es wäre vielleicht besser

gewesen, er hätte den Antrag gestellt; dann wäre vielleicht anders beschlossen worden. Nach unserer heutigen Auffassung ist es nun doch so, dass ein Bundesbeschluss entweder allgemein verbindlich ist oder nicht. Wenn er allgemeinverbindlich ist, muss er dem Referendum unterstellt werden, wenn er nicht allgemeinverbindlich ist, darf er nicht dem Referendum unterliegen. Diese Auffassung haben wir heute. Ob man sie im Jahre 1940 schon hatte, weiss ich nicht, sie war schon damals richtig. Die Bundesversammlung kann nicht sagen, ein Bundesbeschluss sei zwar ein einfacher Bundesbeschluss, aber das Volk soll nun darüber entscheiden, damit es die Verantwortung trage oder damit es eine Proklamation des Volkes gebe. Das wäre rechtlich nicht zulässig. Der Bundesbeschluss ist allgemeinverbindlich erklärt worden, er unterstand dem Referendum, und das Referendum wurde nicht ergriffen.

Es ist auch gesagt worden, der Bundesbeschluss enthalte keine allgemeinverbindlichen Bestimmungen. Auch hier kann man aber wohl geteilter Meinung sein. Wenn Artikel 1 bestimmt, es werde ein Nationalpark errichtet, in dem die gesamte Tier- und Pflanzenwelt ihrer freien und natürlichen Entwicklung überlassen wird und vor jedem, nicht im Interesse des Nationalparks liegenden menschlichen Einfluss geschützt wird, so heisst das doch, dass jede fragliche menschliche Einflussnahme zu unterlassen sei. Man kann sagen, es liege hier ein Gebot vor, das sich an die Allgemeinheit richte. Umstritten ist auch die Frage, ob die Allgemeinverbindlichkeit der Errichtung des Nationalparks im Bundesbeschluss oder in den abgeschlossenen Verträgen zu erblicken sei.

Das sind nun die Bedenken, die man gegen eine Nutzbarmachung des Spölwassers im Parkgebiet vorbringen und mit gutem Gewissen vertreten kann. Man kann aber auch die andere Meinung vertreten. Ich bin dankbar, dass man nun in unserem Rate wirklich eingehend über diese Frage diskutiert. Ich persönlich teile durchaus die Auffassung, dass man durch ein stures Festhalten an der These, eine Nutzung dürfe überhaupt nicht erfolgen, sehr wahrscheinlich dem Nationalpark auf die Dauer einen sehr schlechten Dienst erweisen würde, insbesondere auch den Engadiner Gemeinden, aber auch dem Gedanken des Nationalparks. Wir müssen uns aber mit den Rechtsfragen auseinandersetzen, insbesondere wenn wir voraussehen, welche Diskussion entstehen würde, wenn gegen den Staatsvertrag das Referendum ergriffen werden sollte oder eine Initiative der Naturschutzkreise zustande käme.

Ich teile auch die Auffassung, dass der Staatsvertrag eine gute Lösung in bezug auf die Frage der Ableitung des Oberliegerwassers bringt. Nicht ganz einig gehe ich mit der Auffassung von Herrn Kollega Theus, dass das Territorialprinzip für uns eigentlich das richtige Prinzip sei, weil wir meistens Oberlieger seien. Wir sind nicht überall Oberlieger. Der Kanton Schaffhausen hat auch den grossen Nachteil, dass er in bezug auf die Wutach nicht Oberlieger ist. Ich glaube, das einseitige Territorialprinzip entspricht nicht mehr der heutigen Auffassung des zwischenstaatlichen Nachbarrechts. Es wird auch hier immer eine Frage des Masses sein,

wieviel man ableiten darf. Nun, hier hat man nach langen Verhandlungen mit Italien auf dem Vertragswege eine vernünftige Lösung gefunden, so dass das Rechtsproblem als solches hier nicht mehr aktuell ist. Das Problem in bezug auf Spöl und Nationalpark ist nur eine Frage unseres internen Rechtes, und ich habe meine Ausführungen gemacht, damit diese Frage hier diskutiert wird.

Darms: Ich hatte nicht die Absicht, hier das Wort zu ergreifen; die Ausführungen von Herrn Kollega Schoch veranlassen mich aber doch, einige kurze Bemerkungen anzubringen.

Herr Kollega Schoch hat sich auf den Dienstbarkeitsvertrag vom 29. November 1913 berufen, und dieser Vertrag bestimmt in Ziffer 1 unter anderem, dass die Eidgenossenschaft beabsichtige, eine allgemeine Reservierung als schweizerischen Nationalpark zu errichten, in der sämtliche Tiere und Pflanzen vor menschlichem Einflusse absolut geschützt werden sollen. In Ziffer 2 wird dann gesagt: „Demgegenüber verpflichtet sich die Gemeinde Zernez im Sinne von Artikel 781 und 730 ff. ZGB durch diesen Vertrag für sich und ihre Gemeindegossen sowie allfällige Rechtsnachfolger, in diesem abgegrenzten Reservationsgebiete jede wirtschaftliche Nutzung ihres Eigentums, sei es in bezug auf Weidgang, Jagd und Fischerei, sei es in bezug auf die Holzausbeute jeder Art, sei es in anderer Weise, zu unterlassen. Sie räumt der Schweizerischen Eidgenossenschaft das dingliche Recht ein, dieses Reservationsgebiet im Sinne der Ziffer 1 dieses Vertrages als schweizerischen Nationalpark zu benutzen.“

Dann wird in Ziffer 11 gesagt: „Dieser Vertrag tritt in Rechtskraft, sobald er von den zuständigen Organen der heutigen Kontrahenten genehmigt worden ist. Sobald er rechtskräftig geworden und im Kaufprotokoll der Gemeinde Zernez eingetragen ist, fällt der zwischen der Gemeinde Zernez und der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft abgeschlossene Pachtvertrag vom 7. November 1912 dahin.“

Es wurde hier also ein rein zivilrechtlicher Vertrag abgeschlossen, und es ist ganz selbstverständlich, dass man damit zum Beispiel die Jagd und Fischerei, die als Regale dem Kanton zustehen, nicht erfassen konnte. Das war ganz ausgeschlossen, es liegt hier eine unmögliche Verquickung von privatem mit öffentlichem Recht vor. Darum ist man dann an den Kleinen Rat gelangt, der seinerseits veranlasste, dass in bezug auf die Jagd der Grosse Rat am 18. November 1913 folgenden Beschluss fasste:

„Solange der zwischen der Eidgenossenschaft und der Gemeinde Zernez abgeschlossene Dienstbarkeitsvertrag betreffend den schweizerischen Nationalpark zu Recht besteht, ist das mit dieser Dienstbarkeit belastete Gebiet hinsichtlich aller darin sich aufhaltenden Tiere mit absolutem Jagdbann belegt. Sollte der Nationalpark erweitert werden, so gilt dieser Jagdbann auch für das erweiterte Gebiet.“

In bezug auf die Fischerei hat der Kleine Rat am 13. November 1913 folgenden Beschluss gefasst:

„Auf dem Gebiet des schweizerischen Nationalparks (Gemeinde Zernez) ist die Fischerei verboten. Als Grenzen gelten: Spöl von Punt del Gallo (italienische Grenze) bis Praspöl, wo der Fuornbach in den

Spöl mündet; Fuornbach vom Wegerhaus Buffalora bis Val Ftur; das linke Ufer beider Bäche von Val Ftur bis Champ sech.“

Das ist damals vom Grossen bzw. vom Kleinen Rat beschlossen worden, weil man sah, dass der Dienstbarkeitsvertrag, der mit dem Bund abgeschlossen worden war, gar nicht genügte. Auf Grund dieses Vertrages konnten nicht alle Tiere geschützt werden; denn zum Beispiel Jagd und Fischerei liegen – wie gesagt – beim Kanton; die Gemeinden können darüber nicht verfügen.

Was nun die Bahn betrifft, haben wir ein bündnerisches Gesetz aus dem Jahre 1897, gemäss welchem alle Gemeinden verpflichtet sind, Grund und Boden (der der Gemeinde gehört, nicht den Privaten) unentgeltlich abzutreten für den Bahnbau. Dass nun diese Pflicht der Gemeinden nicht durch einen Vertrag, zum Beispiel der Gemeinde Zernez mit dem Bund, abgeschafft werden konnte, ist selbstverständlich. Man hat die betreffende Bemerkung im Dienstbarkeitsvertrag angebracht, jedenfalls um anzudeuten und nach aussen zu erkennen zu geben, dass mit dieser Verpflichtung gerechnet werden müsse. Dies hinsichtlich dieser zwei Punkte.

Es folgt noch ein dritter Punkt. Die Gewässer gehören im Kanton Graubünden der Territorialgemeinde. Sie bilden öffentlich-rechtliches Eigentum, und es ist ganz klar, dass über dieses öffentlich-rechtliche Eigentum nicht in einem zivilrechtlichen Vertrag verfügt werden konnte. Trotzdem wurde hier nur ein zivilrechtlicher Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen. Das war aber nicht rechtsgenügend; die Wasserrechte werden bei uns durch einen besonderen öffentlich-rechtlichen Akt verliehen, der zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch den Kleinen Rat bedarf. Wenn die Gemeinde Zernez etwas Gültiges hätte vorkehren wollen, hätte sie in der gleichen Form verzichtet und der Kleine Rat hätte nach meinem Dafürhalten dazu seine Zustimmung geben müssen. Wir sind in bezug auf den Silsersee auch in diesem Sinne vorgegangen.

Ich wollte hier nur auf diese Punkte hinweisen, um die rechtliche Situation vielleicht doch noch etwas zu illustrieren, nachdem gewisse Bedenken geäussert worden sind.

Schoch: Ich möchte Herrn Kollegen Darms nur fragen, ob es rechtlich nicht doch etwas Verschiedenes sei, wenn man ein Wasserrecht verleiht oder wenn man sagt, man verzichte darauf, das Wasserrecht zu nutzen.

Darms: Das gebe ich ohne weiteres zu. Auf jeden Fall ist aber die gewählte Form nicht rechtsgenügend für den Verzicht, und der Kleine Rat hat nicht mitgewirkt. Er ist frei.

M. Lepori, conseiller fédéral: La discussion sur cet accord extrêmement important s'est concentrée, comme de juste, sur la situation juridique du Parc national, vis-à-vis de l'accord lui-même. Je regrette que M. Schoch n'ait pas trouvé son compte dans le message du Conseil fédéral en ce qui concerne le côté juridique du problème. S'il m'est permis de plaider les circonstances atténuantes, je dirai que la question de savoir comment un problème doit ou ne doit pas être traité dans le message est, en général,

une question d'appréciation personnelle. On doit d'ailleurs remarquer que le message contient tout un chapitre consacré aux problèmes côté juridique que l'accord soulève. Je puis dire, en outre, comme l'a fait le rapporteur, que ces questions ne sont pas restées dans l'ombre au sein de la commission et qu'elles ont, au contraire, donné lieu à des discussions extrêmement fouillées. Cependant, tout en m'excusant de cette lacune du message – si lacune il y a – je tiens à remercier M. Schoch de l'occasion qu'il me donne de mettre au point deux ou trois problèmes qui ont été soulevés au cours de la présente séance.

Ce qui a été dit par plusieurs orateurs qui se sont exprimés dans la discussion est exact: le texte un peu claironnant de l'article premier de l'arrêté de 1914 n'est pas une réserve totale qui a été créée dans le Parc national mais une réserve qui souffre bien des exceptions, formulées déjà par le contrat de 1913 passé avec la commune de Zernez. Ainsi nous constatons que la Confédération, qui devrait s'attacher à réaliser cette réserve, s'est fait octroyer le droit de construire des chemins, des cabanes, etc., à cet effet, le droit aussi de prendre sur place les matériaux nécessaires, tels que le bois, les pierres, le sable, le gravier. La commune de Zernez, de son côté, s'est réservé plusieurs droits: celui d'abattre des arbres pour les besoins de l'alpe de Stabelehod, pour le domaine du Fuorn celui de prélever les matériaux nécessaires à la construction d'un chemin de fer, à l'entretien de la route sur le tronçon compris entre Fuorn et Cruschetta. De son côté, le canton des Grisons a renoncé mais seulement volontairement à permettre l'exercice de la chasse et de la pêche. Le Parc est traversé par une route de grand trafic qui relie l'Engadine à la vallée de Mustair. Est réservée encore la construction d'une ligne de chemin de fer par le Col du Fuorn.

Vous voyez ainsi que malgré les dispositions absolument catégoriques de l'arrêté de 1914, on tolérerait à ce moment-là des atteintes bien graves au Parc national.

On a déjà fait remarquer que l'arrêté de 1914 et le contrat signé de 1913 ont créé une situation juridique extrêmement controversée et confuse. Avant tout quelle est au juste la nature du contrat que la commune de Zernez a signé avec la Confédération? S'agit-il d'une servitude au sens de l'article 781 C.C.S.? Des grands maîtres du droit nous l'enseignent mais d'autres pensent que quant au fond il s'agit purement et simplement d'un usufruit, selon les dispositions de l'article 745 du Code civil mais que la forme n'ayant pas été respectée il ne peut cependant s'agir simplement que d'un bail à terme selon l'article 275 du Code des obligations.

Je ne m'étends pas sur ce sujet. J'ai simplement voulu rappeler la situation pour faire ressortir les grandes difficultés qu'engendrent les contrats dès l'instant où on cherche à les interpréter.

Une autre question très controversée à laquelle M. Schoch a fait allusion est celle de savoir si, par le contrat du 30 novembre 1913, la commune de Zernez a renoncé à l'exercice de sa souveraineté en ce qui concerne l'exploitation et l'utilisation des eaux. M. Darms vous a déjà dit qu'il s'agit là de contrats de droit privé. Mais alors le problème se pose: une communauté peut-elle, par un contrat de

droit privé, aliéner des droits qui relèvent du droit public? Les grands maîtres chevronnés du droit se sont agités avec infiniment de dialectique autour de ce problème. Ils ne sont malheureusement pas arrivés à une conclusion concordante. Ils ne sont d'accord sur aucun point. Les uns disent qu'un contrat de droit privé ne peut pas engager une commune à se saisir de droits qui relèvent du droit public. Mais d'autres répondent qu'il en est bien ainsi mais que la commune n'a pas, par ce contrat, agi comme propriétaire privé seulement mais aussi en tant que communauté et qu'elle a pourtant disposé en cette qualité des droits d'eau.

Le Département de justice et police, auquel nous avons demandé un avis de droit – et nous nous trouvons bien devant cette nécessité puisque, en vue des opinions discordantes, il fallait bien trouver un chemin pour arriver au but – le Département de justice et police est arrivé à la conclusion que, par l'acte de 1913 la commune de Zernez a entendu renoncer à ses droits d'utilisation des eaux publiques. Mais l'argument sur lequel se fonde surtout le Département de justice et police est celui qui est dérivé des principes de la bonne foi. Il affirme que le contrat étant en vigueur depuis plus de 40 ans, il faudrait être de mauvaise foi pour venir aujourd'hui alléguer que la commune de Zernez s'est tout de même réservé en principe le droit d'utilisation des eaux.

Quoiqu'il en soit – c'est le troisième point – nous voilà amenés à considérer la portée de l'additif de 1920, autre sujet de dispute. L'additif de 1920 a-t-il été conclu par le Conseil fédéral dans l'exercice légitime de ses pouvoirs, ou bien le Conseil fédéral est-il allé au delà de sa compétence? Dans ce dernier cas – dit-on – l'additif doit être considéré comme nul.

Le Département de justice et police – et je me rallie à ce point de vue – arrive à la conclusion que le Conseil fédéral pouvait, sur la base notamment de l'article 3 de l'arrêté de 1914, stipuler l'additif et, d'autant plus que ce dernier n'était pas passé seulement en faveur de la commune de Zernez mais aussi en faveur du Parc national, puisque, en contrepartie de la déclaration de la Confédération de ne pas faire opposition à un ouvrage hydroélectrique, la commune de Zernez était d'accord d'agrandir le Parc national en lui rattachant toute la région de Falcun, région qui semblait particulièrement bien se prêter à l'élevage du bouquetin.

Encore une difficulté: Quelle est la nature de l'arrêté fédéral de 1914? S'agit-il d'un arrêté de portée générale ou d'un arrêté fédéral simple? Une considération objective nous permet d'aboutir sur ce point aux conclusions suivantes:

Selon la définition classique du professeur Burckhardt, les arrêtés de portée générale sont ceux qui s'adressent à la généralité, autrement dit à chaque citoyen. En l'absence de cette condition, il ne s'agit plus d'arrêtés de portée générale mais d'arrêtés de portée simple, pour lesquels la clause référendaire n'est pas nécessaire.

Dans le cas particulier, on se heurte à deux difficultés: la première résulte du fait que l'arrêté de 1914 est muni de la clause référendaire, la seconde ressort de l'examen intrinsèque du texte. La première peut être assez facilement surmontée.

En effet, il arrive assez souvent que les Chambres fédérales munissent un arrêté fédéral de la clause référendaire, quand bien même tout le monde s'accorde à dire qu'il n'est pas de portée générale. Dans certains cas, il s'agit d'obtenir la sanction solennelle du peuple; dans d'autres, la Confédération prend des engagements financiers importants, sur lesquels le peuple doit pouvoir se prononcer. Par conséquent, si l'arrêté de 1914 est muni de la clause référendaire, il n'en résulte pas automatiquement que c'est un arrêté de portée générale. D'ailleurs, il n'a pas de base constitutionnelle et l'article 23 de la Constitution fédérale qui a été souvent invoqué à ce propos ne le fournit point: un parc naturel ne rentre pas dans la catégorie des «travaux publics».

Quelle est la valeur intrinsèque de l'arrêté? Sur ce point, je ne partage pas l'opinion de M. Schoch. On cherche vainement dans cet arrêté un élément de portée générale. Il a un caractère de «Verwaltungsnorm». Il donne au Conseil fédéral la faculté de passer avec la commune de Zernez les contrats nécessaires à la création du Parc national, de passer des contrats semblables avec d'autres communes, afin d'arrondir et d'agrandir le parc, d'assurer son entretien et de verser une indemnité aux propriétaires fonciers. Pour le reste, l'arrêté comporte simplement des ordres et des directives à l'administration et aux pouvoirs publics. Il n'y a rien là qui intéresse directement chaque citoyen. La caractéristique des arrêtés de portée générale manque totalement. Par conséquent, le Département de justice et police a eu, selon moi, parfaitement raison de déclarer qu'il ne s'agit pas là d'un arrêté de portée générale.

Un autre point important est de savoir quel est le rapport entre l'arrêté de 1914 et les contrats de 1913. Il convient de remarquer à ce propos que l'arrêté de 1914 n'a pas de valeur en soi mais seulement eu égard aux contrats passés entre la Confédération et les communes intéressées. Juridiquement, il serait faux de considérer l'arrêté de 1914 comme un tout indépendant et de l'interpréter sans tenir compte des contrats annexes. Cet arrêté ne donne pas à la Confédération des droits plus étendus que ceux qui découlent des contrats de 1913.

Si mes arguments ne pourront peut-être pas convaincre tout le monde, ils auront toutefois le mérite de prouver que les problèmes posés sont extrêmement ardues. Je puis vous assurer qu'ils ont été examinés à fond par les départements intéressés ainsi que par votre commission. Les conclusions sur les divers différends semblent justifiées. L'accord international ne viole aucune règle de droit.

La convention qui vous est soumise apporte au problème du Spöl et au complexe du problème international une solution avantageuse pour la Confédération.

Je voudrais rappeler encore que certaines polémiques extérieures faites dans certaines lettres circulaires et parfois même dans des journaux n'ont jamais tenu compte de données à la fois précises et valables. Je puis vous assurer que si la convention passée avec l'Italie n'était pas ratifiée, on ne pourrait trouver à ce problème qu'une solution infiniment moins avantageuse. Les communes reprendraient leur liberté. Ce ne serait plus la solution du petit bassin prévu mais celle du bassin de Pra-

spöl. En application du droit cantonal, les communes pourraient réaliser cette accumulation.

En outre, nous n'empêcherions pas pour autant l'Italie de défendre ses intérêts. Or, ainsi qu'on l'a déjà dit, il n'existe pas avec ce pays d'accord relatif à l'exploitation des fleuves dits contigus ou successifs. L'Italie pourrait donc, sur son propre territoire, détourner dans la région de l'Adda infiniment plus de 97 millions de mètres cubes d'eau par année. La Suisse ne manquerait pas de défendre ses intérêts et de recourir à tous les moyens dont elle dispose, qui ne sont d'ailleurs pas nombreux, pour faire valoir que le détournement des eaux n'est pas compatible avec les droits de souveraineté de l'Etat situé en aval. De toute manière, nous n'aboutirions pas à une solution plus favorable que celle qui vous est proposée.

Lors de la discussion de l'initiative dite de «Rheinau II», on nous a demandé de déclarer explicitement que le projet d'utilisation de la force hydraulique du Spöl serait soumis au droit de referendum. Nous avons pris cet engagement et nous l'avons tenu. Lorsque les Chambres fédérales se seront prononcées, le peuple aura la possibilité de demander le referendum. Il lui appartiendra alors de trancher en dernier ressort. Je voudrais m'associer à ceux qui ont demandé aux adversaires du projet du Spöl de considérer ce problème avec prudence et modération. Qu'ils présentent leurs arguments mais ne fassent pas d'entorse à la vérité, qu'ils évitent d'offenser d'autres concitoyens qui ne partagent pas leur opinion et qui ont, eux, des raisons parfaitement valables pour défendre la leur.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

Artikelweise Beratung – Discussion des articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule, art. 1 et 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen – Adoptés

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusses 31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

Nutzbarmachung des Spöls. Vereinbarung mit Italien

Utilisation de la force hydraulique du Spöl. Convention avec l'Italie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1957
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	7438
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1957
Date	
Data	
Seite	466-479
Page	
Pagina	
Ref. No	20 036 469

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

51/7435. Landesversorgung mit Zucker Approvisionnement du pays en sucre

Siehe Seite 355 hiervoor – Voir page 355 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 18. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 18 décembre 1957

Differenzen – Divergences

Art. 5

Art. 12, Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Art. 5

Art. 12, al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. **Lampert**, rapporteur: Votre commission a examiné les deux divergences créées par les décisions du Conseil national.

Elle a constaté que la première, relative à la modification de l'article 10, est d'ordre purement rédactionnel.

Quant à la seconde, elle tend à supprimer le membre de phrase suivant de l'article 12, alinéa 2: «Après le versement à la réserve légale.» Cette disposition ne fait que confirmer celle qui est prévue dans l'article 671, alinéa 1, du Code des obligations. Sa suppression ne tire, par conséquent, à aucune conséquence.

Dans ces conditions, votre commission vous propose d'adhérer aux décisions du Conseil national et de classer ses postulats 6852 et 6903, mentionnés au chapitre IV, chiffre 5, auxquels il est donné suite dans la présente décision.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

7501. Frostschäden

Dégâts causés par le gel

Siehe Seite 421 hiervoor – Voir page 421 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 18. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 18 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 35 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

7520. Milchprodukte. Befristete zusätzliche Finanzierung des Absatzes

Placement de produits laitiers. Financement complémentaire

Siehe Seite 489 hiervoor – Voir page 489 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 20. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 20 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

7029. Eisenbahngesetz

Loi sur les chemins de fer

Siehe Seite 465 hiervoor – Voir page 465 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 12. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 12 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

7438. Nutzbarmachung des Spöls. Vereinbarung mit Italien

Utilisation de la force hydraulique du Spöl. Convention avec l'Italie

Siehe Seite 466 hiervoor – Voir page 466 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 20. Dezember 1957
Décision du Conseil national du 20 décembre 1957

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Nutzbarmachung des Spöls. Vereinbarung mit Italien

Utilisation de la force hydraulique du Spöl. Convention avec l'Italie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1957
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	7438
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1957
Date	
Data	
Seite	496-496
Page	
Pagina	
Ref. No	20 036 477

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.